

Arbeitsdokument Geschäftsstelle SWIR 2/2014

Höhere Berufsbildung in der Schweiz

Expertenbericht

Prof. Dr. Carmen Baumeler, lic. phil. Katja Dannecker, MSc Ines Trede
Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB IFFP IUFPF

Studie des EHB IFFP IUFPF im Auftrag der Geschäftsstelle des SWIR

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung, Résumé, Summary	5
1 Einleitung	14
2 Überblick über die höhere Berufsbildung der Schweiz	18
2.1 Die höhere Berufsbildung im Schweizer Bildungssystem und ihre historische Entwicklung	19
2.2 Kontur der höheren Berufsbildung	23
2.3 Eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen	24
2.4 Höhere Fachschulen	29
2.5 Statistischer Überblick und Trend	31
2.6 Rechtliche Grundlagen und Verantwortungsbereiche der Verbundpartner	34
2.7 Fazit: Grosse Heterogenität der Abschlüsse und Abgrenzung gegenüber der Weiterbildung und den Fachhochschulen	38
3 Anbieter in der höheren Berufsbildung	42
3.1 Anbieter von Vorbereitungskursen für Berufsprüfungen	44
3.2 Anbieter von Vorbereitungskursen für höhere Fachprüfungen	47
3.3 Anbieter im Bereich höhere Fachschulen	50
3.4 Bewertungen des Bildungsangebots und Trends aus Sicht der Befragten	53
3.5 Fazit: Grosse Heterogenität der Bildungsanbieter (zwischen Monopolstellung und intensiver Konkurrenz)	55
4 Finanzierung der höheren Berufsbildung	56
4.1 Finanzflüsse in der höheren Berufsbildung	57
4.2 Neuere Entwicklungen	61
4.3 Fazit: Höhere öffentliche Finanzierung in Diskussion	63
5 Durchlässigkeit zwischen höherer Berufsbildung und Hochschulbildung	66
5.1 Formale Durchlässigkeit und realisierte Übergänge von Tertiär A zu Tertiär B	67
5.2 Formale Durchlässigkeit und realisierte Übergänge von Tertiär B zu Tertiär A	69
5.3 Fazit: Fehlende Passerelle von der höheren Berufsbildung zur Hochschulbildung	71
6 Tertiärprofile A und B im Bildungssystem der Gesundheitsberufe	72
6.1 Die Integration der Gesundheitsberufe in das Schweizer Bildungssystem	73
6.2 Die Konstruktion der Abschlüsse «Pflegefachfrau/-mann HF/FH»	76
6.3 Fachmann/-frau Gesundheit: Berufsperspektiven und Entscheidung für ein Studium «Pflegefachfrau/-mann HF/FH»	78
6.4 Fazit: Bewertung der Tertiärprofile HF und FH Pflege	81
7 Ausblick	84

<u>Bibliographie</u>	<u>86</u>
<u>Abkürzungsverzeichnis</u>	<u>89</u>
<u>Anhang</u>	<u>90</u>
<u>1</u> ISCED-Skala 1997	<u>90</u>
<u>2</u> Ausführliche Bildungssystematik der Gesundheitsberufe	<u>91</u>

Zusammenfassung

Résumé

Summary

D Die höhere Berufsbildung der Schweiz, die die eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen sowie die höheren Fachschulen umfasst, hat in den letzten zehn Jahren eine Aufwertung erhalten. Einerseits wurde der Begriff der höheren Berufsbildung im Berufsbildungsgesetz 2002 gesetzlich verankert, andererseits wurde sie neben der hochschulischen Tertiärstufe A, die die kantonalen Universitäten, die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, die Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen einschliesst, neu als Tertiärstufe B im Bildungssystem der Schweiz positioniert. Damit wurde sie von der beruflichen Weiterbildung, der sie bis 2002 angehörte, abgegrenzt. Mit dieser Bildungsreform wollte man der höheren Berufsbildung eine klare Stellung im Schweizer Bildungssystem geben und dazu beitragen, dass sie eine eigene Identität entwickelt und dass Durchlässigkeiten definiert werden, um eine gesamtschweizerische Transparenz zu erreichen.

Diese bildungssystemischen Neuerungen haben zu einem deutlichen Zuwachs an tertiären Bildungsabschlüssen in der Schweiz geführt: 2012 entfiel ein Drittel aller Tertiärabschlüsse auf die vom Bund regulierte höhere Berufsbildung (33,3%). Mit 19,5% aller Tertiärabschlüsse 2012 nehmen die Berufsprüfungen innerhalb der höheren Berufsbildung den grössten Anteil ein, gefolgt von den höheren Fachschulen mit 9,8% und den höheren Fachprüfungen mit 4%.

Die höhere Berufsbildung weist einen hohen Arbeitsmarktbezug auf und vermittelt Qualifikationen, die für eine anspruchsvolle Berufstätigkeit mit Fach- und/oder Führungsverantwortung nötig sind. Sie bietet den Absolvent/innen von etwa 250 beruflichen Grundbildungen – circa zwei Dritteln der Lernenden auf Sekundarstufe II – eine Perspektive für eine Höherqualifizierung und erhöht damit die Attraktivität der beruflichen Grundbildung. Sie ist der einzige Teil des tertiären Bildungswesens der Schweiz, der als offiziellen Regelzugang weder die gymnasiale Maturität noch die Berufs- oder Fachmaturität verlangt.

Bildungssystematisch stellen die circa 240 Berufs- und 170 höheren Fachprüfungen einen Sonderfall dar. Nicht der Weg zum Abschluss ist staatlich reguliert, sondern die abschliessend zu prüfenden Berufsqualifikationen. Zur Vorbereitung der Berufs- und der zumeist darauf aufbauenden höheren Fachprüfungen besuchen 80%–90% der Kandidierenden freiwillig Vorbereitungskurse, die staatlich nicht reguliert sind, berufsbegleitend absolviert werden und im Durchschnitt zwischen 750 bis über 1000 Lernstunden in Anspruch nehmen. Die Inhalte dieser Prüfungen werden durch die jeweiligen Organisationen der Arbeitswelt definiert.

Im Unterschied dazu müssen die Bildungsgänge der höheren Fachschulen durch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI genehmigt werden. Die Trägerschaft für einen der 33 Rahmenlehrpläne (mit insgesamt 52 Fachrichtungen und über 400 verschiedenen Bildungsgängen) ist eine gemeinsame Aufgabe der Bildungsanbieter und der Organisationen der Arbeitswelt. Für diese Bildungsangebote existieren Mindestvorgaben: Je nach Zulassungsbedingungen sind dies 3600 bis 5400 Lernstunden. Diese Ausbildungsgänge können sowohl berufsbegleitend als auch vollzeitlich (mit Integration eines Praktikums) besucht werden.

Die höhere Berufsbildung wird verbundpartnerschaftlich gesteuert. Während der Bund für die strategische Steuerung, die Qualitätssicherung, Genehmigungen und teilweise Subventionierung zuständig ist, sind die Organisationen der Arbeitswelt die Träger der eidgenössischen Prüfungen und Rahmenlehrpläne Höhere Fachschule (HF) und damit verantwortlich für die inhaltliche Definition der arbeitsmarktrelevanten Qualifikati-

onsbedürfnisse. Die Kantone beaufsichtigen und subventionieren teilweise die Bildungsgänge. Die Unternehmen schliesslich stellen Arbeitsplätze bereit, wirken bei den Organisationen der Arbeitswelt mit und beteiligen sich teilweise an den Kosten der Teilnehmenden.

Die höhere Berufsbildung ist ein inhaltlich und qualitativ sehr heterogenes Feld an Bildungsangeboten. Da diese Abschlüsse vor 2002 noch zur beruflichen Weiterbildung zählten und nicht den Anspruch hatten, sich bildungssystematisch auf Ebene der Tertiärstufe einzufügen, ist dies nicht verwunderlich. Auch die Bildungsanbieter auf Tertiärstufe B sind ausgesprochen heterogen. Sowohl private Organisationen (AGs, GmbHs etc.), kantonale Organisationen (Berufsfachschulen, höhere Fachschulen, Spitäler etc.), Non-Profit Organisationen (Berufsverbände, Vereine, Stiftungen, Genossenschaften), Bundesorganisationen oder auch Fachhochschulen bieten Vorbereitungskurse auf eidgenössische Prüfungen an. Dabei zeigt sich, dass private Anbieter die Vorbereitungskurse bei den 20 am häufigsten abgeschlossenen eidgenössischen Prüfungen 2012 dominieren, an zweiter Stelle stehen die kantonalen Organisationen. Bei den höheren Fachschulen (Bildungsgänge mit den 20 häufigsten Abschlüssen 2012) existieren ebenfalls kantonale und private Anbieter, Non-Profit Organisationen und Fachhochschulen. Hier dominieren die öffentlichen Anbieter das Feld.

Die Kostenverteilung zwischen Bund, Kantonen, den Organisationen der Arbeitswelt, den Unternehmen und den Studierenden ist historisch gewachsen und uneinheitlich geregelt. Die Finanzierung der eidgenössischen Prüfungen folgt primär der Logik einer Weiterbildungsfinanzierung. Die Kosten, die im Durchschnitt für eine Berufsprüfung CHF 12500.- und für eine höhere Fachprüfung um 18000.- betragen, werden zu 56,5% respektive 59,4% durch private Beiträge der Kandidierenden getragen. Der Arbeitgeber trägt im Durchschnitt etwa ein Drittel der Kosten. Im Gegensatz dazu werden die höheren Fachschulen zu einem höheren Ausmass durch die öffentliche Hand subventioniert: Vollzeitbildungsgänge im Durchschnitt zu 90% und berufs begleitende Teilzeitbildungsgänge zu etwa 40%. Die Kosten, die die Studierenden im Bereich der höheren Berufsbildung selbst tragen, sind folglich unterschiedlich hoch, abhängig von der Verortung innerhalb des Tertiär B-Bereichs, den gewählten Bildungsgängen, von der Unterstützung des Arbeitgebers, der kantonalen Subventionierung des Bildungsanbieters, durch die kantonal unterschiedliche Vergabe von Stipendien und Darlehen sowie der Steuerabzugspraxis. Mit dem Argument der Gleichstellung von höherer Berufsbildung und Hochschulbildung wurde die unterschiedliche öffentliche Finanzierung dieser beiden Bildungsbereiche kritisiert. Bei den eidgenössischen Prüfungen wird momentan das Modell der direkten öffentlichen Subjektfinanzierung diskutiert, in dem die Kandidierenden direkte Beitragszahlungen vom Bund erhalten sollen. Bei den höheren Fachschulen ist seit 1. Januar 2014 die neue interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen HFSV in Kraft, die die bisherige «A la carte»-Abgeltung ablöst und den interkantonalen Zugang für Studierende regelt. Die freiwillig beigetretenen Kantone verpflichten sich, sich gegenseitig die berechneten Pauschaltarife zu bezahlen.

Während die Durchlässigkeit von der Hochschul- zur höheren Berufsbildung transparent geregelt ist und in der ganzen Schweiz gilt, existieren bei den Zulassungsbedingungen von Personen mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung im Tertiär A-Bereich unterschiedliche Regelungen, die von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich praktiziert werden. Für Interessenten, die ohne Maturität von der höheren Berufs- in die Hochschulbildung wechseln wollen, fehlt es somit an Transparenz, sowohl was die Zugangsmöglichkeiten als auch die Anrechnung ihrer bisherigen Bildungsleistungen betrifft. Während die höhere Berufsbildung substanzielle Zugänge von Hochschulabsolvent/in-

nen im Bereich Soziales und Erwachsenenbildung verzeichnet, wiesen 2012 nur gerade 3,1% der Eintritte in Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen einen höchsten Abschluss der höheren Berufsbildung auf. Es ist davon auszugehen, dass klar definierte, schweizweit gültige Regeln die Durchlässigkeit von der höheren Berufsbildung in die Hochschulbildung fördern würden.

Seit ihrer Integration in das allgemeine Bildungssystem der Schweiz 2004 tragen die Gesundheitsberufe substantiell zur höheren Berufsbildung bei. Gegenwärtig stehen in der Deutschschweiz zwei verschiedene berufsbefähigende tertiäre Bildungsgänge für den Abschluss Pflege als grösste Berufsgruppe der Gesundheitsberufe zur Verfügung – einmal auf Ebene höhere Fachschule und einmal auf Ebene Fachhochschule. Aufgrund bildungskultureller Unterschiede wird der Abschluss Pflege in der Romandie nur auf Fachhochschulniveau angeboten. Die Koexistenz der Fachrichtung Pflege auf zwei verschiedenen Tertiärstufen mit gleichwertigen berufsbefähigenden Abschlüssen war und ist bildungs- und berufspolitisch eine grosse Herausforderung. Beide Abschlüsse HF und FH Pflege werden nämlich bei Berufseinstieg hinsichtlich ihrer Einstiegs Kompetenzen, Einstiegsgehälter und beruflichen Funktionen als (in der Regel) gleichwertig angesehen. Die beiden Abschlüsse unterscheiden sich daher derzeit vor allem mit Blick auf die späteren Berufs- und Bildungsperspektiven. Die klare Trennung der Arbeitsmarkt Kompetenzen beider Profile scheint bildungspolitisch vorerst nicht weiter verfolgt zu werden, da das Nebeneinander der beiden Stufen HF und FH Pflege trotz gewisser Abgrenzungsprobleme erhalten und zur Minderung des Fachkräftemangels in der Pflege als notwendig angesehen wird.

Abschliessend gilt festzuhalten, dass die höhere Berufsbildung in der Schweiz breite, parteiübergreifende politische Unterstützung erhält. Das aktuelle Strategieprojekt «Höhere Berufsbildung» des Bundes verfolgt das übergeordnete Ziel, dass diese auch in 10 bis 15 Jahren ein attraktives und arbeitsmarktnahes Bildungsangebot auf Tertiärstufe ist und einen wesentlichen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz leistet. Damit dies gelingt, sind einige Themen anzugehen: Die uneinheitliche Strukturierung der Abschlüsse der höheren Berufsbildung, die nationale Positionierung der höheren Berufsbildung auf tertiärer Ebene in Abgrenzung zur berufsorientierten Weiterbildung und zu den Fachhochschulen, die Schaffung von Transparenz über die Bildungsanbieter der Vorbereitungskurse für eidgenössische Prüfungen, die Finanzierung der höheren Berufsbildung, die Förderung der Durchlässigkeit und schliesslich auch ihre internationale Positionierung.

F

La formation professionnelle supérieure suisse, qui comprend les examens professionnels fédéraux et les examens professionnels fédéraux supérieurs ainsi que les filières des écoles supérieures, a été fortement revalorisée au cours des dix dernières années. La formation professionnelle supérieure a été inscrite en 2002 dans la loi fédérale sur la formation professionnelle et elle a été nouvellement positionnée dans le système éducatif au degré tertiaire B, face au tertiaire A comprenant les universités cantonales, les écoles polytechniques fédérales, les hautes écoles spécialisées (HES) et les hautes écoles pédagogiques (HEP). La formation professionnelle supérieure a ainsi été distinguée de la formation professionnelle continue, à laquelle elle se rattachait jusqu'en 2002. Cette réforme était destinée à repositionner la formation professionnelle supérieure dans le système éducatif, à favoriser le développement de son identité propre et à définir la perméabilité du système, afin d'obtenir un régime transparent à l'échelle du pays.

Ces réformes systémiques ont entraîné une croissance sensible du nombre de diplômes délivrés au degré tertiaire: en 2012, un tiers (33,3%) des diplômes de degré tertiaire ont sanctionné des formations professionnelles supérieures réglementées par la Confédération. Les examens professionnels représentent la plus grande part de la formation professionnelle supérieure puisqu'ils représentent 19,5% de tous les diplômes de degré tertiaire délivrés en 2012. Ils sont suivis par les écoles supérieures (ES) avec 9,8% des diplômes délivrés et les examens professionnels supérieurs avec 4%.

La formation professionnelle supérieure est fortement tournée vers le marché du travail et permet d'acquérir les qualifications nécessaires à une activité professionnelle exigeante comportant des responsabilités techniques et/ou de direction. Elle offre aux diplômés de quelque 250 formations professionnelles initiales – qui représentent environ deux tiers des personnes en formation au niveau secondaire II – une perspective de qualification supérieure et accroît ainsi l'attrait de la formation professionnelle initiale. Elle est le seul segment de l'enseignement supérieur suisse qui soit accessible sans maturité gymnasiale, professionnelle ou spécialisée.

Les 240 examens professionnels et 170 examens professionnels supérieurs représentent un cas à part. En effet, la réglementation ne porte pas sur la voie qui mène au diplôme, mais sur les qualifications professionnelles qui font l'objet d'examen. Pour préparer les examens professionnels et les examens professionnels supérieurs, 80% à 90% des candidats suivent volontairement des cours préparatoires qui ne sont pas réglementés par l'Etat. Les cours sont suivis en cours d'emploi et représentent en moyenne entre 750 et 1000 heures d'enseignement. Les contenus des examens sont définis par les organisations du monde du travail concernées.

A l'opposé, les filières de formation des ES sont soumises à l'approbation du Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation. La responsabilité des 33 plans d'études cadres (englobant 52 orientations et plus de 400 filières différentes) incombe conjointement aux prestataires de ces formations et aux organisations du monde du travail. Ces offres de formation doivent répondre à des conditions minimales: selon les conditions d'admission, elles comptent de 3600 à 5400 périodes d'enseignement. Ces filières de formation peuvent être suivies en cours d'emploi ou à plein temps (intégrant un stage pratique).

La formation professionnelle supérieure est chapeautée par les partenaires de la formation professionnelle. Tandis que la Confédération assume le pilotage stratégique, l'assurance qualité, les autorisations et une partie du financement, les organisations du monde du travail sont responsables des examens fédéraux et des plans d'études cadres ES, autrement dit de la définition des contenus en fonction des besoins de qualification sur le marché du travail. Les cantons assument la surveillance et subventionnent en partie les filières de formation. Les entreprises, enfin, offrent les places de travail, font partie des organisations du monde du travail et participent parfois aux coûts supportés par les personnes en formation.

La formation professionnelle supérieure couvre un champ d'offres de formation très hétérogènes en termes de contenus et de niveau de qualité. Cela s'explique par le fait que ces diplômes étaient encore rattachés à la formation continue avant 2002 et ne prétendaient pas s'insérer au degré tertiaire. Les prestataires des formations du degré tertiaire B sont eux aussi très disparates. On y trouve à la fois des sociétés privées (SA, SARL, etc.), des institutions cantonales (écoles professionnelles, écoles supérieures, hôpitaux, etc.), des organisations sans but lucratif (associations professionnelles, autres associations,

fondations, coopératives), des organismes fédéraux ou des HES, qui proposent des cours préparatoires aux examens fédéraux. En 2012, les prestataires privés dominaient le marché des cours préparatoires pour les vingt examens réunissant le plus grand nombre de candidats, suivis par les institutions cantonales. Parmi les ES (vingt filières ayant attiré le plus d'étudiants en 2012), on trouve également des prestataires cantonaux et privés, des organisations sans but lucratif et des HES. Ce marché est, lui, dominé par les prestataires publics.

La répartition des charges entre la Confédération, les cantons, les organisations du monde du travail, les entreprises et les étudiants est le fruit d'une évolution historique et ne connaît pas de régime unifié. Le financement des examens fédéraux suit en premier lieu la logique du financement d'une formation continue. Les coûts – qui se montent en moyenne à 12 500 francs pour un examen professionnel et à 18 000 francs pour un examen professionnel supérieur – sont pris en charge par les candidats à hauteur, respectivement, de 56,5 % et 59,4 %. L'employeur assume en moyenne un tiers des coûts. Par opposition, les ES sont subventionnées dans une plus forte proportion par les pouvoirs publics. Les formations à temps complet le sont en moyenne à raison de 90 % et les formations en cours d'emploi à raison de 40 %. Les coûts supportés par les étudiants de la formation professionnelle supérieure varient donc en fonction du positionnement de la formation dans le tertiaire B, de la formation choisie, du soutien de l'employeur, de la subvention cantonale octroyée au prestataire, des régimes cantonaux disparates en matière de bourses et de prêts, et des allègements fiscaux consentis. La disparité des régimes de financement public pour ces deux secteurs a été critiquée dans l'optique de l'égalité de traitement entre la formation professionnelle supérieure et les autres secteurs de l'enseignement supérieur. Pour les examens fédéraux, la discussion porte actuellement sur un modèle de financement public des étudiants, où les candidats toucheraient une aide fédérale directe. Dans le domaine des ES, le nouvel Accord intercantonal sur les contributions dans le domaine des écoles supérieures, en vigueur depuis le 1er janvier 2014, remplace la précédente compensation financière «à la carte» et règle l'accès intercantonal aux filières de formation. Les cantons qui ont choisi d'adhérer à l'accord s'engagent à se verser mutuellement les tarifs forfaitaires convenus.

Si le passage des hautes écoles vers la formation professionnelle supérieure est régi par des conditions claires, valables sur l'ensemble du territoire, les conditions d'admission aux hautes écoles (tertiaire A) pour les personnes titulaires d'un diplôme de la formation professionnelle supérieure varient d'un établissement à l'autre. Pour les étudiants qui souhaitent passer, sans maturité, de la formation professionnelle supérieure à des études dans les hautes écoles, la situation manque de transparence tant en ce qui concerne les possibilités d'accès que la prise en compte des acquis. Tandis que la formation professionnelle supérieure enregistre un afflux notable de diplômés des hautes écoles dans le domaine du social et de la formation des adultes, seul 3,1 % des immatriculations dans les HES et les HEP étaient, en 2012, titulaires d'un diplôme de la formation professionnelle supérieure. On peut admettre que la présence de règles claires, valables sur l'ensemble du territoire, serait de nature à favoriser la transition de la formation professionnelle supérieure vers les hautes écoles.

Depuis leur intégration dans le système éducatif général en 2004, les professions de la santé constituent un segment important de la formation professionnelle supérieure. En Suisse alémanique, deux voies de formation de degré tertiaire mènent actuellement à un diplôme professionnel en soins (les soins représentant le plus grand groupe professionnel

parmi les professions de la santé): une voie située au niveau des ES et une voie relevant des HES. Dans les cantons romands, pour des raisons culturelles, les formations aux professions des soins ne sont proposées qu'au niveau des HES. La coexistence des voies de formation aux professions des soins à deux niveaux distincts du degré tertiaire mais débouchant sur des diplômes professionnels équivalents constitue un grand défi sous l'angle du système de formation et de la logique professionnelle. En effet, les deux diplômes en soins ES et HES sont (généralement) considérés comme équivalents en termes de qualification au moment de l'entrée sur le marché du travail, de rémunération de départ et de fonction professionnelle. Les deux diplômes se distinguent actuellement surtout par rapport aux perspectives de formation ultérieures. La distinction des deux profils quant aux compétences à faire valoir sur le marché de l'emploi ne semble pas actuellement à l'ordre du jour: la coexistence des deux niveaux ES et HES en soins est appelée à perdurer en dépit de certaines difficultés de délimitation, car elle est considérée comme nécessaire face à la pénurie de personnel qualifié dans les soins.

Enfin, on relèvera que la formation professionnelle supérieure jouit en Suisse d'un large appui politique à travers l'ensemble des partis. L'actuel projet stratégique «Formation professionnelle supérieure» de la Confédération ambitionne de faire en sorte que la formation professionnelle supérieure reste, à l'horizon de dix ou quinze ans, une offre de formation attrayante au degré tertiaire, proche du marché de l'emploi et apportant une contribution substantielle à la compétitivité du pays. Pour atteindre cet objectif, le projet attaque plusieurs fronts: la structure hétérogène des diplômes de la formation professionnelle supérieure, le positionnement de ces formations au degré tertiaire par opposition à la formation continue professionnelle et aux HES, une meilleure transparence des prestataires des cours de préparation aux examens fédéraux, le financement, la perméabilité et le positionnement international de la formation professionnelle supérieure.

E

Tertiary-level professional education and training (PET) in Switzerland may be broken down into two main categories: preparation for federal examinations for the Federal PET Diploma and the Advanced Federal PET Diploma; enrolment in degree programmes at PET colleges. Over the past ten years, the PET sector has gained considerable ground. First of all, the term “PET” is legally anchored in the Federal Act of 13 December 2002 on Vocational and Professional Education and Training (VPETA, SR 412.10). In addition, the PET sector is now firmly positioned within the Swiss education system at tertiary level (ISCED 5B) as a counterweight to the Swiss higher education sector (ISCED 5A). The latter is comprised of three types of higher education institution: tier-one universities – i.e. cantonal universities and two federal institutes of technology; universities of applied sciences (UAS); and universities of teacher education (UTES). Prior to 2002, the PET sector was considered to be a form of job-related continuing education and training (CET). The distinction between PET and job-related CET has become clearer following enactment of VPETA and subsequent reform of the Swiss education system. As a result, the PET sector has been given its own identity. This has opened the way for greater permeability within the Swiss education system and thus greater transparency of the PET sector at national level.

These changes to the Swiss education system have resulted in a sharp increase in the number of tertiary-level qualifications issued in Switzerland: in 2012, one-third of all tertiary-level qualifications came from the federally regulated PET sector (33.3%): the Federal PET Diploma accounted for 19.5%, followed by PET college degrees (9.8%) and the Advanced Federal PET Diploma (4%).

The PET sector is highly correlated with the needs of the labour market and provides competences that are needed to carry out challenging technical and/or managerial tasks. The PET sector offers a wide range of subsequent training options to holders of upper-secondary level vocational education and training (VET) qualifications. For its part, the VET sector is comprised of school-based and dual-track VET programmes that provide young people with training in around 250 different occupations. Nearly, two-thirds of all young people entering upper-secondary level in Switzerland choose to enrol in a VET programme. The prospect of being able to continue one's training after completion of a VET programme is an encouraging factor for many young people. The PET sector is the only part of tertiary level in Switzerland where candidates are officially not required to hold an upper-secondary level baccalaureate. There are three types of baccalaureate in Switzerland: the Baccalaureate (purely academic), the Specialised Baccalaureate (mostly academic with emphasis on preparing students for specific occupations) and the Federal Vocational Baccalaureate (mostly vocational with emphasis on certain academic subjects).

The PET sector is comprised of 240 federal examinations for the Federal PET Diploma (each devoted to a different profession), 170 federal examinations for the Advanced Federal PET Diploma (idem) and 400 different PET college degree programmes. The federal examination approach to acquiring PET qualifications is unique because regulatory emphasis is placed on the specific professional competences to be tested rather than on the specific path taken to acquire these competences. While not required to do so, around 80%–90% of those wishing to prepare for the federal examination for the Federal PET Diploma or the Advanced Federal PET Diploma (the latter qualification usually building from the former) attend preparatory courses, which are not regulated by the state. Candidates for federal examinations often attend these preparatory courses on a part-time basis alongside their work. They generally devote between 750 and 1000 learning hours to the preparation process. The content of these federal examinations is established by the professional organisation that represents the given profession or economic branch.

In contrast, PET college degree programmes are regulated by the State Secretariat for Education, Research and Innovation. They are jointly sponsored by the PET colleges themselves and the corresponding professional organisations. There are a total of 33 core curricula covering a total of 52 fields of study and 400 different degree programmes. Minimum admission requirements must be met in order to attend PET college degree programmes: depending on these admission requirements, the total duration of training will vary from 3600 to 5400 learning hours. PET college degree programmes may be attended on a part-time or full-time basis (incl. traineeship).

The PET sector is managed through the joint efforts of the Confederation, the Cantons and professional organisations representing each profession or economic branch. The Confederation is responsible for strategic management, quality control, approvals and partial subsidies. The Cantons supervise implementation and provide partial subsidies for PET college degree programmes. Professional organisations act as sponsors of federal examinations for the Federal PET Diploma and the Advanced Federal PET Diploma. They also decide the content of the core curricula used in PET college degree programmes. Professional organisations are therefore responsible for ensuring that training content matches the actual needs of the labour market. Finally, individual companies contribute to the PET sector by creating jobs, playing an active role in professional organisations and paying part of the costs incurred by candidates who pursue professional education and training.

Both in terms of content and quality, the PET sector offers a very heterogeneous array of training options. Prior to 2002, PET was considered as a form of job-related continuing education and training (CET). It is therefore not surprising that education planners did not initially seek to consolidate the PET sector at tertiary level. It is also worth noting that preparatory courses for candidates wishing to take federal examinations for the Federal PET Diploma or the Advanced Federal PET Diploma are served by an equally heterogeneous group of training providers: the private sector (i.e. public limited companies “AG”, private limited companies “GmbH”, etc.), public cantonal institutions (VET schools, PET colleges, hospitals, etc.), non-profit organisations (trade associations, associations, foundations, cooperatives), public federal institutions or even UAS. Based on an assessment of the twenty most commonly passed federal examinations in 2012, we find that the private sector provided most of the preparatory courses for these examinations, followed by public cantonal institutions. In contrast, PET college degree programmes are provided by private and public (cantonal) PET colleges, non-profit organisations and UAS. Based on an assessment of the twenty most frequently completed PET college degree programmes in 2012, we find that training was provided mostly by the public sector.

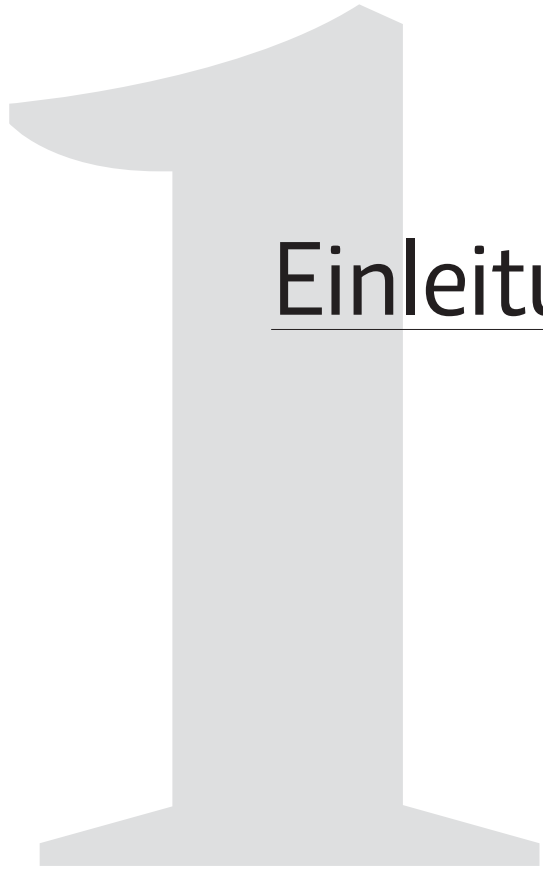
The allocation of costs (i.e. between the Confederation, the Cantons, professional organisations, companies and students) has evolved over time and is not uniformly regulated. Funding of federal examinations mainly follows the funding logic applied to CET. On average, the costs associated with preparing for and taking a federal examination amount to around CHF 12 500 for the Federal PET Diploma and around CHF 18 000 for the Advanced Federal PET Diploma. In the first case, 56.5 % of these costs are paid out-of-pocket by the candidates themselves. In the second case, the proportion of out-of-pocket expense is 59.4 %. On average, employers pay around one-third of the costs in both cases. In contrast, PET college degree programmes are more heavily subsidized through public funding: on average, 90 % of the costs of full-time PET college degree programmes and 40 % of the costs of part-time PET college degree programmes are subsidized. The financial burden that private individuals face within the PET sector therefore varies considerably and depends on a variety of factors: positioning within the PET sector, the chosen PET college degree programme, the amount of employer support given, extent of cantonal subsidies paid to the PET provider, the level of grants and loans awarded by cantonal bodies as well as tax deductions. Those in favour of placing the PET sector and higher education sector on an equal footing within the Swiss education system have criticised the unequal allocation of public funding observed in these two sectors. There is currently discussion of introducing a federal subsidy to be paid directly to individuals wishing to prepare for and take federal examinations for the Federal PET Diploma or the Advanced Federal PET Diploma. In addition, on 1 January 2014, the new Intercantonal Agreement on Funding Contributions for PET College Degree Programmes (HFSV) came into effect, replacing the previous “case-by-case” approach while also regulating intercantonal access for students enrolled in such programmes. The sixteen Cantons that signed the HFSV undertake to pay each other established lump sum amounts.

While permeability from the higher education sector to the PET sector is clearly regulated for the whole of Switzerland, the same does not hold true in the opposite direction. There are no standard rules allowing holders of PET qualifications to gain admission to the higher education sector. Each higher education institution applies its own practices in this regard. There is also a lack of transparency in terms of both the possibilities of enrolment and the recognition of prior learning for those who hold a tertiary-level PET qual-

ification but lack an upper-secondary level baccalaureate. In 2012, the PET sector drew a large number of holders of higher education qualifications from social sciences and adult education. During that same period, holders of PET qualifications accounted for only 3.1% of new enrolment in Swiss UAS and UTEs. Adoption of clear Swiss-wide rules on admission of holders of PET qualifications to higher education institutions would certainly help to encourage permeability in this direction.

Ever since their inclusion within Switzerland's general education system in 2004, health care occupations have made a substantial contribution to the PET sector. At present, the German-speaking region of Switzerland offers two tertiary-level pathways that qualify a person to work in the field of nursing (i.e. the largest occupational group within the health care field): one pathway goes through a PET college (ISCED 5B) and the other through a university of applied sciences (ISCED 5A). Given different cultural perceptions of education in the French-speaking region of Switzerland, only one pathway is offered to future nurses: enrolment in a university of applied sciences (ISCED 5A). The coexistence of nursing training in two different sectors at tertiary level (namely the PET sector and the higher education sector), both offering equally valid nursing qualifications, has been a major challenge from both an education policy and employment policy standpoint. The PET college degree in nursing and the UAS degree in nursing are (generally) perceived as equivalent in terms of initial competences acquired, starting salaries and occupational roles. Currently, the main distinction between these two qualifications has to do with subsequent training options that differ depending on whether the person holds a PET degree or a UAS degree. From an education policy standpoint, initial education policy efforts to maintain a clear labour market distinction between these two profiles seem to have fizzled out given the observed necessity of maintaining both training programmes side by side and the need to alleviate shortages in nursing staff.

Finally, it should be said that the Swiss PET sector enjoys broad support across political boundaries. The Confederation's current "Professional Education and Training Strategy" pursues the overarching objective of ensuring, over the next 10–15 years, that the PET sector will remain an appealing tertiary-level option and will further reinforce Switzerland's competitive position. In pursuit of this objective, the strategy covers several issues: the uneven structuring of PET qualifications; the positioning of the PET sector at tertiary level within the Swiss education system; the need for clear differentiation between PET, job-related CET and UAS; the pursuit of greater transparency with regards to providers of preparatory courses for federal examinations for the Federal PET Diploma and Advanced Federal PET Diploma; PET sector funding; permeability; and international positioning of the PET sector.



Einleitung

Um einen Überblick über die höhere Berufsbildung (Tertiär B-Bereich) der Schweiz zu erhalten, hat der Schweizerische Wissenschafts- und Innovationsrat SWIR das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB IFFP IUFFP mit einem Expertenbericht beauftragt. Die höhere Berufsbildung umfasst die eidgenössischen Berufsprüfungen, die eidgenössischen höheren Fachprüfungen sowie Bildungsgänge an höheren Fachschulen.

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 gibt eine Einführung in die höhere Berufsbildung der Schweiz. Thematisiert wird ihre relativ neue Positionierung im Schweizer Bildungssystem auf tertiärer Ebene und die historische Entwicklung, die zu dieser Positionierung geführt hat. Darauf folgt eine Übersicht über die unterschiedlichen Bildungsabschlüsse der höheren Berufsbildung, worauf die Berufsprüfungen, die höheren Fachprüfungen und die höheren Fachschulen charakterisiert werden. Ausgewählte statistische Kennzahlen verweisen auf die Wichtigkeit dieser Bildungsstufe und ihre zukünftige Rolle. Zudem werden die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen beschrieben, die der Verbundpartnerschaft zwischen Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt unterschiedliche Aufgaben zuweisen. Das Kapitel schliesst mit dem Fazit zur Heterogenität dieses Bildungsbereichs und der Konkurrenz zur Weiterbildung und zu den Fachhochschulen.

Für Kapitel 3, das das heterogene Feld der Bildungsanbieter in der höheren Berufsbildung beschreibt, wurde eine eigene Erhebung durchgeführt, die es zum ersten Mal ermöglicht, einen detaillierten Blick auf die Bildungsanbieter der Vorbereitungskurse für eidgenössische Prüfungen zu werfen. Die Anbieter der 20 im Jahr 2012 am meisten abgeschlossenen eidgenössischen Prüfungen (insgesamt 369 Anbieter) und Bildungsgänge der höheren Fachschulen (insgesamt 95 Anbieter) werden anhand ihrer Organisationsform charakterisiert. Weiter interessiert auch ein Blick auf den Bildungsmarkt (Monopolstellung versus Konkurrenz) und die regionale Verteilung. Ergebnisse aus Befragungen bewerten diesen Bildungsbereich und verweisen auf zukünftige Trends.

Anhand einer Synthese bereits vorliegender Analysen gibt Kapitel 4 einen Überblick über die Finanzierung der höheren Berufsbildung. Hier zeigt sich, dass die eidgenössischen Prüfungen und die höheren Fachschulen unterschiedlichen Finanzierungsregimes folgen. Während die eidgenössischen Prüfungen zu einem hohen Teil privat finanziert werden, werden die höheren Fachschulen stärker öffentlich finanziert. Neuere Entwicklungen verweisen darauf, dass bei beiden Teilen der höheren Berufsbildung eine höhere öffentliche Subventionierung (Stichworte: Subjektfinanzierung und verbindliche interkantonale Abgeltungen) angestrebt wird.

Da das lebenslange Lernen in der modernen Arbeitswelt eine zunehmend bedeutendere Rolle spielt, ermöglicht die Durchlässigkeit zwischen höherer Berufs- und Hochschulbildung auch eine noch später im Lebensverlauf vorgenommene berufliche Neuorientierung. Sie gestattet es Personen, den eingeschlagenen Weg zu ändern, etwa, indem Hochschulabsolvent/innen eine höhere Berufsbildung oder Absolvent/innen der höheren Berufsbildung ein Hochschulstudium in Angriff nehmen können. Kapitel 5 stellt dar, wie die Durchlässigkeit zwischen der höheren Berufs- und der Hochschulbildung in der Schweiz einerseits formal und andererseits tatsächlich realisiert ist.

Seit einigen Jahren ist auch der Gesundheitsbereich im Bildungssystem der Schweiz integriert und bietet eine Reihe von Ausbildungen in der höheren Berufsbildung an. Kapitel 6 gibt anhand des ausgewählten Fallbeispiels einer Ausbildung, die sowohl auf Tertiär B- als auch auf Tertiär A-Ebene angesiedelt ist (Pflegestudium HF/FH), einen vertieften Einblick in die Komplementarität/Konkurrenz zwischen den beiden Bereichen. Einerseits wird die Geschichte dieser neuen Konstruktion im Gesundheitsbereich dargestellt, andererseits werden die Motive der Fachfrauen/-männer Gesundheit (Lehrberuf als Zubringer für die Tertiärstufe) bzgl. ihrer Wahl des Tertiärbereichs präsentiert.

Der Bericht schliesst in Kapitel 7 mit einem Ausblick und verweist auf zukünftige Herausforderungen.



Überblick über die höhere Berufsbildung der Schweiz

Das folgende Kapitel gibt einen Überblick über die heterogene Bildungslandschaft der höheren Berufsbildung. Nach der kurzen Darstellung der historischen Entwicklung dieses Bildungsbereichs folgt eine Übersicht über die Bildungsabschlüsse der höheren Berufsbildung sowie eine detailliertere Charakterisierung der eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen einerseits und der höheren Fachschulen andererseits. Ein statistischer Überblick und eine Trendprognose verweisen auf die Wichtigkeit dieser neu geschaffenen tertiären Bildungsstufe. Ausführungen zu den rechtlichen Grundlagen illustrieren die Arbeitsteilung in der Verbundpartnerschaft. Das Fazit verweist abschliessend auf die grosse Heterogenität der Abschlüsse dieser Bildungsstufe und auf die Konkurrenz zur berufsorientierten Weiterbildung und zu den Fachhochschulen.

2.1 Die höhere Berufsbildung im Schweizer Bildungssystem und ihre historische Entwicklung

Das Schweizer Bildungssystem weist heute auf Tertiärstufe eine Zweiteilung auf: Neben der hochschulischen Tertiärstufe A, die die kantonalen Universitäten, die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, die Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen umfasst, bildet die höhere Berufsbildung die sogenannte Tertiärstufe B (siehe Abbildung 2.1).¹

Sowohl die gesetzliche Verankerung der Terminologie «höhere Berufsbildung» als auch ihre Positionierung auf Tertiärebene ist neueren Datums. Die Bildungsgänge und Abschlüsse der Schweiz, die heute als höhere Berufsbildung bezeichnet werden, gehörten noch bis vor zehn Jahren zur beruflichen Weiterbildung. Erst im Berufsbildungsgesetz BBG 2002 wurde der Begriff «höhere Berufsbildung» gesetzlich integriert. Wie der Bundesrat in der Botschaft zum neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung 2000 ausführt: «Unter dem neuen Begriff «höhere Berufsbildung» sind die eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen sowie die höheren Fachschulen zusammengefasst. Sie werden neben der Hochschulbildung als eigenständiges Bildungsangebot der Tertiärstufe verankert [...]» (Schweizerischer Bundesrat 2000: 5689)

Damit ist die sogenannte «Tertiärisierung» der höheren Berufsbildung ein relativ neues Phänomen. Sie hat eine Aufwertung erfahren: «Das neue Berufsbildungsgesetz sieht eine spezifische Tertiärstufe ausserhalb des Hochschulbereichs vor. Es trennt im Gegensatz zum geltenden BBG die höhere Berufsbildung von der Weiterbildung. [...] Unter dem neuen Kapitel der höheren Berufsbildung werden die beiden formalisierten Bereiche der eidgenössischen Berufs- und der eidgenössischen höheren Fachprüfungen einerseits, der höheren Fachschulen andererseits zusammengefasst, um sie als eigenständiges Bildungsangebot in der tertiären Bildung zu verankern. Die genannten Bereiche zeugen von einer Nachfrage nach Bildungsangeboten, deren Ansprüche das Niveau einer Grundbildung der Sekundarstufe II klar übersteigen. Diese Angebote sollen sich nicht weiter zwischen Grund- und Weiterbildung bewegen, sondern auf der Tertiärstufe klar positioniert werden. Nur so kann diese Stufe eine eigene Identität entwickeln, die Durchlässigkeit definiert und eine gesamtschweizerische Transparenz erreicht werden.» (Schweizerischer Bundesrat 2000: 39f.)

1 Der Tertiär A-Bereich wird der ISCED-Kategorie 5a, der Tertiär B-Bereich der ISCED-Kategorie 5b zugeordnet (siehe Anhang 1).

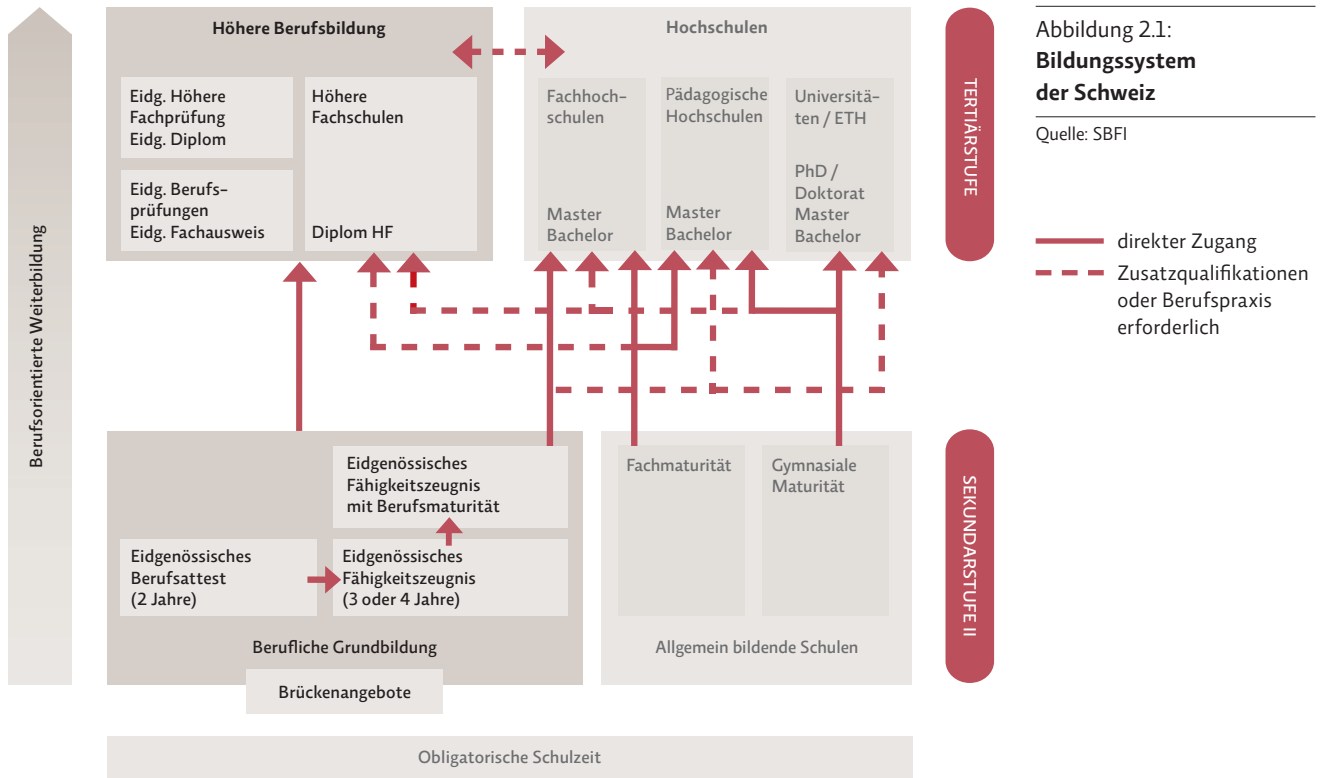


Abbildung 2.1:
Bildungssystem
der Schweiz

Quelle: SBFI

— direkter Zugang
- - - Zusatzqualifikationen
oder Berufspraxis
erforderlich

Die Abschlüsse, die heute in der Schweiz als höhere Berufsbildung bezeichnet werden, können auf eine lange Geschichte zurückblicken (Schmid und Gonon 2013; Späni 2008). Ihre historische Entwicklung spiegelt den Wandel der Arbeitsmärkte in den letzten 100 Jahren, die nach ausdifferenzierten Berufsbildern, steigenden Qualifikationen und vermehrten Kaderpositionen auf unterem, mittlerem und oberem Niveau verlangten.

Bereits 1930 wurden die höheren Fachprüfungen im ersten Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung geregelt. Im Zentrum standen damals einerseits die von den Berufsverbänden durchgeführten «Meisterprüfungen», die einen Aufstieg in eine Vorgesetztenposition ermöglichten und für gewisse Berufe eine Voraussetzung darstellten, Lernende auszubilden. Die Absolvent/-innen durften den Titel «diplomiert» verwenden (z.B. dipl. Buchhalter) oder den Meistertitel in Verbindung mit der Berufsbezeichnung (z.B. Schreinermeister) führen. 1963 wurde das Gesetz zum ersten Mal revidiert. Neu Eingang fanden Regelungen zur Berufsprüfung und zu den höheren technischen Lehranstalten HTL, die damals zu den Fachschulen zählten. Begründet wurde das erweiterte Angebot an beruflicher Weiterbildung mit dem Industriewachstum, dem technischen Wandel und der Ausdifferenzierung von Berufsbildern, was dazu führte, dass die Wirtschaft einerseits einen höheren Bedarf an qualifizierteren Arbeitskräften und andererseits nach unteren und mittleren Kader hatte.

Das Gewerbe schlug damals vor, die Berufsprüfung neu einzuführen, die feststellen sollte, ob der Bewerber die erforderlichen beruflichen Fähigkeiten und Kenntnisse besitzt, um die Stellung eines Vorgesetzten zu besetzen oder einen Betrieb in einfachen Verhältnissen zu führen. Die höhere Fachprüfung dagegen diente zur Leitung eines grösseren

Unternehmens oder sollte die Fähigkeiten belegen, die an besonders qualifizierte Arbeitnehmer gestellt werden. Die schulisch orientierten HTL sollten Kenntnisse und Fähigkeiten zur Ausübung von höheren technischen Berufen, die jedoch kein Hochschulstudium voraussetzten, vermitteln. Ihre Absolvierenden durften den Titel «Ingenieur HTL» oder «Architekt HTL» tragen.

Bei der erneuten Gesetzesrevision 1978 fällt insbesondere die Ausdehnung der schulisch geprägten beruflichen Weiterbildung auf. Eingang ins Gesetz fanden nun höhere Fach- und Technikerschulen, die ihre Absolvierenden befähigen sollten, Aufgaben und Führungsfunktionen auf mittlerer Stufe zu übernehmen. Sowohl die HTL als auch die neu im Gesetz aufgeführten höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen HWV sollten im Gegensatz dazu höhere Kader für die Wirtschaft ausbilden. Während die HTL die Studierenden darauf vorbereiten sollten, Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung in die industrielle Fertigung und Entwicklung zu übertragen oder in anderen Sachgebieten selbständig anzuwenden, vermittelten die HWV wirtschaftswissenschaftliche Grundkenntnisse und eine erweiterte Allgemeinbildung. Absolvierende sollten anspruchsvolle Aufgaben in Wirtschaft und Verwaltung übernehmen, verliehen wurde der Titel «Betriebsökonom HWV».

Die heutigen Abschlüsse der höheren Berufsbildung waren 1978 im Bereich «berufliche Weiterbildung» eingereiht. Ursprünglich folglich gedacht als Weiterqualifizierung für Personen im gewerblich-industriellen Bereich, die selbst einen Betrieb eröffnen und Lernende ausbilden wollen, oder zur Erzeugung einer durch die Praxis geprägten technischen und wirtschaftlichen Elite hat sich der Umfang und die Zusammensetzung der höheren Berufsbildung bis heute stark verändert. Zwei Bildungsreformen hatten hier grossen Einfluss: 1) die Schaffung der Fachhochschulen in den 1990er-Jahren sowie 2) die Revision des Berufsbildungsgesetzes BBG 2002 (siehe Abbildung 2.2).

Die erste Tertiarisierung der höheren Berufsbildung in Richtung Tertiärstufe A fand auf der Grundlage des Fachhochschulgesetzes 1995 statt (Bundesamt für Statistik 2011; Lehmann 2013; Oertle-Bürki 2008; Weber, Tremel, Balthasar und Fässler 2010). Mit dem Argument der mangelnden internationalen Anerkennung wurden höhere Fachschulen (HTL, HWV und Höhere Fachschulen für Gestaltung HFG), die zum Teil eine lange Tradition als statushohe Bildungsanbieter in der Berufsbildung hatten, in Fachhochschulen transformiert. Damit wurden sie aus dem Bereich der beruflichen Weiterbildung herausgelöst.

Durch diese Bildungsreform wechselte mehr als die Hälfte der Abschlüsse der höheren Fachschulen ihre bildungssystematische Einbettung. Weiter folgte die Gründung der Fachhochschulen im Sozialbereich, die ebenfalls aus bestehenden höheren Fachschulen hervorgegangen waren, und schliesslich – mit einiger Verspätung – der Gesundheitsbereich. Die Fachhochschulen verzeichneten die ersten Eintritte 1997 und vergaben die ersten Abschlüsse 2000.

In dieser Bildungsreform wurden höhere Fachschulen in Fachhochschulen transformiert: «Diese Schulen, die teilweise auf eine lange Tradition als statushohe Bildungsanbieter in der Berufsbildung zurückblicken können, wurden rechtlich aus ihren angestammten Zusammenhängen herausgelöst, im Feld der (universitären) Hochschulen neu positioniert, anders ausgerichtet und organisatorisch zusammengefasst.» (Weber, Tremel und Balthasar 2010: 688) Die Ausbildungsdauer an den Fachhochschulen dauerte im Allgemeinen ein Jahr länger (mindestens drei Jahre Vollzeit oder vier Jahre Teilzeit) als diejenige der im Weiterbildungsbereich verbleibenden höheren Fachschulen. Weiter wurden alle Bildungsgänge für Unterrichtsberufe an neu geschaffene Pädagogische Hochschulen verlegt.

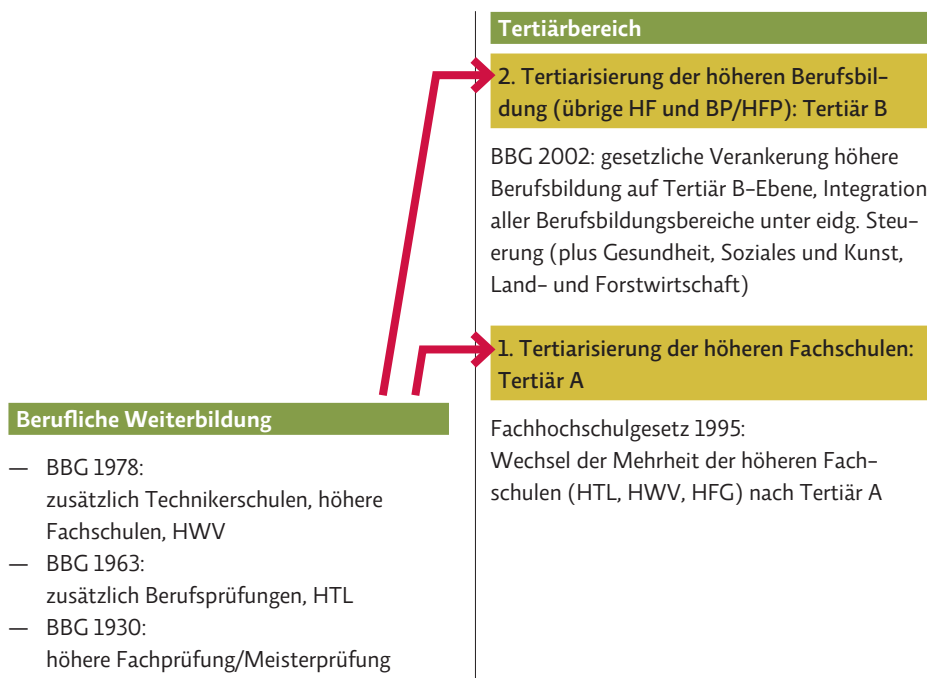


Abbildung 2.2:
Historische Entwicklung der höheren Berufsbildung

Quelle: eigene Darstellung

Die vorhergehende Einführung der Berufsmaturität und das Bundesgesetz über die Fachhochschulen 1995 wurden damals als Reform des Berufsbildungssystems betrachtet: «Diese Reform bietet Berufsleuten neue Aufstiegschancen. Sie leistet damit einen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung der Berufslehre. Es wird ein duales Hochschulsystem aufgebaut, bei dem die Fachhochschulen als gleichwertige aber andersartige Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen neben die universitären Hochschulen treten.» (Bundesrat 1996: 62)

Die zweite Tertiärisierung der im beruflichen Weiterbildungsbereich verbliebenen höheren Berufsbildung fand mit der erneuten Revision des Berufsbildungsgesetzes 2002 statt. Zum ersten Mal im Gesetz aufgeführt wurde die Kategorie der höheren Berufsbildung, die die eidgenössischen Prüfungen und die höheren Fachschulen zusammenfasste und auf Tertiärstufe B neu positionierte.

Mit der revidierten Bundesverfassung 1999 wurde dem Bund zudem die Kompetenz für sämtliche Berufsbildungsbereiche übertragen. Zur höheren Berufsbildung und in den Zuständigkeitsbereich des Bundes stiessen daher die Bildungsfelder Land- und Forstwirtschaft und die bisher kantonal geregelten Bereiche Gesundheit, Sozialwesen und Kunst. Ab Mitte der 2000er-Jahre wurden so etwa Ausbildungen des Gesundheitsbereichs, die vorher in der Hand des Schweizerischen Roten Kreuzes waren, in das Bildungssystem der Schweiz integriert, was zur Neustrukturierung und Neuschaffung von Bildungsgängen auf Sekundarstufe II, Tertiär A- und B-Stufe führte². Dies hatte ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die höhere Berufsbildung, was dem ehemals stark industriell-gewerblich geprägten Bereich ein anderes Gesicht verlieh. Weiter hat das Berufsbildungsgesetz BBG 2002 die höhere Berufsbildung deutlich von der berufsorientierten Weiterbildung abgegrenzt und diese stärker in Richtung des Erwerbs allgemeiner Schlüsselqualifikationen definiert (Schweizerischer Bundesrat 2000).

² Kapitel 6 gibt eine detaillierte Darstellung dieses Prozesses.

2.2 Kontur der höheren Berufsbildung

Auf der Tertiärebene des Schweizer Bildungssystems treffen heute unterschiedliche Logiken aufeinander. Während im Bereich der Allgemeinbildung als dominantes Ideal tendenziell die Realisierung einer gebildeten Persönlichkeit im Zentrum steht, die mit Hilfe eines Kanons repräsentativen systematisierten Wissens sowie der Wissenschaftsorientierung ausgebildet wird, verfolgt die Berufsbildung ein anderes Ziel. Hier steht die Vermittlung von in der Praxis integrierter, beruflicher Handlungskompetenz im Zentrum, «d.h. die Fähigkeit, berufliche Rollen wahrnehmen, sich in (betrieblichen) Organisationen orientieren und verhalten, auf Arbeitsmärkten bewegen sowie die Bedeutung technologischen und ökonomischen Wandels für die eigene Berufsbiographie erkennen zu können.» (Baethge 2006: 17)

Die höhere Berufsbildung als nicht hochschulischer Tertiär B-Bereich wird folglich durch einen hohen Arbeitsmarktbezug und die Vermittlung von Qualifikationen, die für eine anspruchsvolle Berufstätigkeit mit Fach- und/oder Führungsverantwortung nötig sind, definiert (BBT 2011a). Sie bietet den Absolvent/innen von circa 250 Lehrberufen der beruflichen Grundbildung, die etwa zwei Drittel der Lernenden auf Sekundarstufe II in der Schweiz ausmachen, eine Perspektive für eine Höherqualifizierung.

Das Bildungsangebot der höheren Berufsbildung weist eine hohe Vielfalt auf. Tabelle 2.1 gibt einen Überblick über die eidgenössischen Prüfungen (Berufs- und höheren Fachprüfungen) sowie die höheren Fachschulen, ihre Ausrichtung und Zielsetzung, die definierten minimalen Zugangsvoraussetzungen, die Dauer, Bildungsanbieter und Abschlüsse.

Tabelle 2.1:
**Überblick über die höhere
 Berufsbildung der Schweiz**

Quellen: SKBF 2010; SBFI 2013a;
 Econcept 2011; eigene Ergänzungen

	Ausrichtung/ Zielsetzung	Zugang (minimal)	Dauer	Bildungsanbieter	Abschluss
Eidgenössische Prüfungen	Berufsprüfung Erste Spezialisierung/ fachliche Vertiefung. In der Regel: Über- nehmen von fachlicher Verantwortung	Abschluss auf Sekundarstufe II und bestimmte Anzahl Jahre Praxiserfahrung in der entsprechenden Fachrichtung	Nicht festgelegt, da der Besuch von Vorberei- tungskursen (zwischen 750 und über 1000 Lernstunden) freiwillig ist, im Durchschnitt 2,9 Semester, berufs- begleitend	Frei wählbare Vorberei- tungskurse, die u.a. von öffentlichen oder priva- ten Anbietern, Organi- sationen der Arbeits- welt ³ etc. durchgeführt werden	Ca. 240 unterschiedli- che eidg. Fachausweise, 2012: 13 582 Abschlüsse
	Höhere Fachprüfung Erwerben von Exper- tenwissen. In der Regel: Übernehmen einer leitenden Funktion im Unternehmen	Berufsprüfung und bestimmte Anzahl Jahre Praxiserfahrung in der entsprechenden Fachrichtung	Nicht festgelegt, da der Besuch von Vorberei- tungskursen (zwischen 750 und über 1000 Lernstunden) freiwillig ist, im Durchschnitt 3,4 Semester, berufs- begleitend	Frei wählbare Vorberei- tungskurse, die u.a. von öffentlichen oder priva- ten Anbietern, Organi- sationen der Arbeits- welt etc. durchgeführt werden	Ca. 170 unterschiedliche eidg. Diplome, 2012: 2815 Abschlüsse
Höhere Fachschulen	Spezialisierung und Er- werben von Experten- wissen. In der Regel: Übernehmen einer leitenden Funktion im Unternehmen	Abschluss auf Sekun- darstufe II und teilweise Berufserfahrung	2–3 Jahre (3600 Lern- stunden bei einschlägi- gem EFZ), ansonsten 3–4 Jahre (5400 Lern- stunden), berufsbeglei- tend oder vollzeitlich	Private, öffentliche oder Non-Profit Anbieter	Diplom HF, 33 Rahmen- lehrpläne (52 Fachrich- tungen, über 400 Bildungsgänge), 2012: 6800 Abschlüsse

3 Der Sammelbegriff «Organisationen der Arbeitswelt» beinhaltet Berufsverbände, Sozialpartner, öffentliche und private Anbieter von Lehrstellen und anderen Bildungsangeboten (Schweizerischer Bundesrat 2000).

Die höhere Berufsbildung ist der einzige Teil des tertiären Bildungswesens der Schweiz, der als offiziellen Regelzugang weder die gymnasiale Maturität noch die Berufs- oder Fachmaturität verlangt (SKBF 2010). Obwohl der meist gewählte Zugang zur höheren Berufsbildung das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis ist, sind die Zugänge zur höheren Berufsbildung im Allgemeinen sehr offen definiert. So kann neben dem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis auch der Abschluss einer höheren schulischen Allgemeinbildung oder eine gleichwertige Qualifikation vorausgesetzt werden: «Die Vielfalt der höheren Berufsbildung – durch den Einbezug der Berufsbildungen in Gesundheit, Sozialem und Kunst noch verstärkt – erlaubt keine allgemeine Zugangsberechtigung. Für die einzelnen Richtungen braucht es zusätzliche, von den Anbietern der höheren Berufsbildung zu definierende Zutrittsbedingungen, die der jeweiligen Spezifität des Bildungsgangs Rechnung tragen.» (Schweizerischer Bundesrat 2000: 5755) Selbst der Erwerb von Berufspraxis, der als Zulassungsbedingung zur höheren Berufsbildung häufig genannt wird, wird in gewissen Fällen mit längeren Praktika in die Bildungsgänge der höheren Fachschulen integriert.

2.3 Eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen

Bildungssystematisch stellen die eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen im Vergleich zu den anderen Bildungsangeboten auf tertiärer Ebene einen Sonderfall dar: nicht der Weg zum Abschluss (Ausbildungsinhalte und Lernstunden) ist definiert, sondern die abschliessend zu prüfenden Berufsqualifikationen.

Eine *Berufsprüfung* ermöglicht Personen, sich nach mehrjähriger Berufserfahrung in ihrem Tätigkeitsfeld fachlich zu vertiefen und zu spezialisieren. Schweizweit existieren circa 240 unterschiedliche Berufsprüfungen (BBT 2011a). Zur Vorbereitung auf die Berufsprüfungen führen unterschiedliche Bildungsanbieter sogenannte Vorbereitungskurse durch. Der Besuch dieser Kurse ist freiwillig. Es ist theoretisch möglich, dass sich Prüfungskandidierende die Berufsqualifikationen autodidaktisch aneignen und ohne Besuch eines Kurses direkt zur Berufsprüfung antreten. Dies ist jedoch die Ausnahme: zwischen 80% bis 90% der Kandidierenden besuchen einen Vorbereitungskurs für eine Berufsprüfung (Econcept 2011), dessen Zeitaufwand auf zwischen 750 und über 1000 Stunden geschätzt wird (Schärer, Fritschi, Dubach und Oesch 2009). Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen werden meist berufsbegleitend absolviert, allerdings existieren im Gesundheitsbereich auch Vollzeitangebote.

Da nur die Prüfungen, aber nicht die Vorbereitungskurse staatlich reguliert sind, existieren heute keine staatliche Aufsicht über die Lehrpläne, keine Anerkennung der Bildungsanbieter, keine Aufsichtsorgane oder Mindestanforderungen an Dozierende (Fleischmann 2011). Die Vorbereitungskurse dauern meist zwischen zwei und drei Semestern (Schärer et al. 2009). Allerdings weist die Dauer dieser Kurse eine grosse Heterogenität auf: «So dauert die Vorbereitung auf die Berufsprüfung Fachfrau im Finanz- und Rechnungswesen je nach Anbieter vier bis sechs Semester (berufsbegleitend), jene zum Marketingfachmann zwei bis drei.» (Fleischmann 2011: 25)

Insgesamt lässt sich sagen, dass die höhere Berufsbildung sehr ausdifferenziert ist und sich einerseits durch Abschlüsse auszeichnet, die von einer grösseren Anzahl von Personen pro Jahr realisiert werden. Andererseits existiert aber auch eine Reihe von Abschlüssen, die pro Jahr nicht oder nur von einer äusserst kleinen Anzahl von Personen

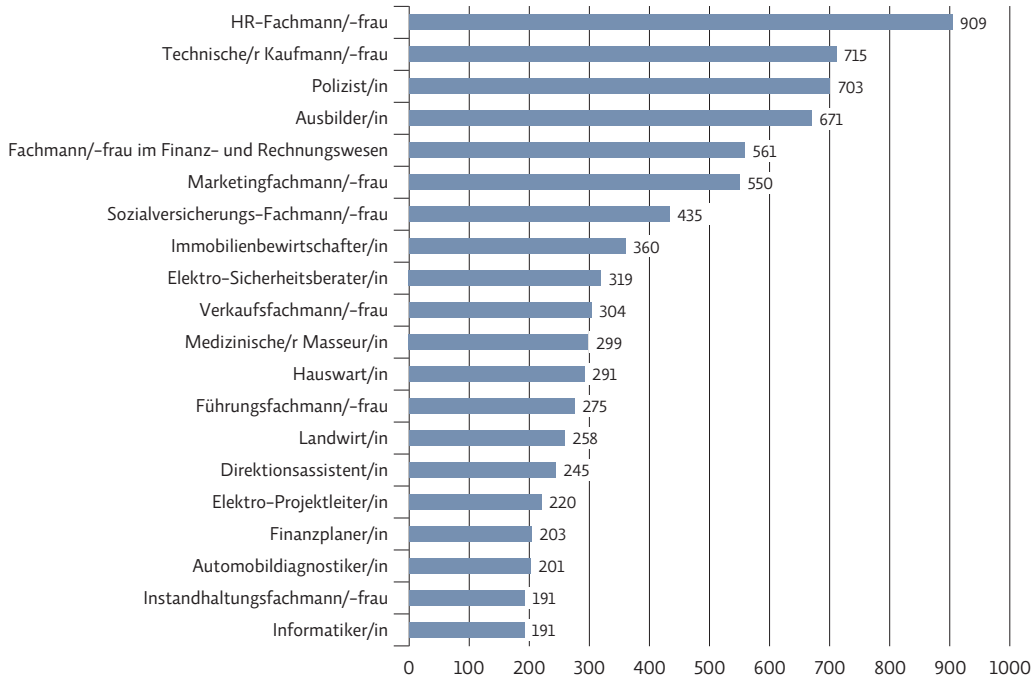


Abbildung 2.3:
**Berufsprüfungen – die 20
meist erteilten eidgenössischen
Fachausweise (2012)**

Quelle: Bundesamt für Statistik
2012a, 2012: total 13 582 eidgenössische
Fachausweise

nachgefragt werden. 2012 wurden 13 582 eidgenössische Fachausweise vergeben, wovon 58,2% auf die 20 wichtigsten der circa 240 Berufsprüfungen entfielen (siehe Abbildung 2.3).

Neben diesen stärker nachgefragten gibt es eine Reihe von Berufsprüfungen, in denen 2012 schweizweit nur wenige Abschlüsse realisiert wurden, beispielsweise Veranstaltungstechniker/in (1), Weintechnologe/in (3), Luftfahrzeugtechniker/in (4), Innendekorateur/in (5), Warehouselogistiker/in (5).

Falls in einem Berufsfeld sowohl eine Berufsprüfung als auch eine *höhere Fachprüfung* angeboten werden, entspricht die Letztere einem höheren Qualifikationsniveau und das vorherige Absolvieren der Berufsprüfung ist Pflicht.⁴ Berufspersonen können mit einer höheren Fachprüfung einerseits Expertenwissen in ihrem Tätigkeitsbereich erwerben, andererseits werden sie auf Führungsaufgaben vorbereitet. Insgesamt stehen circa 170 eidgenössische höhere Fachprüfungen zur Auswahl (BBT 2011a). Auch hier kann auf freiwilliger Basis ein staatlich nicht regulierter Vorbereitungskurs besucht werden; der Zeitaufwand wird – gleich wie bei der Berufsprüfung – auf zwischen 750 und über 1000 Stunden geschätzt (Schärrer et al. 2009). Wie die Berufsprüfung wird auch die höhere Fachprüfung berufsbegleitend absolviert.

Im Bereich der höheren Fachprüfungen wurden 2012 2815 eidgenössische Diplome vergeben, wovon 68,8% auf die 20 wichtigsten (von insgesamt circa 170 höheren Fachprüfungen) fielen (siehe Abbildung 2.4).

⁴ Allerdings verweist die Studierendenbefragung von Schärrer et al. (2009) auf die verbreitete Zulassungspraxis «sur dossier». So gab ein Drittel der befragten Personen, die sich im Berufsfeld Wirtschaft, und über 40%, die sich im Berufsfeld Technik auf eine höhere Fachprüfung vorbereiteten, als höchsten Bildungsabschluss die berufliche Grundbildung an.

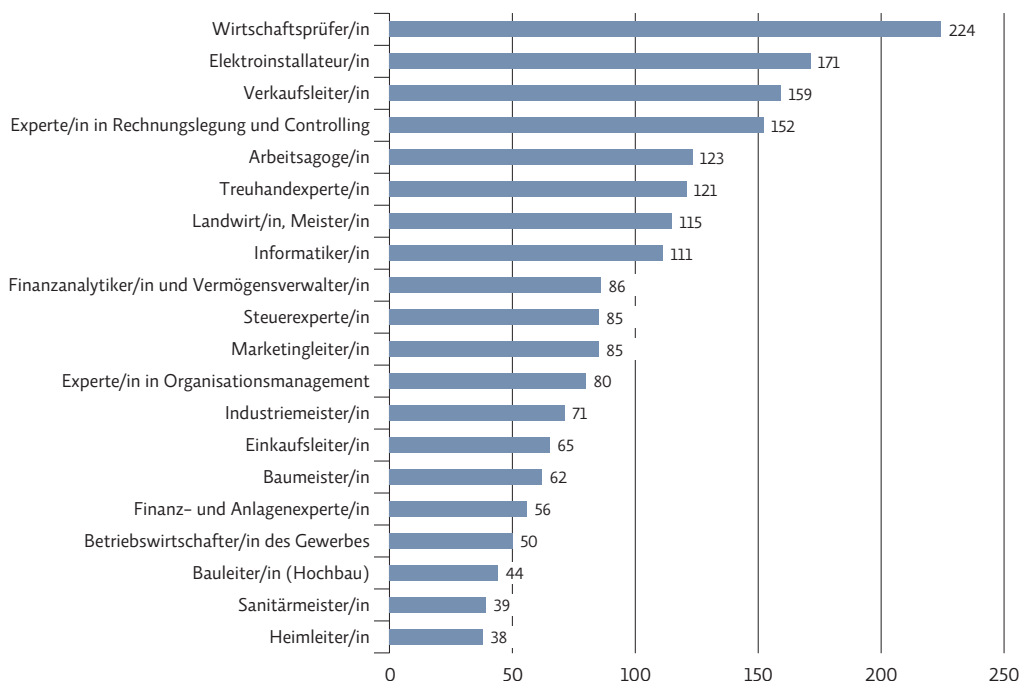


Abbildung 2.4:
**Höhere Fachprüfungen –
Diplome der 20 am häufig-
sten gewählten Bildungs-
gänge (2012)**

Quelle: Bundesamt für Statistik
2012a, 2012: total 2815 eidgenös-
sische Diplome

Auch bei den höheren Fachprüfungen existiert eine Reihe von Abschlüssen, die 2012 vergleichsweise gering nachgefragt waren, beispielsweise Industriemeister/in im Maschinen- und Apparatebau (1), Leiter/in Technische Dokumentation (2) und Geigenbaumeister/in (3).

Die Definition der Inhalte sowohl der Berufs- als auch der höheren Fachprüfungen wird durch die Praxis bestimmt und liegt in der Hand der jeweiligen Organisation der Arbeitswelt (zumeist Berufsverbände). Sie definiert das Berufsprofil, die zu erwerbenden Kompetenzen, die Zulassungsbedingungen, die Qualifikationsverfahren sowie die Bezeichnungen der Abschlüsse (Bundesamt für Statistik 2011). Sie initiiert ebenfalls neue eidgenössische Prüfungen, wenn sich ein neues Bedürfnis des Arbeitsmarkts abzeichnet. Das SBFI genehmigt die Prüfungsordnungen und organisiert die Prüfungen. In den Prüfungen werden die zu erwerbenden Kompetenzen mit arbeitsnahen Aufgaben getestet. Die Prüfungsexpert/innen, die die Prüfungen abnehmen, sind ebenfalls Fachleute aus der Praxis.

Die Heterogenität der Abschlüsse in Bezug auf das Anforderungsniveau und die zu erwerbenden Kompetenzen ist gross. Vor zehn Jahren noch zum Bereich der Weiterbildung gezählt, widerspiegeln die eidgenössischen Prüfungen die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts in den letzten 30 Jahren und haben sich historisch uneinheitlich entwickelt (Schmid und Gonon 2013). Entstanden ist ein inhaltlich und qualitativ heterogenes Feld an Bildungsangeboten und -anbietern. Weiter wurden Berufsprüfungen in einigen Branchen als Vorstufe zu den höheren Fachprüfungen geschaffen, während die Berufsprüfung in anderen Branchen der höchstmögliche Abschluss ist (Bundesamt für Statistik 2011). Der Schweizerische Bundesrat (2000: 5756) stellt daher fest: «Faktisch ist eine qualifikationsbezogene Unterscheidung zwischen den Berufs- und höheren Fachprüfungen nur innerhalb einer Branche möglich. Im Quervergleich verschwimmen die Kriterien.»

Coiffeur/se (Berufsprüfung)	Tätigkeiten	Coiffeure und Coiffeusen mit eidg. Fachausweis verfügen über umfassende Berufskennntnisse. Als Vorgesetzte betreuen sie Lernende und fördern Mitarbeitende. Für die Geschäftsleitung übernehmen sie administrative Arbeiten.
	Module	Grundausbildung Berufsbildner/innen; Lehren und Lernen im Betrieb (Didaktik-Modul); die Kraft der Kommunikation; die Faszination der physikalischen und/oder chemischen Haarveränderung
	Voraussetzungen	– Abschluss einer beruflichen Grundbildung als Coiffeur/Coiffeuse EFZ und – mind. 3 Jahre Berufspraxis nach Abschluss der beruflichen Grundbildung sowie – erforderliche Kursausweise/Modulabschlüsse oder Gleichwertigkeitsbestätigungen
	Dauer	Mind. 1 Jahr, berufsbegleitend
Coiffeur/se (höhere Fachprüfung)	Tätigkeiten	Coiffeure und Coiffeusen mit eidg. Diplom übernehmen Fach- und Führungsaufgaben in Coiffeurbetrieben. Sie verfügen über vertiefte betriebswirtschaftliche Kenntnisse in Personal- und Unternehmensführung, Rechnungswesen und Marketing.
	Module	Grundlagen der unternehmerischen Kompetenzen, Rechnungswesen und Preiskalkulation, Marketing und Unternehmensführung, Führung und Personalmanagement
	Voraussetzungen	– Abschluss der Berufsprüfung als Coiffeur/se mit eidg. Fachausweis und – mind. 1 Jahr Berufspraxis als Coiffeur/se seit Abschluss der Berufsprüfung sowie – erforderliche Modulabschlüsse oder Gleichwertigkeitsbestätigungen
	Dauer	Mind. 1 Jahr, berufsbegleitend

Tabelle 2.2:
**Vergleich Coiffeur/se
(Berufsprüfung und höhere
Fachprüfung)**

Quelle: www.berufsberatung.ch

Illustrativ zeigt Tabelle 2.2 einen Vergleich zwischen der Berufsprüfung Coiffeur/se, die als Voraussetzung für die darauf aufbauende höhere Fachprüfung Coiffeur/se gilt – als Beispiel für eine traditionelle gewerbliche Ausbildung der höheren Berufsbildung, von der Berufsprüfung hin zur klassischen «Meisterprüfung».

Die folgende Tabelle 2.3 gibt einen Überblick über die Berufsprüfung Fachmann/-frau Finanz- und Rechnungswesen, die eine Zulassungsvoraussetzung (neben vielen anderen) für die 2012 am meisten nachgefragte höhere Fachprüfung Wirtschaftsprüfer/in darstellt.

Fachmann/-frau Finanz- und Rechnungswesen (Berufsprüfung)	Tätigkeiten	Fachleute im Finanz- und Rechnungswesen sind Führungskräfte in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie verfügen über vertiefte Kenntnisse im Finanz- und Rechnungswesen, organisieren und überwachen die Finanzbuchhaltung und Salär-administration.
	Geprüfte Fächer	Rechnungswesen, Steuern, Löhne und Sozialversicherungen, Recht, Fallstudie
	Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> – Abschluss einer mind. 3-jährigen Grundbildung oder einer vom SBFI anerkannten Handelsmittelschule oder einer gymnasialen Maturität oder – Abschluss als Sachbearbeiter/in Rechnungswesen mit mind. 1,5-jähriger Ausbildungsdauer (mind. 288 Unterrichtslektionen) oder – Abschluss einer Berufsprüfung oder einer höheren Fachprüfung oder – Abschluss einer höheren Fachschule, eines Fachhochschul- oder Universitätsstudiums und – 3 Jahre Fachpraxis – kein Eintrag im Zentralstrafregister
	Dauer	Je nach Anbieter: ca. 4–6 Semester, berufsbegleitend
Wirtschaftsprüfer/in (höhere Fachprüfung)	Tätigkeiten	Wirtschaftsprüfer/innen prüfen die korrekte Rechnungslegung sowie die Einhaltung der entsprechenden gesetzlichen Anforderungen durch Unternehmen. Als Führungsverantwortliche im Bereich der Wirtschaftsprüfung erkennen sie unternehmensexterne und -interne Chancen und Risiken.
	Module	Assessment technischer Teil Accounting and Finance; Vorkenntnismodule: Wirtschafts- und Handelsrecht, Steuern, Volkswirtschaftslehre, Statistik; Expertenlehrgang Accounting & Finance oder Teilbereich Financial Reporting, Audit, Tax & Legal; Diplomprüfungsstufe Professional Judgement; Diplomprüfung Vertiefung mündliche Prüfung: Trade Industry & Services; Financial Services
	Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> – Bestehen der erforderlichen Modulabschlüsse und – Abschluss einer Berufsprüfung als Fachmann/-frau Finanz- und Rechnungswesen, Treuhänder/in, Bankfachmann/-frau, Informatiker/in oder Abschluss als Bachelor oder Master einer schweiz. Fachhochschule oder Abschluss eines schweiz. Universitätsstudiums (Bachelor oder Master resp. Lizentiat, Diplom oder Doktorat) oder – Abschluss als dipl. Betriebswirtschafter/in HF oder – Abschluss einer höheren Fachprüfung als Steuer-, Treuhand- oder Bankfach-Experte/in, Experte/in in Rechnungslegung und Controlling, Informatiker/in oder – gleichwertiges in- oder ausländisches Diplom, vergleichbar mit entsprechendem schweizerischem Ausweis – kein Eintrag im Strafregister <p>zusätzlich</p> <ul style="list-style-type: none"> – Nachweis von 7 Jahren kaufmännischer Berufspraxis, davon mindestens 3 Jahre qualifizierte Fachpraxis, d.h. während 4 Hauptprüfungsperioden in ihrem engeren Tätigkeitsfeld, nach Abschluss der o.a. Ausbildungen
	Dauer	3¾ Jahre, berufsbegleitend

Tabelle 2.3:
Vergleich Fachmann/-frau Finanz- und Rechnungswesen (Berufsprüfung) und Wirtschaftsprüfer/in (höhere Fachprüfung)

Quelle: www.berufsberatung.ch

Alle dargestellten Ausbildungen sind im Bildungssystem auf derselben Tertiär B-Stufe angesiedelt. Während ein klarer Aufbau und Niveauunterschied zwischen den Berufs- und höheren Fachprüfungen im gleichen Berufsfeld sichtbar sind, ist ein direkter berufsfeldübergreifender Vergleich der Anspruchsniveaus etwa zwischen den beiden höheren Fachprüfungen Coiffeur/se und Wirtschaftsprüfer/in – nicht zuletzt auch in Bezug auf die Dauer der Ausbildung und die unterschiedlichen Voraussetzungen – kaum möglich. Zu gross sind die inhaltlichen Unterschiede dieser zwei höheren Fachprüfungen, obwohl sie bildungssystematisch derselben Bildungsstufe angehören.

2.4 Höhere Fachschulen

Innerhalb der höheren Berufsbildung ermöglichen die *höheren Fachschulen* eine schulische Höherqualifizierung an einer Bildungsinstitution.⁵ Die Schweizerische Konferenz der höheren Fachschulen KHF definiert diese wie folgt: «Die höheren Fachschulen sind eindeutig positioniert: Die Nähe zur Praxis und die Vertiefung des beruflichen Fachwissens stehen im Vordergrund. Im Vergleich zu den Hochschulen sind die Bildungsgänge der höheren Fachschulen stark auf die Berufswelt ausgerichtet. Die praktischen und theoretischen Lerninhalte sind kompetenzorientiert und am Arbeitsplatz unmittelbar einsetzbar.» (KHF 2013)

Im Gegensatz zu den eidgenössischen Prüfungen, bei denen nur die Prüfungsinhalte staatlich reguliert sind, anerkennt das SBFI hier die vollständigen Bildungsgänge auf Antrag der eidgenössischen Kommission für Höhere Fachschulen (EKHF) ebenfalls schweizweit. In den Rahmenlehrplänen HF werden das Berufsprofil, die zu erreichenden Kompetenzen, die Bildungsbereiche und deren zeitliche Anteile, die Koordination von schulischen und praktischen Bestandteilen sowie die Inhalte des Qualifikationsverfahrens geregelt (BBT 2011b). Die Trägerschaft für einen Rahmenlehrplan ist eine gemeinsame Aufgabe der Bildungsanbieter und der Organisationen der Arbeitswelt.⁶ Sie sind für die Übersetzung, die Verteilung und regelmässige Aktualisierung zuständig.

Das Anforderungsniveau für die Rahmenlehrpläne der höheren Fachschulen wird wie folgt definiert: «Die Qualifikationen auf der Stufe der höheren Fachschulen unterscheiden sich durch deutlich höhere Anforderungen von den Qualifikationen derjenigen Stufen, auf denen sie aufbauen. Das Anforderungs-Niveau an die Qualifikationen einer Person drückt aus, mit welchem Selbständigkeits- und Verantwortungsgrad sie mit Komplexität, Unvorhersehbarkeit und Veränderung beruflicher Situationen zurechtkommt. Dabei sollen HF-Absolventinnen und Absolventen in der Lage sein, komplexe Situationen mit einem Grad der Verantwortlichkeit und Selbständigkeit zu bewältigen, der sie befähigt, Verantwortung für anspruchsvolle fachliche Aufgaben und/oder personelle Führungsverantwortung auf Kader-Stufe einer Organisation zu übernehmen.» (BBT 2011b: 14) Die höheren Fachschulen werden von den Fachhochschulen so abgegrenzt, dass sie inhaltlich auf ein engeres Fachgebiet fokussieren und weniger wissenschaftlich ausgerichtet sind (SBFI 2013a).

Gegenwärtig existieren 33 vom Bund anerkannte Rahmenlehrpläne mit insgesamt 52 Fachrichtungen und über 400 verschiedenen Bildungsgängen (BBT 2011a) (siehe Tabelle 2.4).

5 Die höheren Fachschulen bieten sowohl Bildungsgänge als auch zahlreiche Nachdiplomstudien im Weiterbildungsreich (NDS) an. Diese umfassen jeweils mindestens 900 Lernstunden und sind nicht Gegenstand dieses Berichts.

6 Mehrheitlich werden die Rahmenlehrpläne von Organisationen der Arbeitswelt allein (18 Rahmenlehrpläne) oder in Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen (11 Rahmenlehrpläne) getragen. Lediglich bei vier der bestehenden Rahmenlehrpläne treten die Bildungsanbieter als einzige Träger auf. Dabei handelt es sich um Rahmenlehrpläne aus dem Kunst- und Gestaltungsbereich.

Bereich	Fachrichtungen der Rahmenlehrpläne
Technik	Bauführung, Bauplanung, Elektrotechnik, Gebäudetechnik, Holztechnik, Informatik, Lebensmitteltechnologie, Maschinenbau, Medien, Metallbau, Mikrotechnik, Systemtechnik, Telekommunikation, Textil, Unternehmensprozesse
Gastgewerbe, Tourismus und Hauswirtschaft	Hotellerie und Gastronomie, Tourismus, hauswirtschaftliche Betriebsleitung
Wirtschaft	Agrowirtschaft, Bankwirtschaft, Betriebswirtschaft, Drogerieführung, Marketingmanagement, Rechtsassistenz, Textilwirtschaft, Versicherungswirtschaft, Wirtschaftsinformatik, Zollverwaltung
Land-/Waldwirtschaft	Agrotechnik, Waldwirtschaft
Gesundheit	Aktivierung, Dentalhygiene, medizinisch-technische Radiologie, biomedizinische Analytik, Operationstechnik, Orthoptik, Pflege, Podologie, Rettungssanität
Soziales und Erwachsenenbildung	Erwachsenenbildung, Kindererziehung, Sozialpädagogik, sozialpädagogische Werkstattleitung
Künste, Gestaltung und Design	Bildende Kunst, Kommunikationsdesign, Produktdesign
Verkehr und Transport	Flugsicherung, Flugverkehrsleitung, Verkehrspilot/in

Tabelle 2.4:
**Rahmenlehrpläne der
höheren Fachschulen**

Quelle: BBT 2011a

Für die jeweiligen HF-Bildungsgänge wurden Mindestvorgaben für Lernstunden festgelegt: 3600 Lernstunden für Bildungsgänge, die auf einem einschlägigen Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis, und 5400 Lernstunden für Bildungsgänge, die auf einem anderen Abschluss der Sekundarstufe II aufbauen (BBV, Art. 42). Während die Berufs- und höheren Fachprüfungen berufsbegleitend absolviert werden, bieten die höheren Fachschulen ihre Ausbildungsgänge sowohl berufsbegleitend als auch vollzeitlich (mit der Integration eines längeren Praktikums) an. Vollzeitliche Bildungsgänge mit 3600 Lernstunden dauern mindestens zwei Jahre, von denen 20 % im Rahmen eines Praktikums absolviert werden, berufsbegleitende Bildungsgänge mindestens 3 Jahre. Bildungsgänge mit 5400 Lernstunden dauern vollzeitlich mindestens 3 Jahre und berufsbegleitend mindestens 4 Jahre.

2012 haben die höheren Fachschulen schweizweit 6800 Diplome vergeben. Davon repräsentieren die 20 wichtigsten Bildungsgänge 75,8 % aller Abschlüsse (siehe Abbildung 2.5). Auch bei den Diplomen der höheren Fachschulen gibt es Abschlüsse, die 2012 wenig realisiert wurden, beispielsweise Techniker/in HF Kältetechnik (3), Kunst- und Mediendesign HF (4), Techniker/in HF Bauführung Tiefbau (5) und Techniker/in HF Energie und Umwelt (5).

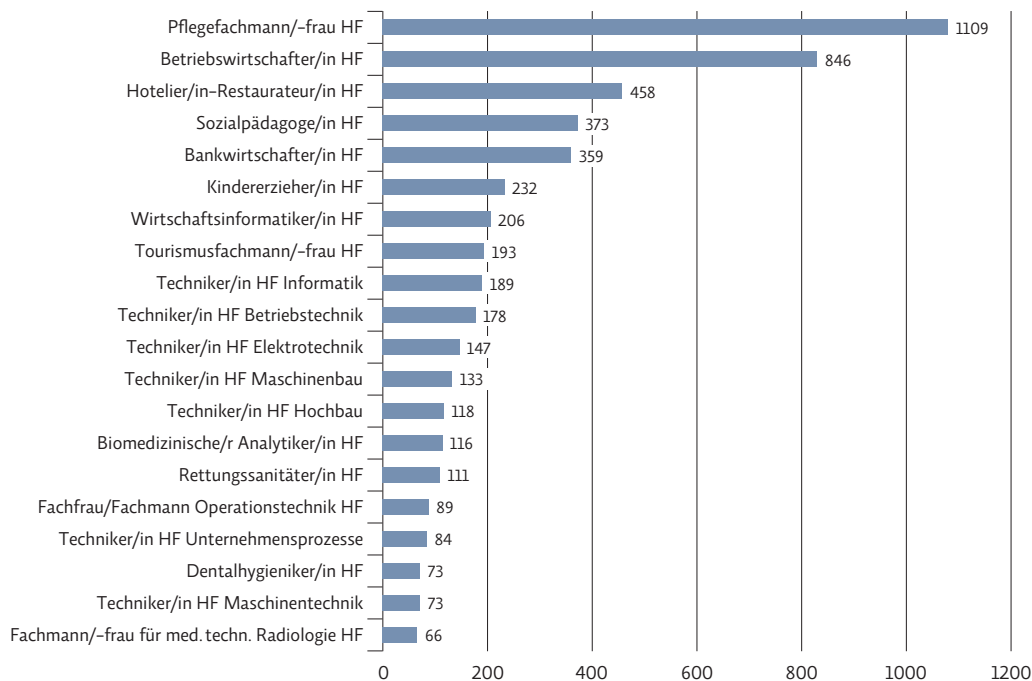


Abbildung 2.5:
**Höhere Fachschulen –
Diplome der 20 am häufig-
sten gewählten Bildungs-
gänge 2012**

Quelle: Bundesamt für Statistik
2012a, 2012: total 6800 Diplome HF

2.5 Statistischer Überblick und Trend

Die bildungssystemischen Neuerungen (Schaffung der neuen tertiären Stufe höhere Berufsbildung, Integration neuer Bildungsfelder) haben zu einem deutlichen Zuwachs an tertiären Bildungsabschlüssen in der Schweiz geführt. 2012 entfielen von total 69660 Tertiärabschlüssen ein Drittel auf die vom Bund regulierte höhere Berufsbildung (33,3%, 23197 Abschlüsse) und zwei Drittel auf die Abschlüsse im Hochschulbereich (41,4% auf die universitären Hochschulen mit 28813 Abschlüssen und 25,3% auf die Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen mit 17650 Abschlüssen, siehe Abbildung 2.6).

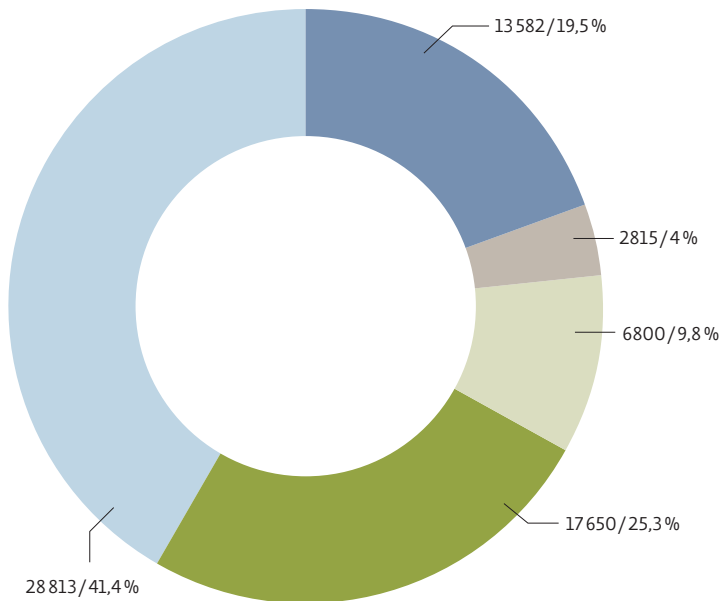


Abbildung 2.6:
Anzahl Abschlüsse und prozentuale Verteilung auf Tertiärebene 2012

Quelle: Bundesamt für Statistik 2013, 2012:
total 69 660 Tertiärabslüsse⁸

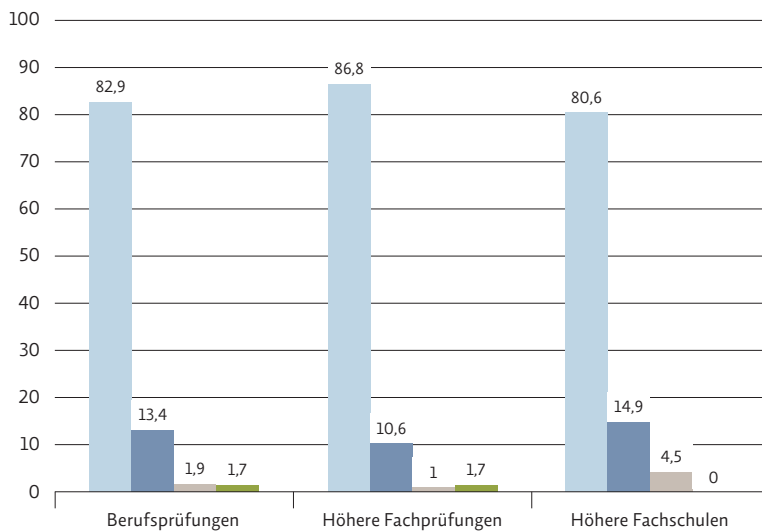
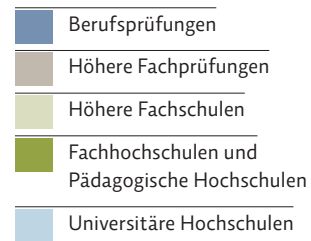
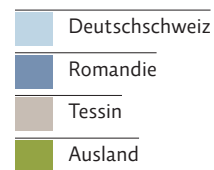


Abbildung 2.7:
Regionale Verteilung der höheren Berufsbildung in der Schweiz 2012

Quelle: Bundesamt für Statistik 2012a (*Die Bildungsabschlüsse HF sind nach Schulkanton, diejenigen der eidgenössischen Prüfungen nach Wohnkanton der Absolvent/innen aufgeschlüsselt. Die Deutschschweiz ist bei allen Abschlüssen der höheren Berufsbildung im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil übervertreten. Bevölkerungsanteile 2012: Deutschschweiz 70,2 %, Romandie 25,6 %, Tessin 4,2 %.*)



⁸ Berücksichtigt sind im Tertiär A-Bereich die Diplome, Lizentiate, Bachelor-, Masterabschlüsse und Doktorate und im Tertiär B-Bereich die vom Bund reglementierten Abschlüsse und Bildungsgänge. In dieser Abbildung nicht berücksichtigt sind Abschlüsse, die nicht auf Bundesebene reglementiert sind. Sie werden beispielsweise von Kantonen, Schulen, Berufsverbänden und anderen Stellen für pluridisziplinäre Bildungsgänge auf Tertiärstufe abgegeben. Bedingungen sind als Zugang eine mehrjährige Ausbildung auf der Sekundarstufe II, ein verbindliches Programm mit mehreren Unterrichtsfächern sowie mindestens ein Jahr berufsbegleitendes Studium oder sechs Monate Vollzeitstudium (Bundesamt für Statistik 2011: 10ff.). Aufgrund ihrer eher geringen Institutionalisierung werden diese Abschlüsse unterschiedlich behandelt und nur manchmal zum Tertiär B-Bereich gezählt. 2010 waren 23 600 vom Bund reglementiert, weitere 4 600 gelten als nicht reglementierte Abschlüsse (BBT 2011a). Weiter nicht berücksichtigt sind die Nachdiplomstudien im Weiterbildungsbereich (NDS).

Die Abschlüsse der höheren Berufsbildung sind damit zahlenmässig gewichtiger als die Abschlüsse der Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen zusammen. Mit 19,5% aller Tertiärabschlüsse 2012 nehmen die Berufsprüfungen innerhalb der höheren Berufsbildung den grössten Anteil ein, gefolgt von den höheren Fachschulen mit 9,8% und den höheren Fachprüfungen mit 4%.

2012 verfügten 12,9% der Schweizer Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren über den höchsten Bildungsabschluss der höheren Berufsbildung (Bundesamt für Statistik 2012b).⁷ Die höhere Berufsbildung ist dabei in erster Linie ein Phänomen der Deutschschweiz, die im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil überproportional im Bereich der höheren Berufsbildung vertreten ist. Dieses Phänomen reflektiert die Tatsache, dass die duale Berufsbildung ebenfalls in der Deutschschweiz stärker verbreitet ist als in der lateinischen Schweiz, wo die Bevölkerung, bedingt durch die unterschiedliche bildungskulturelle Prägung der umliegenden Nachbarstaaten, eine stärkere Präferenz für die allgemeinbildenden Bildungsangebote hat.

Jeweils über 80% der Bildungsabschlüsse HF (nach Schulkanton) sowie der Berufs- und höheren Fachprüfungen (nach Wohnkanton der Absolvent/innen) wurden 2012 in der Deutschschweiz realisiert, zwischen 13%–15% in der Romandie und zwischen 1%–4,5% im Tessin (siehe Abbildung 2.7). Die meisten Bildungsabschlüsse der Berufs- und höheren Fachprüfungen 2012 nach Wohnkanton der Absolvent/innen wurden in den Kantonen Zürich (2542 resp. 669 Abschlüsse), Bern (2014 resp. 432) und Aargau (1240 resp. 246) realisiert. Die meisten Bildungsabschlüsse HF 2012 nach Schulkanton wurden in Zürich (1740 Abschlüsse), Bern (1057), Luzern (652) und Aargau (543) erzielt. Die Tatsache, dass die höheren Fachschulen in der Deutschschweiz stärker vertreten sind, hat einerseits damit zu tun, dass ähnliche Studiengänge in der lateinischen Schweiz häufiger an Fachhochschulen (siehe z.B. Kapitel 6: Gesundheit) angeboten werden. Andererseits ist auch der Anteil der Absolvierenden der beruflichen Grundbildung in der lateinischen Schweiz geringer als in der Deutschschweiz (SKBF 2014).

Der Übergang in die höhere Berufsbildung ist komplex, sofortige Übergänge nach dem Abschluss der beruflichen Grundbildung sind nicht die Regel (siehe Tabelle 2.5). Das ist bei den Berufs- und höheren Fachprüfungen nicht erstaunlich, da diese meist eine mehrjährige Berufserfahrung verlangen und somit erfahrene Berufsleute ansprechen. Bei den höheren Fachschulen ist die Übergangszeit tendenziell kürzer, da die Ausbildungsgänge, die in Vollzeit angeboten werden, den Erwerb von Berufserfahrung zum Teil in die Ausbildung integrieren – dies gilt insbesondere auch für die Gesundheitsausbildungen.

Abschlussart	Übergangszeit
Berufsprüfungen: Eidgenössische Fachausweise ohne Gesundheitsbereich	3–17 Jahre
Höhere Fachprüfungen: Eidgenössische Diplome ohne Gesundheitsbereich	5–16 Jahre
Höhere Fachschulen ohne Gesundheitsbereich	0–8 Jahre
Gesundheitsausbildungen	0–6 Jahre

Tabelle 2.5:

Dauer der Aufnahme der Ausbildung der höheren Berufsbildung nach dem Abschluss der beruflichen Grundbildung (Mehrheit der Absolvent/innen, Perzentile 25–75)

Quelle: Bundesamt für Statistik 2011

⁷ Hier sind Abschlüsse der ehemaligen Höheren Fachschulen (HWV, HTL etc.) mitgezählt.

Aufgrund der längeren Übergangszeit durch den Erwerb beruflicher Praxis liegt das Durchschnittsalter der Kandidierenden bei den Berufsprüfungen bei 32 Jahren und bei den höheren Fachprüfungen bei 35,2 Jahren (Econcept 2011).

Das europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung Cedefop (2010) prognostiziert europaweit eine steigende Arbeitsmarktnachfrage nach hoch und mittel qualifizierten Arbeitskräften bis 2020. Auch in der Schweiz geht man davon aus, dass in Zukunft Personen mit mittleren und hohen Arbeitsmarktqualifikationen vermehrt nachgefragt werden, zulasten tiefer Qualifikationen: «Die Nachfrage nach gut qualifizierten Arbeitskräften hat in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz, wie in allen industrialisierten Ländern, stark zugenommen. Getrieben wird diese Entwicklung einerseits durch den technologischen Wandel und damit verbunden ist die Substitution vieler einfacher durch qualifizierte Tätigkeiten. Andererseits wurden einfachere Tätigkeiten oft in Länder mit tieferen Arbeits- und Produktionskosten ausgelagert.» (Schweizerische Eidgenossenschaft und Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren 2013: 5) Das Wachstum im berufsorientierten tertiären Bereich, der die Fachhochschulen und die höhere Berufsbildung beinhaltet, wird allerdings primär den ersteren zugeschrieben: Während im Bereich der Fachhochschulen von einem jährlichen Studierendenwachstum von 4% bis 2015 und darauf von 1–2% bis 2020 ausgegangen wird, zeigt die Prognose für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung über die nächsten 10 Jahre die erwartete stabile Fortschreibung des bisherigen Mengengerüsts (Babel 2013).

Dies gilt natürlich nur unter der Annahme, dass keine substanziellen bildungspolitischen Reformen zu erwarten sind. Die höhere Berufsbildung steht allerdings gegenwärtig mit im Fokus, wenn es um die Minderung des schweizerischen Fachkräftemangels geht. So will die aktuelle Fachkräfteinitiative die Fachkräftenachfrage bis 2020 vermehrt durch Personen aus der Schweiz abdecken, etwa durch die kontinuierliche Nach- und Höherqualifizierung der Bevölkerung auch in der höheren Berufsbildung (Schweizerische Eidgenossenschaft und Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren 2013). Wird weiter die höhere Berufsbildung – wie momentan diskutiert – in Zukunft stärker öffentlich finanziert (siehe Kapitel 4: Finanzierung), so kann aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen durchaus mit einer Zunahme der Abschlusszahlen der höheren Berufsbildung gerechnet werden.

2.6 Rechtliche Grundlagen und Verantwortungsbereiche der Verbundpartner

Die heute gültigen Rechtsgrundlagen, die auch die Arbeitsteilung der Verbundpartnerschaft in der höheren Berufsbildung regeln, sind in der Bundesverfassung, verschiedenen Verordnungen, Gesetzen und Vereinbarungen geregelt (siehe Tabelle 2.6).

Ziele, Akteure und Aufgabenverteilung in der höheren Berufsbildung sind in der Bundesverfassung und im Berufsbildungsgesetz wie folgt definiert: Die *Bundesverfassung*, Artikel 61,a verankert die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bildungsraum Schweiz, ihr Engagement für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit und die gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung von allgemeinbildenden und berufsbezogenen Bildungswegen.

Rechtsgrundlage	Inhalte
Bundesverfassung, Art. 61,a	Zusammenarbeit Bund – Kantone im Bildungsraum Schweiz Engagement für die Durchlässigkeit und die gleichwertige Anerkennung allgemeinbildender und berufsbezogener Abschlüsse
Berufsbildungsgesetz, Art. 26–29	Ziele und Gegenstand der höheren Berufsbildung Genehmigung von Prüfungsordnungen (Berufsprüfungen/höhere Fachprüfungen) – Genehmigung von Bildungsgängen (höhere Fachschulen) durch den Bund Aufgaben und Rollen der Verbundpartner (Bund, Kantone, Organisationen der Arbeitswelt)
Berufsbildungsverordnung Art. 23–28	Aufgaben der Verbundpartner im Genehmigungsverfahren Stufe Berufsprüfung und höhere Fachprüfungen Kriterien für die Genehmigung von Prüfungsordnungen und Bildungsgängen
Verordnung Mindestanforderungen höhere Fachschulen	Aufgaben der Verbundpartner im Genehmigungsverfahren Stufe höhere Fachschulen Anforderungskriterien und Prozess der Anerkennung HF Aufführung der geschützten Titel
Interkantonale Höhere Fachschulvereinbarung (HFSV)	Regelung des interkantonalen Zugangs zu höheren Fachschulen und von interkantonalen Abgeltungen
Kantonale Berufsbildungsgesetze und Verordnungen	Regelungen zur Finanzierung von Angeboten in der höheren Berufsbildung Kantonale heterogener Detaillierungsgrad, z.T. auf Stufe Regierungserlass/Departementsreglement geregelt

Tabelle 2.6:
Rechtsgrundlagen der höheren Berufsbildung

Im Berufsbildungsgesetz wird das Ziel der höheren Berufsbildung als Vermittlung und Erwerb von Qualifikationen beschrieben, die für die Ausübung einer verantwortungs- und anspruchsvolleren Tätigkeit notwendig sind (Art. 26 BBG). Ein Abschluss in der höheren Berufsbildung wird durch das Bestehen einer Prüfung (Stufe Berufsprüfung oder höhere Fachprüfung) oder eines Bildungsganges (Stufe höhere Fachschule) erworben (Art. 27 BBG). Des Weiteren definiert das Gesetz die Zuständigkeiten und Aufgaben der Akteure in der höheren Berufsbildung wie folgt:

Bereich Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen (Art. 28 BBG)

- Voraussetzung für die Absolvierung einer Berufsprüfung und einer höheren Fachprüfung sind einschlägige berufliche Praxis und Fachwissen.
- Die Organisationen der Arbeitswelt legen Zulassungsbedingungen, Lerninhalte, Qualifikationsverfahren und Ausweise fest. Sie stellen sicher, dass Titel wechselseitig aufeinander aufbauen.
- Die entsprechenden Vorschriften der Organisationen der Arbeitswelt müssen durch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI genehmigt werden.
- Die Kantone können Vorbereitungskurse für die Berufsprüfung und die höhere Fachprüfung anbieten.

Bereich höhere Fachschulen (Art. 29 BBG)

- Zulassungsbedingung zu den höheren Fachschulen ist eine einschlägige berufliche Praxis, insofern diese nicht im Bildungsgang integriert ist.
- Mindestvorschriften betreffend Zulassungsbedingungen, Dauer, Lerninhalte, Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel.
- Die Kantone können Bildungsgänge auf Stufe höhere Fachschulen anbieten.
- Die Kantone üben die Aufsicht über die höheren Fachschulen aus, die einen eidgenössisch anerkannten Bildungsgang anbieten.

Die *Berufsbildungsverordnung* (Art. 23–27) konkretisiert Grundsatzbestimmungen sowie das Genehmigungsverfahren wie folgt:

- Gibt es in einem Fachgebiet sowohl eine Berufsprüfung als auch eine höhere Fachprüfung, so ist sicherzustellen, dass sich diese betreffend der Anforderungen unterscheiden.
- Die Qualifikationen der höheren Berufsbildung werden auf die international üblichen Standards abgestimmt.
- Für die Genehmigung einer Berufsprüfung oder höheren Fachprüfung schliessen sich die Organisationen der Arbeitswelt zu einer Trägerschaft zusammen.
- Kriterien für Genehmigung einer Berufsprüfung oder höheren Fachprüfung sind das öffentliche Interesse an derselben, die Ausrichtung der Prüfung an den zu erwerbenden Qualifikationen, die Eindeutigkeit des neuen Titels und die langfristige Stabilität der Trägerschaft, welche das Gesuch einreicht.

Die Anerkennung von höheren Fachschulen regelt die *Verordnung des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung in den Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (Mi-Vo HF)*. Diesen zufolge erwerben die Studierenden mittels der Bildungsgänge und Nachdiplomstudien HF die Fähigkeit, Fach- und Führungsverantwortung zu übernehmen. Die Verordnung definiert die zu vermittelnden Kompetenzen, den Umfang der Lernstunden und die Unterrichtsformen. Sie spezifiziert den Inhalt von Praktika, Qualifikationsverfahren sowie die Anforderungen an Bildungsanbieter und Lehrkräfte. Das Anerkennungsverfahren beruht auf einem Gesuch des Bildungsanbieters, in dem Trägerschaft, Finanzierung, Organisation und Unterrichtsformen, Qualifikationen der Lehrpersonen, der Lehrplan und das Qualifikationsverfahren dargestellt werden. Das Staatssekretariat entscheidet über die Gesuche auf Antrag der Eidgenössischen Kommission für höhere Fachschulen, die verbundpartnerschaftlich zusammengesetzt ist.

Die interkantonale Fachschulvereinbarung FSV regelte bis Ende 2013 den interkantonalen Zugang und die interkantonale Abgeltung für Studierende, die ausserhalb ihres Wohnkantons an einer höheren Fachschule studieren wollten. Die Vereinbarungskantone hielten fest, welche Studiengänge für Studierende aus anderen Kantonen offen und welche Beiträge von den Kantonen pro Studierender und Studienjahr dafür zu entrichten sind. Im Anhang der Vereinbarung wurden die Beiträge der Kantone an Vorbereitungskurse für Berufs- und höhere Fachprüfungen wie auch für höhere Fachschulen jährlich festgehalten. Die neue *interkantonale höhere Fachschulvereinbarung (HFSV)* trat per 1. Januar 2014 in Kraft.

Alle *kantonalen Berufsbildungsgesetze* und 24 von 26 *kantonalen Berufsbildungsverordnungen* enthalten Ausführungsbestimmungen zur höheren Berufsbildung. Diese unterscheiden sich betreffend Inhalt und Regelungsdichte deutlich, da entsprechende Vor-

gaben teilweise auf Stufe Exekutive (Regierung oder Departement) oder im Rahmen anderer Gesetze – z.B. kantonaler Finanzierungsgesetze – geregelt werden. Thematisch wird in den kantonalen Gesetzen besonders häufig auf Finanzierungsbestimmungen und die höheren Fachschulen referenziert (in je 12 von 26 Gesetzen), es wird allgemein auf die Schaffung von Angeboten in der höheren Berufsbildung verwiesen (8 von 26 Gesetzen) oder spezifisch auf die Vorbereitungskurse Bezug genommen (7 von 26 Gesetzen). Auf Verordnungsstufe werden Bestimmungen zu den höheren Fachschulen (6 von 26 Verordnungen), zur Finanzierung und zu Vorbereitungskursen (in je 5 von 26 Verordnungen) aufgenommen. Gemeinsam ist den kantonalen Gesetzen und Verordnungen, dass nur in Ausnahmefällen konkrete Entscheidungskriterien zur Subventionierung von Kursanbietern (so bspw. im Kanton Bern, BerV, Art. 89) oder zur Ausgestaltung von Leistungsvereinbarungen (exemplarisch sei hier auf den Kanton Schaffhausen verwiesen, EGzBBG, Art. 32) aufgeführt sind. Diese können auf Weisungsstufe geregelt werden und haben damit den Vorteil, dass sie flexibler an die Bedürfnisse des Marktes angepasst werden können. Ebenso denkbar ist, dass die entsprechenden Bestimmungen in anderen Rechtserslassen, beispielsweise in kantonalen Finanzgesetzen, geregelt sind.

Übersichtsmässig stellt Tabelle 2.7 die (gesetzlich geregelte) Arbeitsteilung in der Verbundpartnerschaft dar.

	Organisationen der Arbeitswelt	Bund	Kantone	Öffentliche und private Bildungsinstitutionen	Unternehmen
	<i>Träger der eidg. Prüfungen und Rahmenlehrpläne HF</i>	<i>Strategische Steuerung, Qualitätssicherung und Genehmigungen</i>	<i>Aufsicht und Subventionierung von Bildungsangeboten</i>	<i>Bereitstellen von Bildungsangeboten</i>	<i>Bereitstellen von Arbeitsplätzen</i>
Eidg. Prüfungen	<ul style="list-style-type: none"> – Qualifikationsbedürfnisse definieren – Prüfungsordnung erstellen – Prüfung durchführen 	<ul style="list-style-type: none"> – Prüfungsordnung genehmigen – Prüfungsaufsicht – Erste Rekursinstanz – Fachausweise und Diplome ausstellen, Register führen – Prüfungen subventionieren 	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitungskurse subventionieren (fakultativ) 	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitungskurse anbieten 	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitsplätze bereitstellen – Mitwirkung bei den Organisationen der Arbeitswelt – Teilweise Beteiligung an den Kosten der Teilnehmenden
Höhere Fachschulen	<ul style="list-style-type: none"> – Qualifikationsbedürfnisse definieren – Rahmenlehrpläne erstellen 	<ul style="list-style-type: none"> – Rahmenlehrpläne genehmigen – Bildungsgänge anerkennen – Bildungsgänge subventionieren (fakultativ) 	<ul style="list-style-type: none"> – Aufsicht – Bildungsgänge subventionieren (fakultativ) 	<ul style="list-style-type: none"> – Bildungsgänge anbieten 	<ul style="list-style-type: none"> – Praktika und Arbeitsplätze bereitstellen – Mitwirkung bei den Organisationen der Arbeitswelt – Teilweise Beteiligung an den Kosten der Teilnehmenden

Tabelle 2.7: **Akteure und Verantwortungsbereiche in der höheren Berufsbildung**

Quelle: BBT 2011a

2.7 Fazit: Grosse Heterogenität der Abschlüsse und Abgrenzung gegenüber der Weiterbildung und den Fachhochschulen

Die höhere Berufsbildung ist erst seit 2004 Teil der Tertiärstufe des Schweizer Bildungssystems. Die neue Bildungsstufe vereint seither die beiden Bereiche der eidgenössischen Prüfungen und der höheren Fachschulen, die historisch unterschiedlich gewachsen sind, unterschiedlichen Steuerungslogiken folgen und vorher dem beruflichen Weiterbildungsbereich angehörten. Zudem wurden neue Bildungsfelder wie etwa Gesundheit, Soziales und Kunst in die eidgenössisch gesteuerte Berufsbildung integriert, was der ehemals stark industriell-gewerblich geprägten höheren Berufsbildung ein anderes Gesicht verlieh. Der Grund für diese Bildungsreform bestand darin, der höheren Berufsbildung eine klare Stellung im Schweizer Bildungssystem zu geben und dazu beizutragen, dass diese Bildungsstufe eine eigene Identität entwickelt, Durchlässigkeiten definiert und eine gesamtschweizerische Transparenz erreicht wird.

Diese Ausdifferenzierung im Bereich der Berufsbildung ist auf die generellen Trends der Wissensgesellschaft mit der höheren Kadenz technischer Neuerungen, der Globalisierung und damit der Auslagerung von geringer qualifizierten Arbeitsplätzen in Länder mit tieferen Löhnen sowie der daraus resultierenden Forderung nach lebenslangem Lernen zurückzuführen. Zusätzlich zeichnet sich die Schweizer Volkswirtschaft durch eine hohe qualitative Spezialisierung aus, um sich gegenüber einer internationalen Konkurrenz behaupten zu können. Diese hohe Spezialisierung verlangt auch nach differenzierten Berufsprofilen im nicht akademischen Bereich. Während längere Zeit davon ausgegangen wurde, dass ein Lehrabschluss als Ausbildung bezeichnet und zusätzliche Bildungsanstrengungen im beruflichen Bereich als Weiterbildungen tituliert wurden, hat mit der wegweisenden Positionierung der höheren Berufsbildung auf Tertiärstufe die Idee einer weiterführenden *Ausbildung* im beruflichen Bereich Fuss gefasst. Dies kann so interpretiert werden, dass ein Sekundar II-Abschluss der beruflichen Grundbildung als höchster Bildungsabschluss immer weniger für eine lebenslange Arbeitstätigkeit ausreicht, ähnlich wie der Bildungsabschluss der gymnasialen Maturität.

Beim Tertiär B-Bereich handelt es sich allerdings um ein höchst heterogenes Gebilde an unterschiedlichen Anspruchsniveaus, die alle per Dekret durch das neue Berufsbildungsgesetz auf eine gemeinsame Bildungsstufe gesetzt wurden. Da diese Abschlüsse vor 2002 noch zur beruflichen Weiterbildung zählten und nicht den Anspruch hatten, sich bildungssystematisch auf Ebene der Tertiärstufe einzufügen, ist dies auch nicht verwunderlich. Die gemeinsame Klammer der Bildungsgänge der höheren Berufsbildung ist daher, dass sie praxisnahe weiterführende Berufsausbildungen im Sinne einer Spezialisierung und/oder den Erwerb von Führungsqualifikationen nach dem Sekundar II-Abschluss im nicht hochschulischen Bereich anbieten. Die durch den starken Bezug zum Arbeitsmarkt hervorgegangene Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Abschlüsse der höheren Berufsbildung erschweren aber ihre klare Profilierung. Diese Heterogenität wird allerdings auch als Stärke der höheren Berufsbildung gesehen: «Das Bildungsangebot im Tertiär-Bereich zeichnet sich durch eine ausserordentliche Vielfalt bezüglich Inhalt, Anforderungen, Trägerschaft und Finanzierung aus. Damit lassen sich für die unterschiedlichsten Erwartungshaltungen geeignete Bildungsangebote ausmachen.» (Schweizerischer Bundesrat 2000: 5724) Eine transparente Ordnung der Anspruchsniveaus der ver-

schiedenen Abschlüsse würde die schweizweite Profilierung der höheren Berufsbildung sicherlich vereinfachen. Dies wurde auch erkannt: Zur klareren Profilbildung und besseren Positionierung der eidgenössischen Prüfungen soll in Zukunft die Definition von Handlungskompetenzen und Qualifikationsprofilen im Vordergrund stehen (Schweizerische Eidgenossenschaft 2010: 54/55).

Zur differenzierten Einordnung der Abschlussniveaus der höheren Berufsbildung führen auch internationale Initiativen, beispielsweise die International Standard Classification of Education (ISCED), die von der UNESCO zur Klassifizierung von Bildungsstufen entwickelt wurde und sich für den internationalen Vergleich von Bildungssystemen eignet. Bislang wurden alle Abschlüsse der höheren Berufsbildung homogen dem Niveau 5B der UNESCO ISCED-Skala 1997 (siehe Anhang 9.1) zugeordnet. Dieses Niveau war klar der tertiären Bildungsstufe zugewiesen und wurde mit dem Niveau 5A der Hochschulabschlüsse unterhalb des Doktorats von universitären Hochschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen gleichgestellt. Mit dem Zusatz B wurde lediglich signalisiert, dass es sich nicht um akademische, sondern um berufsbildende Abschlüsse handelte. Dies wird sich voraussichtlich mit Inkrafttreten von ISCED 2011 (UNESCO Institute for Statistics 2012; SKBF 2014) ändern. Sie umfasst neu acht Stufen und erlaubt damit eine grössere Differenzierung: «In der neuen, achtstufigen ISCED-Klassifizierung wird man die [höheren Berufsbildungs-]Abschlüsse wahrscheinlich auf mehreren Niveaus ansiedeln müssen, d.h. von der postsekundären Ausbildung (Stufe 4) über kürzere tertiäre Ausbildungen unterhalb des Bachelors (5) und die Bachelor-Ausbildung (6) bis hin zur Masterstufe (7). Mit anderen Worten, die internationale statistische Klassifizierung der Bildungsabschlüsse wird bei den Schweizer [höheren Berufsbildungs-]Abschlüssen zu einer stärkeren Binnendifferenzierung führen [...]» (Wolter 2014: 3)

Die Europäische Union hat mit dem Kopenhagenprozess eine arbeitsmarktorientierte Strategie definiert, die die Attraktivität der beruflichen Bildung steigern will und einen europaweiten Vergleich der beruflichen Bildung erlauben soll (SBFI 2013e; 2013f; 2013g). Ein europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) dient als Referenzinstrument, mit dem der nationale Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (NQR), der von jedem teilnehmenden Staat individuell erarbeitet wird, verglichen wird. So soll sichergestellt werden, dass die Abschlüsse der Berufsbildung europaweit vergleichbar sind, was die berufliche Mobilität fördern soll. In diesem Kontext wird in der Schweiz gegenwärtig ein achtstufiger nationaler Qualifikationsrahmen für Abschlüsse der Berufsbildung (NQR-CH-BB) erarbeitet. Er soll vom Bundesrat im August 2014 verabschiedet und per Oktober 2014 in Kraft gesetzt werden. Die abschliessende Einstufung der Abschlüsse der Berufsbildung soll innerhalb dreier Jahre erfolgen. Es ist vorgesehen, dass die zuständigen Organisationen der Arbeitswelt selbst anhand eines vom SBFI erarbeiteten Leitfadens eine Einstufung vornehmen (SBFI 2014a). Eine externe Fachstelle wird eine sogenannte Konsistenzprüfung durchführen, sprich: eine Expertenmeinung zur vorgeschlagenen Einreihung abgeben. Der Entscheid zur Einstufung liegt beim SBFI. Es wird davon ausgegangen, dass die über 400 Abschlüsse der höheren Berufsbildung einzeln bewertet und unterschiedlichen Niveaus zugeordnet werden. In diesem Prozess ist es durchaus möglich, dass gewisse Abschlüsse der höheren Berufsbildung auf postsekundärem Niveau eingereiht, sprich: enttertiariert werden.

Die höhere Berufsbildung steht gegenwärtig vor der Herausforderung, sich im Bildungssystem der Schweiz klar zu positionieren, das heisst konkret, sich sowohl von der berufsorientierten Weiterbildung (gilt insbesondere für die eidgenössischen Prüfungen)

als auch von den Fachhochschulen (gilt insbesondere für die höheren Fachschulen) abzugrenzen. Heute zeigt sich, dass die Abgrenzung zur beruflichen Weiterbildung in der Schweiz noch nicht überall wahrgenommen worden ist. So verweisen etwa Vernehmlassungen zum neuen Weiterbildungsgesetz darauf, dass die höhere Berufsbildung auch von Praktikern nach wie vor noch als berufliche Weiterbildung betrachtet wird (BBT 2012a). Zudem besteht die Praxis, Teile der Vorbereitungskurse auf eidgenössische Prüfungen als berufliche Weiterbildung zu besuchen, ohne die Absicht zu haben, an die Prüfung anzutreten. Die Abgrenzung zu den Fachhochschulen ist zudem nicht einfach, da sich die aus den höheren Fachschulen herausgegangenen Fachhochschulen einerseits erfolgreich profilieren konnten. Andererseits ist die Umsetzung der Bologna-Reform mit den international anerkannten Titeln «Bachelor/Master» an der höheren Berufsbildung vorbeigegangen, was einen direkten Vergleich mit den Abschlüssen der Tertiärstufe A erschwert.

Durch den Aufbau und Erfolg der Fachhochschulen stellt sich heute weiter die Frage nach der nationalen Positionierung des Tertiär B-Bereichs sowie nach den Schnittstellen zwischen der höheren Berufsbildung und den Fachhochschulen. Diskutiert werden etwa Fragen der Durchlässigkeit zwischen der nicht im Bologna-System integrierten höheren Berufsbildung und dem Tertiär A-Bereich (inside/outside Bologna) (Widmer 2013). Im Fokus steht auch die Abgrenzung der Bildungsangebote: «Gerade bei den Fachhochschulen werden im Nachdiplombereich (CAS, DAS und MAS) gewisse eidgenössische Prüfungen kopiert und mit eigenen Abschlüssen konkurrenziert. In gewissen Branchen gibt es ein Nebeneinander von Fachhochschulen (insbesondere Weiterbildungsgänge), höheren Fachschulen und eidgenössischen Prüfungen mit sehr ähnlichen Abschlussqualifikationen, was zu einer unfruchtbaren Konkurrenz zwischen Anbietern führen kann und für die Arbeitgeber verwirrend sein kann.» (SKBF 2010: 246) Die Weiterbildungsangebote des Tertiär A-Bereichs stehen damit in Konkurrenz zu den Angeboten der höheren Berufsbildung, die eidgenössisch reglementiert sind, während die Weiterbildungsabschlüsse CAS, DAS und MAS hochschulautonom festgelegt werden (BBT 2011a).

Die höhere Berufsbildung (vor allem die eidgenössischen Prüfungen) stellen ein Spezifikum der Schweiz dar, deren Wert in Ländern mit schulisch geprägten Bildungssystemen zu wenig bekannt ist. Während durch den Bologna-Prozess die internationale Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse geschaffen wurde, fehlt eine solche Transparenz für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung. Auch wenn sie ein hohes Niveau haben, führen sie nicht zu einem Bachelordiplom und sind deshalb international erklärungsbedürftig.

Kopferbrechen erzeugt in diesem Zusammenhang die internationale Titelsystematik der höheren Berufsbildung. Zur Förderung der internationalen Arbeitskräftemobilität haben Vertreter der höheren Berufsbildung vorgeschlagen, ihren Absolvent/innen die Titel «Professional Master», «Berufs-Bachelor (Professional Bachelor)» oder «Bachelor HF» (siehe auch Aebischer 2012) zu vergeben. Gegner dieser Titelvergabe waren insbesondere die Fachhochschulen. Auch der Bundesrat hat sich gegen die Vergabe des Titelsatzes «Professional Bachelor» ausgesprochen, da er gegen eine Vermischung der Titelstrukturen der Berufsbildung und der Hochschulen ist: «In der Berufsbildung setzt die Titelstruktur auf Berufsbezeichnungen, die die beruflichen Kompetenzen hervorheben. Die Titel sind in den jeweiligen Branchen gut verankert, und deren Wert kann entsprechend eingeordnet werden. Dagegen sind die in der hochschulischen Bildungssystematik verankerten Abschlüsse nicht Gegenstand einer arbeitsmarktlich rückgebundenen Berufsqualifikation, sondern folgen der Logik der akademischen Autonomie.»

(Tschümperlin 2011) Gewarnt wurde vor einer unerwünschten «Akademisierung» der höheren Berufsbildung. Das SBFI (2014b) hat sich gegen die Vergabe der Titel Bachelor/Master für die höhere Berufsbildung ausgesprochen. Als Alternative gilt seitens Bund das Diploma Supplement in Englisch, das allen Abschlüssen der höheren Berufsbildung – entsprechend den Hochschulabschlüssen – beigelegt werden soll.

Zur besseren Positionierung bedarf es einer klaren Profilbildung: «Bei den Berufs- und höheren Fachprüfungen geht es wie bei den höheren Fachschulen im Rahmen laufender Revisionen der Prüfungen darum, die einzelnen Bildungsangebote besser abzugrenzen, insbesondere gegenüber den Weiterbildungsabschlüssen der Fachhochschulen. Zum einen gilt es, bei ähnlichen Qualifikationsprofilen eine bessere Koordination oder ein Zusammenlegen von bestehenden Prüfungen zu erreichen. Zum anderen ist verstärkt darauf zu achten, dass die Anforderungsprofile aller höheren Fachprüfungen einerseits und aller Berufsprüfungen andererseits besser aufeinander abgestimmt werden.» (SKBF 2010: 249)



Anbieter in der höheren Berufsbildung

Während über die höheren Fachschulen der Schweiz ein Überblick existiert, gibt es über die Bildungsanbieter der Vorbereitungskurse zu eidgenössischen Prüfungen bislang nur wenige Informationen. So liegt gegenwärtig keine Übersicht über diese Bildungsanbieter vor, da dieser Bereich staatlich nicht reguliert ist.⁹ Eine Umfrage des SBFI vor einigen Jahren, die um die 500 Kursanbieter umfasste, verwies bereits auf die grosse Heterogenität in diesem Bereich: rund 32 % der Anbieter waren öffentliche Institutionen, 24 % Bildungsinstitutionen von Berufsverbänden und 44 % andere private Anbieter (SKBF 2010).

Für die vorliegende Studie wurde daher eine eigene Erhebung durchgeführt, die es zum ersten Mal ermöglicht, einen detaillierten Blick auf die Bildungsanbieter der Vorbereitungskurse für eidgenössische Prüfungen zu werfen. Da es im Rahmen des Auftrags vom Schweizerischen Wissenschafts- und Innovationsrat nicht möglich war, eine flächendeckende Erhebung der Bildungsanbieter von circa 240 Berufs- und 170 höheren Fachprüfungen durchzuführen, haben wir uns entschieden, diejenigen Kursanbieter für die 20 Berufs- und höheren Fachprüfungen zu berücksichtigen, die 2012 am meisten Abschlüsse verzeichneten (siehe Abbildungen 2.3 und 2.4). Auf der Grundlage dieses Samples wurden Bildungsanbieter erfasst, die 58,2 % der Vorbereitungskurse der Berufsprüfungen und 68,8 % der Vorbereitungskurse der höheren Fachprüfungen (gemessen an Abschlüssen 2012) repräsentieren. Das gleiche Vorgehen wurde für die höheren Fachschulen gewählt (siehe Abbildung 2.5), hier konnten 78,2 % aller Bildungsanbieter (gemessen an Abschlüssen 2012) erfasst werden.

Das Vorgehen war wie folgt: Um diejenigen Bildungsanbieter zu erfassen, die die jeweiligen Vorbereitungskurse anbieten, wurden die Webpages der zuständigen Prüfungssekretariate konsultiert. Weitere Internetrecherchen ermöglichten die Identifikation der Organisationstypen. Da die Informationen auf den Webpages unterschiedlich zustande kommen (vollständige Erhebung der Bildungsanbieter durch die Prüfungssekretariate versus Auflistung nur nach Nachfrage), ergab diese Recherche kein abschliessendes Bild. Die Vollständigkeit der Angaben wurde daher durch zusätzliche telefonische Befragungen der entsprechenden Prüfungssekretariate überprüft.¹⁰ Neben Fragen zur Aktualität der publizierten Listen wurden auch Aussagen zur Zusammenarbeit, zum Qualitätsmanagement und zu Trends in der höheren Berufsbildung erhoben. Damit wurden Angaben zu 18 der 20 Berufsprüfungen und zu 16 der 20 höheren Fachprüfungen erfasst. Aufgrund von Antwortausfällen fehlen vertiefte Aussagen zu den Berufsprüfungen Marketingfachleute und Verkaufsfachleute sowie zu den höheren Fachprüfungen Finanzexperte/in, Industriemeister/in, Steuerexperte/in und Verkaufsleiter/in.

Für die höheren Fachschulen wurden aufgrund der entsprechenden Übersicht des SBFI (2013d) ebenfalls die Anbieter der 2012 am meisten abgeschlossenen Bildungsgänge und mittels Internetrecherchen Angaben zu ihrer Rechtsform erhoben. Im Weiteren wurde ein Telefoninterview mit dem Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für Höhere Fachschulen EKHF geführt, um seine Einschätzungen zu Entwicklungen in diesem Bereich zu erfassen.

9 Die interkantonale Vereinbarung zu den höheren Fachschulen enthält im Anhang zwar die Auflistung der Vorbereitungskurse zu den Berufs- und höheren Fachprüfungen, die von den Kantonen kantonsübergreifend abgegolten werden. Diese Liste ist aber nicht vollständig, da nicht alle Bildungsanbieter Subventionen beziehen.

10 Die Prüfungssekretariate, die befragt wurden, werden zu 86 % von Organisationen der Arbeitswelt (mehrheitlich Berufsverbände) geführt, die restlichen 14 % entfallen auf eine höhere Fachschule und auf Trägerschaften.

Zusätzliche Interviews wurden mit Vertretern der höheren Berufsbildung aus den Kantonen Bern, Genf, St. Gallen, Waadt und Zürich sowie mit dem stellvertretenden Leiter des Ressorts «Höhere Berufsbildung» des SBFJ geführt, um vertiefte Aussagen aus Sicht der Kantone und des Bundes zu erhalten.

Im Folgenden werden zuerst die Bildungsanbieter der Berufs- und höheren Fachprüfungen dargestellt und charakterisiert. Dabei interessieren einerseits die Anbieterstruktur anhand der Organisationsform und andererseits die Beschreibung des Bildungsmarkts: Existieren Monopolanbieter im Vorbereitungskursmarkt, herrscht Konkurrenz? Darauf wird die regionale Verteilung der erhobenen Anbieter dargestellt. Auf die Darstellung der höheren Fachschulen folgen die Ergebnisse der Interviews.

3.1 Anbieter von Vorbereitungskursen für Berufsprüfungen

Im Bereich der 20 am häufigsten abgeschlossenen Berufsprüfungen 2012 (7901 eidgenössische Fachausweise) bieten schweizweit insgesamt 258 Bildungsanbieter in 20 Kantonen Vorbereitungskurse an. Diese verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Organisationsformen (siehe Abbildung 3.1).

Die Zusammenstellung zeigt, dass private Anbieter nahezu die Hälfte, Kantone und Non-Profit Organisationen je etwa ein Viertel der Bildungsanbieter ausmachen. Private Anbieter (u.a. Aktiengesellschaften, GmbHs) dominieren mit 46,5% (n=120) die Vorbereitungskurse für Berufsprüfungen klar. An zweiter Stelle stehen kantonale Anbieter wie Berufsfachschulen, Bildungszentren, Universitätsspitäler und höhere Fachschulen mit 24,8% (n=65). Nahezu gleichgewichtig sind Non-Profit Organisationen, zu denen Vereine, Stiftungen, Genossenschaften und Berufsverbände zählen (23,6% am Total, n=61). Seitens des Bundes bieten weiter die Armee und die Eidgenössische Zollverwaltung Ausbildungen für ihre Mitarbeitenden an, die u.a. für die Berufsprüfung Ausbilder/in vorbereiten. Auch das EHB IFFP IUFFP bietet entsprechende Module für Externe an. Schliesslich befinden sich noch zwei Fachhochschulen unter den erhobenen Bildungsanbietern. Bei acht Anbietern (3%) war die Organisationsform nicht identifizierbar.

Von diesen 258 Bildungsanbietern bieten insgesamt nur neun Institutionen das Maximum von sechs oder sieben Berufsprüfungen aus den Top 20 an.¹¹ Dabei handelt es sich ausschliesslich um Vorbereitungskurse für das Berufsfeld Wirtschaft, ein Anbieter bietet zusätzlich Vorbereitungskurse im Berufsfeld Technik und einer im Berufsfeld Soziales und Erwachsenenbildung an. Diese Anbieter sind alle in der Deutschschweiz angesiedelt. Vier davon sind private Organisationen, drei kantonale Anbieter, zwei Non-Profit Organisationen. Nahezu zwei Drittel aller erhobener Bildungsanbieter (62%) bieten nur einen Vorbereitungskurs für eine spezifische Berufsprüfung der Top 20 2012 an.

Die Anbieterstruktur unterscheidet sich weiter nach Berufsfeld (siehe Abbildung 3.2). So wird das Feld Wirtschaft klar durch private Bildungsanbieter dominiert, während etwa im Bereich Land- und Waldwirtschaft ausschliesslich kantonale Anbieter Vorbereitungskurse durchführen.

11 Dabei handelt es sich um folgende Anbieter: bzb Berufs- und Weiterbildungszentrum Buchs St. Gallen, zB. Zentrum Bildung – Wirtschaftsschule KV Baden, Bénédicte-Schule, Feusi Bildungszentrum, ibw Höhere Fachschule Südostschweiz, KLV Juventus, Handelsschule KV Basel, Handelsschule KV Aarau, BFB Bildung Formation Biel-Bienne.

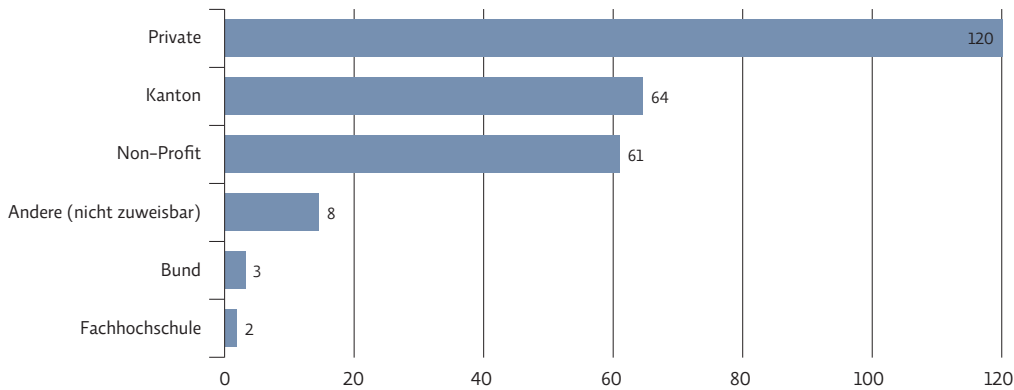


Abbildung 3.1:
Anbieter von Vorbereitungskursen für Berufsprüfungen, Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung

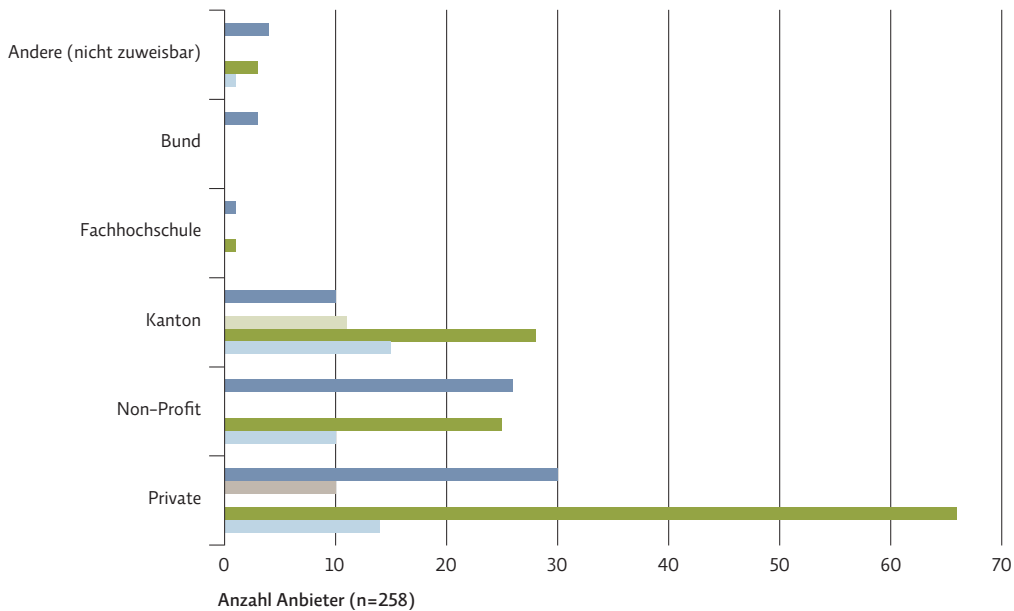
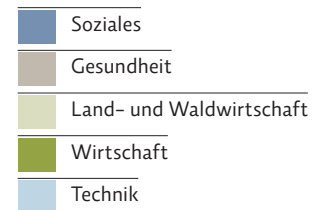


Abbildung 3.2:
Anzahl Anbieter der Vorbereitungskurse für Berufsprüfungen nach Berufsfeldern, Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung



Die folgende Tabelle 3.1 zeigt, wie viele Bildungsanbieter pro Berufsprüfung zur Verfügung stehen. Unter den erhobenen Bildungsanbietern befindet sich mit dem Schweizerischen Polizeiinstitut ein einziger Monopolanbieter (703 Abschlüsse 2012). Darauf folgen 4 Bildungsanbieter, die sich den Markt für die Vorbereitungskurse auf die Berufsprüfung Immobilienbewirtschafter/in mit durchschnittlich 90 Abschlüssen pro Anbieter 2012 teilen (Bildungszentrum NSH, Feusi, Akademie St. Gallen und HMZ Academy).

Rang 2012	Berufsprüfung	Anzahl Anbieter	Anzahl erteilte eidg. Fachausweise 2012	Abschlüsse 2012 pro Anbieter (Mittelwert) ¹²
1	HR-Fachmann/-frau	55	909	17
2	Technische/r Kaufmann/-frau	34	715	21
3	Polizist/in	1	703	703
4	Ausbildner/in	80	671	8
5	Fachmann/-frau Finanz- u. Rechnungswesen	34	561	17
6	Marketingfachmann/-frau	28	550	20
7	Sozialversicherungs-Fachmann/-frau	8	435	54
8	Immobilienbewirtschafter/in	4	360	90
9	Elektro-Sicherheitsberater/in	16	319	20
10	Verkaufsfachmann/-frau	32	304	10
11	Medizinische/r Masseur/in	10	299	30
12	Hauswart/in	12	291	24
13	Führungsfachmann/-frau	54	275	5
14	Landwirt/in	13	258	20
15	Direktionsassistent/in	19	245	13
16	Elektro-Projektleiter/in	24	220	9
17	Finanzplaner/in	11	203	18
18	Automobilbildagnostiker/in	12	201	17
19	Instandhaltungsfachmann/-frau	11	191	17
20	Informatiker/in	6	191	32

Tabelle 3.1:

Anzahl Anbieter pro Vorbereitungskurs für Berufsprüfungen und Abschlüsse pro Anbieter (Mittelwert), Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung

Die grösste Konkurrenz auf dem Bildungsmarkt der Vorbereitungskurse für Berufsprüfungen herrscht beim Bildungsgang Ausbilder/in, wo insgesamt 80 Bildungsanbieter tätig sind, was in einem tiefen Mittelwert von 8 Abschlüssen pro Anbieter 2012 resultiert. Hierzu ist jedoch anzufügen, dass diese 80 Anbieter als einzige auch Zertifikatskurse durchführen, d.h. auch nur einzelne Teile eines Vorbereitungskurses anbieten.¹³ Ebenfalls eine grosse Konkurrenz herrscht bei den HR-Fachleuten mit insgesamt 55 Anbietern (Mittelwert: 17 Abschlüsse pro Anbieter 2012) und bei den Führungsfachleuten mit 54 Anbietern (Mittelwert: 5 Abschlüsse pro Anbieter 2012).

12 Um zu einer Berufsprüfung zugelassen zu werden, ist der Besuch eines Vorbereitungskurses nicht obligatorisch. Allerdings zeigen Analysen, dass die überwiegende Mehrheit (zwischen 80 % bis 90 % der Kandidierenden) einen solchen Kurs besucht (Econcept 2011). Die Besuchsquoten pro Vorbereitungskurs auf eine spezifische Berufsprüfung sind leider nicht erhältlich. Die Angaben zu den Abschlüssen pro Anbieter werden daher auf der Basis einer hundertprozentigen Besuchsquote berechnet. Die tatsächlichen Zahlen liegen wahrscheinlich tiefer.

13 Unter diesen 80 Anbietern bieten 12 alle fünf Zertifikate, d.h. den gesamten Vorbereitungskurs an. Von diesen 12 Anbietern bietet einer den Kurs ausschliesslich für interne Mitarbeitende an, dabei handelt es sich um die Schweizer Armee. Geographisch sind zwei Anbieter in der Westschweiz, die anderen zehn in der Deutschschweiz angesiedelt.

3.2 Anbieter von Vorbereitungskursen für höhere Fachprüfungen

Im Bereich der 20 am meisten abgeschlossenen höheren Fachprüfungen 2012 (insgesamt 1937 eidgenössische Diplome) bieten schweizweit insgesamt 111 Bildungsanbieter Vorbereitungskurse an. 36,9% (n=41) der Bildungsanbieter sind private Organisationen, gefolgt von 33,3% (n=37) kantonalen Anbietern. 24 Anbieter (21,6%) sind Non-Profit Organisationen. Bei 9 Anbietern (8,1%) war die Organisationsform nicht identifizierbar (siehe Abbildung 3.3).

Die Zahl derjenigen Kursanbieter, die nur einen Vorbereitungskurs auf eine spezifische höhere Fachprüfung Top 20 2012 anbieten, liegt – den Berufsprüfungen vergleichbar – bei zwei Dritteln (67%). Insgesamt fünf Anbieter bieten Vorbereitungskurse für drei unterschiedliche höhere Fachprüfungen an, ein Anbieter sogar vier.¹⁴

In Bezug auf die Anbieterstruktur nach Berufsfeld zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Berufsprüfungen: das Feld Wirtschaft wird durch private Bildungsanbieter dominiert, die Land- und Waldwirtschaft durch kantonale Anbieter (siehe Abbildung 3.4).

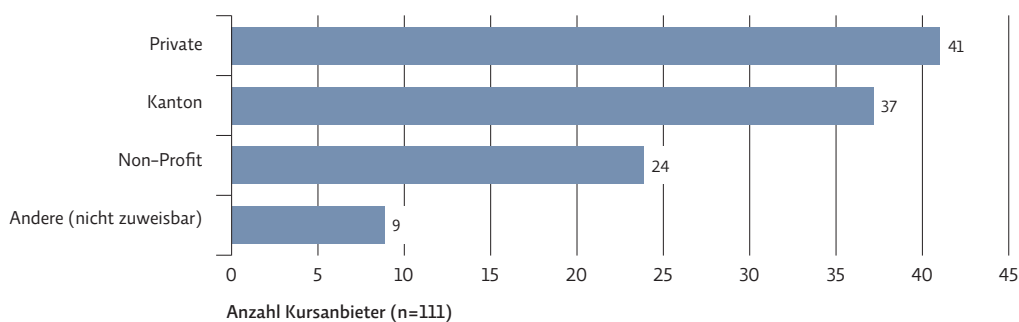


Abbildung 3.3:
Anbieter von Vorbereitungskursen für höhere Fachprüfungen, Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung

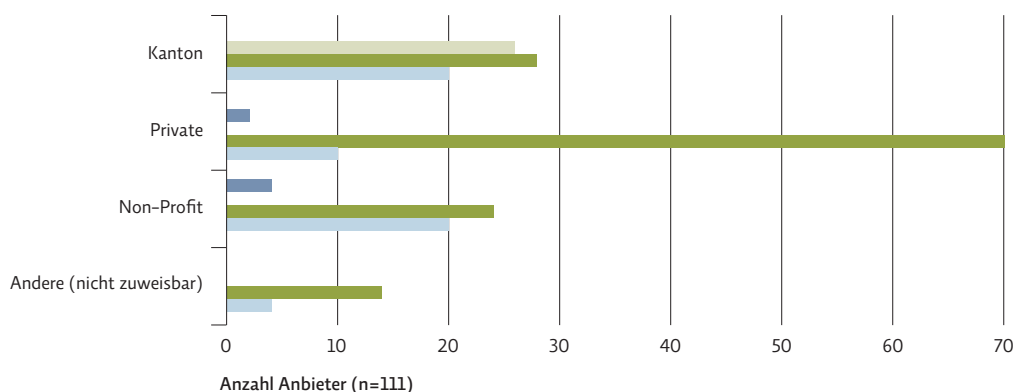
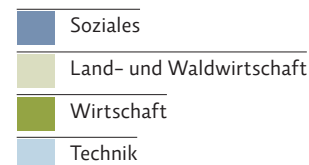


Abbildung 3.4:
Anzahl Anbieter der Vorbereitungskurse auf höhere Fachprüfungen nach Berufsfeldern, Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung



¹⁴ Dabei handelt es sich um folgende Anbieter, die in den Feldern Technik oder Wirtschaft anbieten: AKAD, BFB Bildung Formation Biel-Bienne, GET Marketing- und Kaderschule, KV Zürich Business School, NbW Netzwerk für betriebswirtschaftliche Weiterbildung, zB. Zentrum Bildung – Wirtschaftsschule KV Baden.

Wie auf der Bildungsstufe Berufsprüfung ist die Zahl der Anbieter je nach Abschluss sehr unterschiedlich (siehe Tabelle 3.2). Wer einen Vorbereitungskurs auf die höhere Fachprüfung als Wirtschaftsprüfer/in, Finanzanalytiker/in und Vermögensverwalter/in, Steuerexperte/in, Einkaufsleiter/in, Finanz- und Anlagenexperte/in und Heimleiter/in absolvieren möchte, kann in der gesamten Schweiz nur bei einem einzigen Bildungsanbieter Vorbereitungskurse besuchen. Jeweils zwei Anbieter gibt es für die Berufsprüfungen Arbeitsagoge/in sowie Treuhandexperte/in. Demgegenüber besteht für die Vorbereitungskurse Marketingleiter laut Website des Prüfungssekretariates ein Angebot von 17; für die Vorbereitungskurse Experte/in in Rechnungslegung und Controlling sogar eines von 34 Kursanbietern zur Verfügung.

Rang 2012	Höhere Fachprüfung	Anzahl Anbieter	Anzahl erteilte eidg. Diplome 2012	Abschlüsse 2012 pro Anbieter (Mittelwert) ¹⁵
1	Wirtschaftsprüfer/in	1	224	224
2	Elektroinstallateur/in	14	171	12
3	Verkaufsleiter/in	32	159	5
4	Experte/in in Rechnungslegung und Controlling	34	152	4
5	Arbeitsagoge/in	2	123	62
6	Treuhandexperte/in	2	121	61
7	Landwirt/in, Meister	13	115	9
8	Informatiker/in	6	111	19
9	Finanzanalytiker/in und Vermögensverwalter/in	1	86	86
10	Steuerexperte/in	1	85	85
11	Marketingleiter/in	17	85	5
12	Experte in Organisationsmanagement	5	80	16
13	Industriemeister/in	3	71	24
14	Einkaufsleiter/in	1	65	65
15	Baumeister/in	4	62	16
16	Finanz- und Anlagenexperte/in	1	56	56
17	Betriebswirtschafter/in des Gewerbes	3	50	17
18	Bauleiter/in (Hochbau)	5	44	9
19	Sanitärmeister/in	3	39	13
20	Heimleiter/in	1	38	38

Tabelle 3.2:

Anzahl Anbieter pro Vorbereitungskurse für höhere Fachprüfungen und Abschlüsse pro Anbieter (Mittelwert), Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung

¹⁵ Auch hier ist der Besuch eines Vorbereitungskurses nicht obligatorisch. Die Angaben zu den Abschlüssen pro Anbieter werden auf der Basis einer hundertprozentigen Besuchsquote berechnet. Die tatsächlichen Zahlen liegen wahrscheinlich tiefer.

Bei den Monopolanbietern und den Anbietern, die nur einen Konkurrenzanbieter haben, handelt es sich grösstenteils um Spitzenorganisationen der Berufsverbände. Die Akademie der Treuhandkammer bietet für zwei höhere Fachprüfungen als Monopolist Vorbereitungskurse an (Wirtschaftsprüfer/in und Steuerexperte/in).¹⁶ Auch die Swiss Financial Analysts Association bietet als einzige Organisation in der Schweiz sowohl für den Abschluss Finanzanalytiker/in und Vermögensverwalter/in als auch für Finanz- und Anlagenexperte/in Vorbereitungskurse an.

Bei den anderen Monopolanbietern handelt es sich um den Fachverband für Einkauf und Supply Management (procure.ch) und den Dachverband der Heime und Institutionen Schweiz (Curaviva). Nur zwei der Anbieter bieten zusätzlich auch einen Vorbereitungskurs für die am häufigsten nachgefragten Berufsprüfungen an.

In Bezug auf die regionale Verteilung der erhobenen Bildungsanbieter für Berufs- und höhere Fachprüfungen steht Zürich an der Spitze, gefolgt von Bern und St. Gallen. In der Westschweiz weist der Kanton Waadt am meisten Bildungsanbieter auf (siehe Abbildung 3.5).

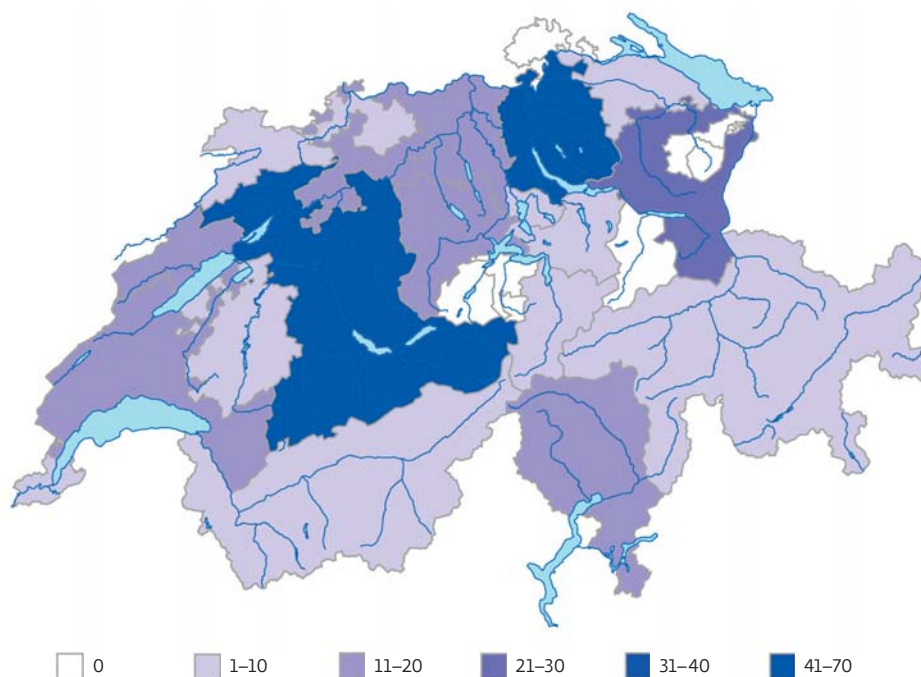


Abbildung 3.5:
Regionale Verteilung der Anbieter von Vorbereitungskursen für Berufs- und höhere Fachprüfungen, Top-Abschlüsse 20 2012

Quelle: EHB;
Infografik: Terraplant AG,
Kartengrundlage: BFS, ThemaKart

¹⁶ Nach Auskunft der zuständigen Person bietet in unregelmässigen Abständen auch die Schweizerische Treuhänderschule den entsprechenden Abschluss an.

3.3 Anbieter im Bereich höhere Fachschulen

Insgesamt 95 höhere Fachschulen bieten diejenigen 20 Bildungsgänge an, die 2012 am häufigsten abgeschlossen wurden (total 5135 Abschlüsse). Die Mehrzahl der Anbieter sind kantonal (44,2%) (siehe Abbildung 3.6). Dabei handelt es sich um höhere Fachschulen oder Berufsfachschulen, denen höhere Fachschulen angeschlossen sind (in vielen Fällen wird hier von Berufsbildungszentren gesprochen). Private Anbieter und Anbieter aus dem Non-Profit Bereich machen je etwa einen Viertel aus (Non-Profit Anbieter 24,2%, n=23; private Anbieter 22,1%, n=21). Bei den Anbietern aus dem Non-Profit Bereich handelt es sich einerseits um Berufsverbände (z.B. Swissmem, HotellerieSuisse, Curaviva), andererseits um Vereine im sozialpädagogischen Bereich sowie um Stiftungen und Genossenschaften aus den Berufsfeldern Wirtschaft, Technik und Soziales.

Die Anbieterstruktur ist auch hier wieder je nach Berufsfeld unterschiedlich (siehe Abbildung 3.7). In den Berufsfeldern Gesundheit, Wirtschaft und Technik dominieren nun die kantonalen Bildungsanbieter, das Berufsfeld Soziales wird durch Anbieter aus dem Non-Profit Bereich dominiert. Die Privaten bieten vor allem im Berufsfeld Wirtschaft an.

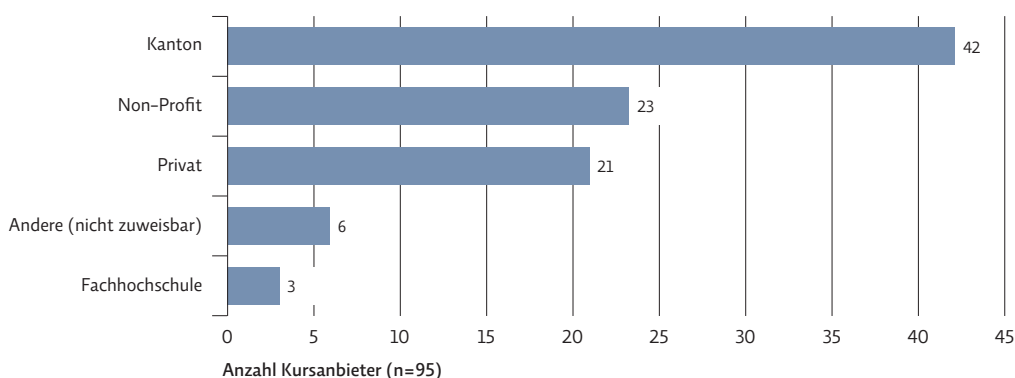


Abbildung 3.6:
Anbieter von Bildungsgängen der höheren Fachschulen nach Organisationsform, Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung

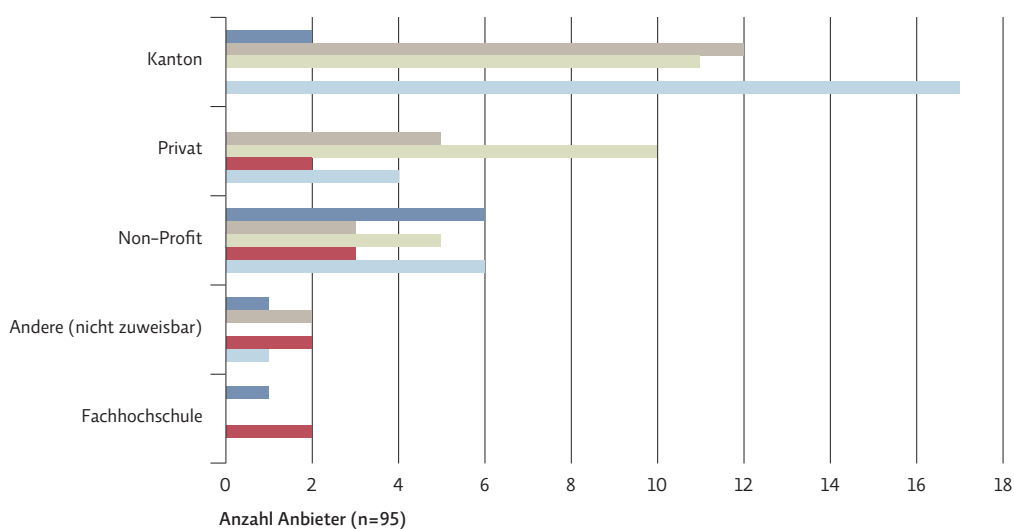


Abbildung 3.7:
Berufsfelder der Anbieter von Bildungsgängen HF, Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung



Bei den höheren Fachschulen, die Anbietern aus dem Tertiär A-Bereich angeschlossen sind, handelt es sich um die Hochschule für Gesundheit und Soziales Wallis (angegliedert an die Fachhochschule Westschweiz-Wallis) und die höhere Fachschule für Tourismus (angegliedert an die Hochschule Luzern).

Im Vergleich zu den Vorbereitungskursen ist die Anzahl Anbieter insgesamt weniger breit gestreut. Vergleicht man diese aber mit der Anzahl Abschlüssen, so zeigen sich doch grosse Unterschiede (siehe Tabelle 3.3). Namentlich im Berufsfeld Technik ist die Zahl der Abschlüsse durchgehend tief. Hier handelt es sich zu grossen Teilen um kantonale Anbieter, mehrheitlich um Berufsfachschulen. Damit liegt die Vermutung nahe, dass diese eine breite Palette von Lehrgängen in verwandten Gebieten auf Stufe berufliche Grundbildung und höhere Berufsbildung anbieten und dabei von Synergieeffekten profitieren.

Rang 2012	Bildungsgang HF	Anzahl Anbieter	Anzahl Abschlüsse 2012	Abschlüsse 2012 pro Anbieter (Mittelwert)
1	Pflegefachmann/-frau HF	14	1109	79
2	Betriebswirtschafter/in HF	23	846	37
3	Hotelier/in-Restaurateur/in HF	6	458	76
4	Sozialpädagoge/in HF	7	373	53
5	Bankwirtschafter/in HF	2	359	180
6	Kindererzieher/in HF	7	232	33
7	Wirtschaftsinformatiker/in HF	10	206	21
8	Tourismusfachmann/-frau HF	4	193	48
9	Techniker/in HF Informatik	11	189	17
10	Techniker/in HF Betriebstechnik	7	178	25
11	Techniker/in HF Elektrotechnik	15	147	10
12	Techniker/in HF Maschinenbau	11	133	12
13	Techniker/in HF Hochbau	10	118	12
14	Biomedizinische/r Analytiker/in HF	11	116	11
15	Rettungssanitäter/in HF	7	111	16
16	Fachfrau/Fachmann Operationstechnik HF	4	89	22
17	Techniker/in HF Unternehmensprozesse	8	84	11
18	Dentalhygieniker/in HF	3	73	24
19	Techniker/in HF Maschinenteknik	2	73	37
20	Fachmann/-frau für med. techn. Radiologie HF	3	66	22

Tabelle 3.3:
Anzahl Anbieter pro Bildungsgang HF und Abschlüsse (Mittelwert), Top 20-Abschlüsse 2012

Quelle: eigene Erhebung

Insgesamt sechs Anbieter bieten zwischen fünf und sieben Bildungsgänge aus den Top 20 an. Die Liste wird von der Höheren Fachschule Südostschweiz mit sieben Bildungsgängen angeführt, die zudem einer von nur zwei Anbietern für den Bildungsgang Bankwirtschafter/in ist, der mit 180 Abschlüssen pro Anbieter 2012 den grössten Mittelwert aufweist. Neben der Höheren Fachschule Südostschweiz bietet einzig AKAD – Die Schweizer Bildungsinstitution diesen Bildungsgang an. Studierende, die den Bildungsgang Betriebswirtschafter/in HF besuchen wollen, können dagegen schweizweit aus 23 Anbietern auswählen. Bei den Anbietern, die viele Bildungsgänge anbieten, handelt es sich um private oder kantonale Organisationen.¹⁷

Die folgende Abbildung 3.8 zeigt die geographische Verteilung der Anbieter für die höheren Fachschulen, Top-20-Abschlüsse 2012. Hier befinden sich die meisten Bildungsanbieter im Kanton Zürich, gefolgt vom Kanton Bern und Kanton Waadt.

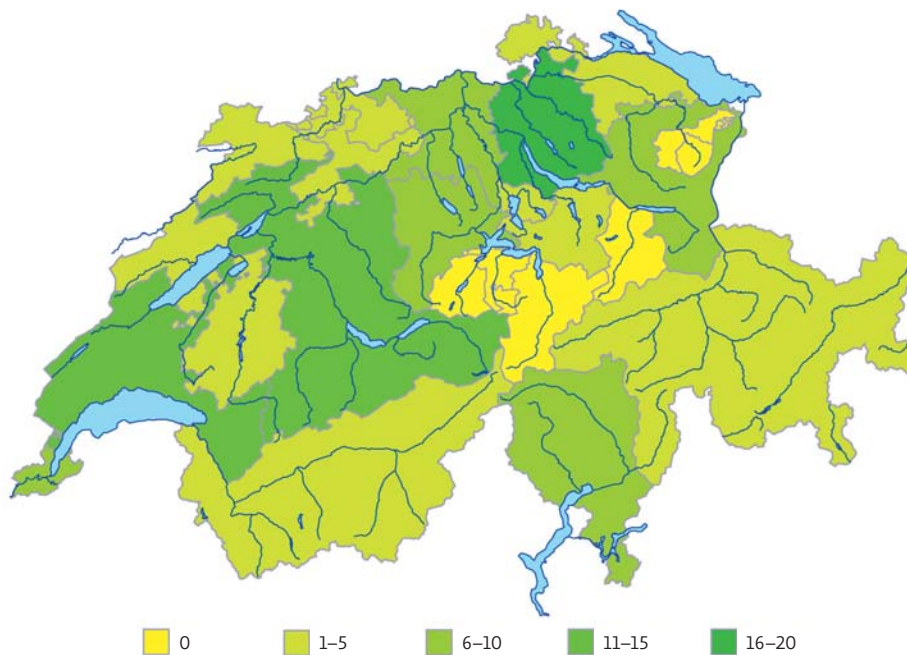


Abbildung 3.8:
Regionale Verteilung der Anbieter von Bildungsgängen der höheren Fachschulen, Top-Abschlüsse 20 2012

Quelle: SBFi 2013d
EHB; Infografik: Terraplant AG
Kartengrundlage: BFS, ThemaKart

¹⁷ Es sind dies folgende Anbieter: BBZ Berufsbildungszentrum des Kantons Schaffhausen, CEFOPS Centre de Formation professionnelle Santé-Social, Careum AG Bildungszentrum für Gesundheitsberufe, IBZ Schulen für Technik Informatik Wirtschaft, TEKO Schweiz. Fachschule.

3.4 Bewertungen des Bildungsangebots und Trends aus Sicht der Befragten

Die Resultate der Telefoninterviews mit verschiedenen Akteuren der höheren Berufsbildung (Berufsverbände, Anbieter, Verantwortliche auf kantonaler und eidgenössischer Ebene), um vertiefte Aussagen zum Bildungsangebot und zu Trends zu erhalten, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Qualitätssicherung der Vorbereitungskurse: Diese erfolgt seitens der Kantone nur, falls sie die entsprechenden Angebote subventionieren. Beim Entscheid, welche Anbieter unterstützt werden, sind die Ansätze unterschiedlich. Die Kriterien reichen von inhaltlichen Überlegungen (u.a. Engagement der Anbieter in der beruflichen Grundbildung) bis hin zur Praxis, dass der Markt das Angebot regeln soll und damit auch jeder Anbieter, der die Anforderungen an Reporting und Qualitätskontrolle erfüllt, Zugang zu Subventionen hat. Die Mehrzahl der befragten Kantone fordert im Rahmen der Leistungsvereinbarungen ein Reporting und ein Qualitätsmanagement ein. Die Gespräche mit den zuständigen Stellen zeigten allerdings, dass die Qualitätssicherung – auch erklärbar durch die unterschiedliche Anzahl von Leistungserbringern in den Kantonen – in sehr unterschiedlicher Intensität wahrgenommen und von der blossen Kontrolle der Erfüllung minimaler administrativer Vorgaben (z.B. Einreichung der Jahresberichte) bis hin zu jährlichen Tagungen und regelmässigen Treffen mit allen Anbietern reicht. Der Kanton Genf stellt insofern einen Sonderfall der Finanzierung im Bereich höhere Berufsbildung dar, als dass Weiterbildungsgutscheine an Bürgerinnen und Bürger ausgestellt werden. Die Bezüger dieser Gutscheine können damit auch Vorbereitungskurse bei akkreditierten Bildungsanbietern ihrer Wahl besuchen.¹⁸

Besonders aufschlussreich waren in dieser Hinsicht die Gespräche mit den Trägerschaften der Prüfungssekretariate, bei denen es sich grösstenteils um Organisationen der Arbeitswelt handelt. Im Unterschied zu den Kantonen mit ihrer eingeschränkten Aufsichtsfunktion im Rahmen der Vergabe von Subventionen haben die Prüfungssekretariate keinen gesetzlichen Auftrag zur Qualitätskontrolle. Die Hälfte bezeichnet die Prüfungen selbst als Garant für die Qualität der Ausbildungen und führt ein bis viermal jährlich Treffen mit Bildungsanbietern durch, bei denen beispielsweise neue Prüfungsaufgaben vorgestellt werden. Fünf Prüfungssekretariate berichteten, dass bei dieser Gelegenheit die Resultate der Prüfungen analysiert und mit den Bildungsanbietern rückbesprochen werden. Einige Berufsverbände stellen die Qualitätskontrolle zusätzlich durch Qualitätssicherungskommissionen, Modulanerkennungsverträge, Vereinbarungen mit Anbietern oder auch durch nationale Informations- und Schulungstage sicher. In zwei Fällen wird bewusst auf eine entsprechende Qualitätskontrolle verzichtet («Credo: freier Wettbewerb»). Mit einer Ausnahme schätzen die befragten Prüfungssekretariate die Qualität der Ausbildung als gut bis sehr gut ein, wobei sich viele auf die hohe Anzahl erfolgreicher Prüfungsabsolvent/innen bei den entsprechenden Prüfungen stützen.

¹⁸ Voraussetzung für den Bezug von Bildungsgutscheinen ist der Wohnsitz im Kanton Genf, die Volljährigkeit und die Steuerpflichtigkeit seit einem Jahr zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung. Das Bruttoeinkommen darf CHF 88 340 (Einzelpersonen) bzw. CHF 132 510 (Ehepaare) jährlich nicht übersteigen. Der Bildungsgutschein beträgt CHF 750 pro Jahr oder CHF 2250 über drei Jahre. Im Jahr 2012 haben 6289 Personen Bildungsgutscheine bezogen.

2. Überprüfung der Fach-, Methoden-, Selbst- und Sozialkompetenzen: Den Gesprächspartnern in den Prüfungssekretariaten wurde die Frage gestellt, in welchem Umfang mit der jeweiligen Prüfung Fach-, Methoden-, Selbst- und Sozialkompetenzen überprüft werden. Sowohl für die Berufs- als auch für die höheren Fachprüfungen antwortete die Mehrheit der Befragten, dass alle Kompetenzen gleichermassen überprüft werden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass im Verständnis der Gesprächspartner sowohl die Abschlüsse der Berufsprüfung als auch diejenigen im Bereich höhere Fachprüfungen gleichermassen zu Fach- oder Führungskarrieren befähigen. Die eidgenössischen Prüfungen vermitteln damit einerseits eine spezifische Expertise in einem klar definierten Feld als auch breiter angelegte Kompetenzen, die auf andere Gebiete übertragbar sind. Der Unterschied zwischen den höheren Fachprüfungen und den Berufsprüfungen ist dabei ein gradueller, die Vermittlung von Fachkompetenzen auf Stufe Berufsprüfung wird als etwas wichtiger erachtet als bei der höheren Fachprüfung.
3. Die Frage, in welchem Umfang die bestandene Prüfung einen Wechsel in ein anderes Fachgebiet begünstige, wurde von der Hälfte der Befragten mit «hoch», von der anderen Hälfte mit «tief» beantwortet. Auch hier konnte zwischen den beiden Abschlüssen – Berufs- versus höhere Fachprüfung – kein Unterschied festgestellt werden. Auf beiden Stufen ist ein solcher Wechsel teilweise unerwünscht, da gezielt Spezialisten im eigenen Berufsfeld gefördert werden sollen.
4. Internationale Anerkennung von Abschlüssen als zukünftige Herausforderung: Diese Problematik wurde vor allem seitens der kantonalen und nationalen Gesprächspartner hervorgehoben. Die Notwendigkeit verständlicher, einfacher Titel wurde allgemein unterstrichen. Ebenso wurde auf die dringende Einbettung der Abschlüsse aus dem Tertiär B-Bereich in nationale und internationale Qualifikationsrahmen verwiesen. Vereinzelt wurde auf die Konkurrenz durch Bachelor- und Masterstudiengänge der Fachhochschulen für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung im sozialen, technischen und im Gesundheitsbereich hingewiesen.
5. Finanzierung der höheren Berufsbildung: Diese Thematik wurde von den Gesprächspartnern aus Bund und Kantonen, nicht aber aus den Prüfungssekretariaten, sehr prominent angesprochen. Dabei wurde die aktuelle Diskussion um die Finanzierung der Vorbereitungskurse aufgegriffen (siehe Kapitel 4: Finanzierung). Die damit verbundene Schaffung von Transparenz und Harmonisierung wurde von allen Gesprächspartnern im Grundsatz begrüsst. Einzelne warnten aber vor einer zu grossen Standardisierung, die den Markt einschränken könnte, und vor möglichen Schwierigkeiten bei der Bemessung einheitlicher und fairer Ansätze.
6. Trends in der höheren Berufsbildung: Allen Gesprächspartnern aus den Prüfungssekretariaten wurde die Frage gestellt, welche Trends sie in der höheren Berufsbildung feststellten. Es zeigte sich, dass hier vor allem die steigende Nachfrage nach entsprechenden Abschlüssen, die Neugestaltung der Ausbildungsinhalte (Praxisbezug, Vernetzung, Kompetenzorientierung), die Einführung modularer Ausbildungen, die veränderten Rahmenbedingungen (Finanzierung, Zusammenarbeit mit dem SBFI) und die Energiewende als wichtige Trends wahrgenommen werden.
7. Verbundpartnerschaftliche Zusammenarbeit: Die Arbeit in der Verbundpartnerschaft wurde allgemein als gut bezeichnet. Die Einschätzung seitens der kantonalen Stellen, in welchem Umfang sich die Zusammenarbeit mit Non-Profit Organisationen oder kantonalen Anbietern wie Berufsfachschulen von derjenigen mit privaten Anbietern wie beispielsweise einer Wirtschaftsschule unterscheidet, wurde unterschiedlich beur-

teilt. Nicht alle stellten Unterschiede fest. In einem Gespräch wurde darauf hingewiesen, dass kantonale Anbieter aufgrund der Infrastruktur, nicht aber im Hinblick auf die Löhne Vorteile hätten. Für die Qualität der Zusammenarbeit sind nach Einschätzung der Gesprächspartner nicht der Typus der Kursanbieter, sondern die Dauer der verbundpartnerschaftlichen Kooperation und die Erfahrung der Anbieter in der Zusammenarbeit mit den Behörden relevant.

3.5 Fazit: Grosse Heterogenität der Bildungsanbieter (zwischen Monopolstellung und intensiver Konkurrenz)

Die Studie hat gezeigt, dass die erhobenen Bildungsanbieter auf Tertiärstufe B ausgesprochen heterogen sind. So führen im Bereich der eidgenössischen Prüfungen die folgenden Bildungsanbieter Vorbereitungskurse für die 20 am meisten abgeschlossenen Prüfungen 2012 durch: private Organisationen (AG, GmbHs etc.), kantonale Organisationen (Berufsfachschulen, höhere Fachschulen, Spitäler etc.), Non-Profit Organisationen (Berufsverbände, Vereine, Stiftungen, Genossenschaften), Bundesorganisationen wie etwa die Armee sowie Fachhochschulen.

Dabei zeigte sich, dass die privaten Anbieter bei den eidgenössischen Prüfungen dominieren, an zweiter Stelle stehen die kantonalen Anbieter. Die Privaten überwiegen insbesondere im Berufsfeld Wirtschaft, während beispielsweise die Vorbereitungskurse in den Berufsfeldern Land- und Waldwirtschaft ausschliesslich von kantonalen Anbietern durchgeführt werden. Auch unterscheidet sich der Bildungsmarkt sehr stark nach Anzahl Anbieter pro Abschluss sowie nach durchschnittlichen Abschlüssen pro Anbieter. Während auf beiden Bildungsstufen Berufs- und höhere Fachprüfungen schweizweit Monopolanbieter für Vorbereitungskurse existieren, ist davon auszugehen, dass bei bestimmten Abschlüssen wie etwa der Ausbilder/in, HR-Fachleute, Marketingleiter/in und Experte/in in Rechnungslegung und Controlling ein reger Wettbewerb stattfindet.

Im Bereich der höheren Fachschulen (Bildungsgänge mit den 20 häufigsten Abschlüssen 2012) existieren ebenfalls kantonale und private Anbieter, Non-Profit Organisationen und Fachhochschulen. Hier dominieren die öffentlichen Anbieter insgesamt das Feld, während Private wiederum im Bereich Wirtschaft stark vertreten sind. Zwar gibt es unter den erhobenen Bildungsgängen kein Monopol, allerdings bieten nur zwei Anbieter den Abschluss Bankwirtschafter/in HF an. Im Vergleich dazu bieten schweizweit 23 Anbieter den Bildungsgang Betriebswirtschafter/in an.

Da der Bildungsmarkt der Vorbereitungskurse nicht reglementiert ist, ist auch die Aufsicht gesetzlich nicht definiert. Die Kantone steuern nur diejenigen Bildungsanbieter durch kantonale Leistungsvereinbarungen, deren Vorbereitungskurse sie subventionieren. Seitens der Kantone werden die Qualitätsanforderungen an Kursanbieter dabei in unterschiedlicher Tiefe umgesetzt. Hier füllen die Organisationen der Arbeitswelt die reglementarische Lücke der Qualitätskontrolle und -entwicklung, allerdings recht unterschiedlich. Sie reicht von bewusster Distanz mit Verweis auf die Autonomie der Anbieter bis hin zu intensiven Kontrollen. Diese Vielfalt ist auf die unterschiedliche Ausgestaltung der Prüfungssekretariate sowie auf das Fehlen einer klaren Kompetenzregelung zurückzuführen.



Finanzierung der höheren Berufsbildung

Anhand einer Synthese bereits vorliegender Analysen gibt Kapitel 4 einen Überblick über die Finanzierung der höheren Berufsbildung. Hier zeigt sich, dass die eidgenössischen Prüfungen und die höheren Fachschulen unterschiedlichen Finanzierungsregimes folgen: Während die eidgenössischen Prüfungen zu einem hohen Teil privat finanziert werden, werden die höheren Fachschulen stärker öffentlich finanziert. Neuere Entwicklungen verweisen darauf, dass bei beiden Teilen der höheren Berufsbildung eine höhere öffentliche Subventionierung (Stichworte: Subjektfinanzierung und verbindliche interkantonale Abgeltungen) angestrebt wird.

4.1 Finanzflüsse in der höheren Berufsbildung

Bis vor Kurzem fehlte eine Transparenz bezüglich der Finanzflüsse im Bereich der höheren Berufsbildung. In neuerer Zeit sind im Auftrag des damaligen BBT drei Studien (Schärler et al. 2009; Seiler, Muggli und Sommer 2009; Econcept 2011) entstanden, die Licht auf diesen Bereich werfen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass das gegenwärtige Finanzierungssystem und die Kostenverteilung zwischen Bund, Kantonen, den Organisationen der Arbeitswelt, den Unternehmen und den Studierenden historisch gewachsen und sehr uneinheitlich geregelt sind.

Die Studie von Seiler et al. (2009) belegt die unterschiedliche staatliche Subventionierungspolitik innerhalb der höheren Berufsbildung. So werden die höheren Fachschulen insgesamt zu einem höheren Ausmass durch Beiträge der öffentlichen Hand finanziert (70%) als die Vorbereitungskurse der eidgenössischen Prüfungen (10%–15%).

Im Jahr 2010 wurde eine repräsentative Befragung der Prüfungskandidat/innen der Berufs- und höheren Fachprüfungen zwecks Analyse der Kosten- und Finanzierungssituation durchgeführt (Econcept 2011). Obwohl der Besuch der Vorbereitungskurse, die zu den eidgenössischen Prüfungen führen, prinzipiell freiwillig ist, besucht die überwiegende Mehrheit (zwischen 80% bis 90%) einen solchen Kurs. Diese dauern im Durchschnitt für die Berufsprüfungen 2,9 Semester und für die höheren Fachprüfungen 3,4 Semester. Die Durchschnittskosten für die eidgenössischen Prüfungen setzen sich aus den Kursgebühren für den Vorbereitungskurs, den Materialkosten und den Prüfungsgebühren zusammen. Der Mittelwert für eine Berufsprüfung beträgt CHF 12500 und für eine höhere Fachprüfung CHF 18000 (siehe Tabelle 4.1).

Die Finanzierung der eidgenössischen Prüfungen folgt der Logik einer Weiterbildungsfinanzierung (siehe im Folgenden Econcept 2011): Die Kosten der Berufsprüfungen werden global gesehen zu 56,5% durch private Beiträge der Kandidierenden (eigene Ersparnisse, Zuwendung von Verwandten oder Partner/in) und zu 34,4% durch finanzielle Beiträge des Arbeitgebers (vergütete Abwesenheiten, finanzielle Beiträge für eidg. Prüfung und/oder Vorbereitungskurs) getragen. Nur 8,4% stammen aus öffentlicher Quelle

	Kursgebühren (Mittelwert)	Materialkosten (Mittelwert)	Prüfungsgebühren (Mittelwert)	Total (Mittelwert)
Berufsprüfungen	9205,8	1059,9	2240,5	12506,2
Höhere Fachprüfungen	13013,8	1735,8	3200,9	17950,5

Tabelle 4.1:
Durchschnittskosten der eidgenössischen Prüfungen

Quelle: Econcept 2011

(Stipendien, Darlehen, Sozialversicherungsbeiträge) und 0,7% sind Beiträge der Branche (Berufsbildungsfonds der Branche, GAV). Bei den höheren Fachprüfungen ist das private Engagement noch grösser: Hier werden 59,4% durch private Beiträge der Kandidierenden und 38,5% durch finanzielle Beiträge des Arbeitgebers gedeckt. Die restlichen 2,1% stammen aus öffentlichen Quellen und von Beiträgen der Branche.

Dieser Finanzierungsmodus führt dazu, dass 65,7% der Kandidierenden die Kosten der eidgenössischen Prüfungen ganz oder teilweise selbst finanzieren. Während circa ein Drittel der Kandidierenden privilegiert ist und nicht auf private Beiträge zurückgreifen muss, finanzieren etwa 20% der Kandidierenden die eidgenössische Prüfung und/oder den Vorbereitungskurs ausschliesslich mit eigenen Ersparnissen.

Die Unterstützung durch die Arbeitgeber, die im Durchschnitt etwas mehr als einen Drittel der Kosten übernehmen, ist abhängig von der Betriebsgrösse: Mit steigender Betriebsgrösse (gemessen an Anzahl Mitarbeitenden) steigt auch der Anteil der Prüfungskandidierenden, die Beiträge des Arbeitgebers erhalten (Econcept 2011).

Über 90% der Prüfungskandidierenden befinden sich während der Ausbildung in einem regelmässigen Anstellungsverhältnis. Die meisten Kandidat/innen arbeiten sogar vor, während und nach der Prüfungsphase Vollzeit. Dementsprechend sind finanzielle Probleme weniger verbreitet; sie werden nur von rund einem Viertel der Befragten angegeben. Probleme bestehen eher in der Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Familie sowie generell durch Zeitmangel (siehe Abbildung 4.1).

Absolvent/innen einer eidgenössischen Prüfung werden vom Arbeitsmarkt belohnt: Im Durchschnitt beträgt das monatliche Bruttoeinkommen nach einer Berufsprüfung CHF 6140 (vorher 5483) und bei einer höheren Fachprüfung CHF 7867 (vorher 6749) (Econcept 2011: 33).

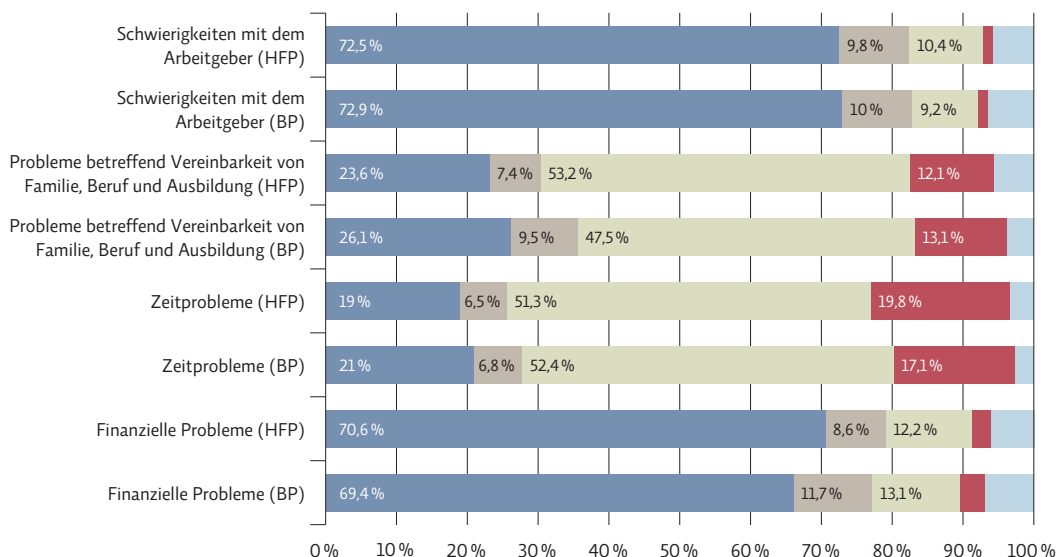
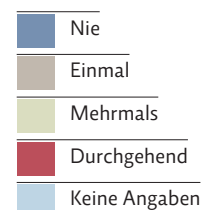


Abbildung 4.1:
Probleme der Prüfungskandidat/innen während der eidgenössischen Prüfung bzw. dem Vorbereitungskurs

Quelle: Econcept 2011: 39



Bei den höheren Fachschulen werden Vollzeitbildungsgänge im Durchschnitt zu 90 % (Cattaneo und Wolter 2011), berufsbegleitende Teilzeitbildungsgänge nur zu etwa 40 % von der öffentlichen Hand subventioniert (SKBF 2010). Die Finanzierung der höheren Fachschulen wird folglich zu einem hohen Teil von den Kantonen getragen, der Bund trägt dazu Pauschalbeiträge bei: «Gemäss der Kostenrechnung des BBT haben Bund und Kantone die Durchführung von Bildungsgängen an höheren Fachschulen im Jahr 2010 mit 329 Millionen Franken finanziert.» (BBT 2012b: 19) Weiter finanziert der Bund auch Bildungsgänge an höheren Fachschulen mit privater Trägerschaft, die keine kantonalen Subventionen erhalten und gesamtschweizerisch von Organisationen der Arbeitswelt angeboten werden (BBT 2012b).

Die Berechnung der Vollkosten der Bildungsgänge höherer Fachschulen gestaltete sich bislang als schwierig, da die höheren Fachschulen unterschiedliche Rechnungslegungsstandards verfolgen. Zudem weisen beispielsweise Bildungsgänge Pflege eine grosse Kostenheterogenität auf, bedingt u.a. durch unterschiedliche Dozentensaläre, unterschiedliche Subventionierungspraxen der Kantone wie etwa die kostenlose Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten etc. (Rohrer 2013). Tabelle 4.2 stellt die durchschnittlichen Vollkosten (pro Normsemester und Student/in) für die verschiedenen Bildungsgänge der höheren Fachschulen 2013 dar.

Bereich	Fachrichtungen (Auswahl)	Durchschnittliche Vollkosten in CHF pro Normsemester ¹⁹ und Student/in (gerundet)
Technik	Gebäudetechnik, Metallbau, Bauführung und Planung	10 000
Wirtschaft	Betriebswirtschaft, Marketing, Wirtschaftsinformatik	6 500
Gastgewerbe und Tourismus	Hotellerie, Tourismus, hauswirtschaftliche Betriebsleitung	10 000
Gesundheit	Medizinisches Labor, Pflege, Rettungssanität, Operationstechnik	14 000
Soziales Erwachsenenbildung	Erwachsenenbildung, Sozialpädagogik, Kindererziehung	8 000
Künste und Gestaltung	Bildende Kunst, Produktdesign, Kommunikationsdesign	14 000
Land- und Waldwirtschaft	Waldwirtschaft, Agrotechnik	16 000
Transport und Verkehr	Verkehrspilot, Flugsicherung	12 000

Tabelle 4.2:
Ergebnisse der Vollkostenberechnung Bildungsgänge höhere Fachschulen 2013

Quelle: Riedi 2013

19 Die Normsemester wurden wie folgt festgelegt: Für das Lernmodell 5400 Stunden wird im Vollzeit-Pensum mit 6 Semestern und im Teilzeitpensum mit 8 Semestern gerechnet. Im Lernmodell 3600 Stunden wird im Vollzeit-Pensum mit 4 Semestern und im Teilzeitpensum mit 6 Semestern gerechnet. Ausgegangen wird des Weiteren von einer minimalen Klassengrösse von 18 Personen (Kaeser 2013).

Die unterschiedliche öffentliche Subventionierung schlägt sich auch auf die Studiengebühren nieder: Während sie bei den höheren Fachschulen nur circa 25 % der anfallenden Kosten decken, entsprechen die Studiengebühren der Vorbereitungskurse insgesamt zwischen 79 % (Berufsprüfungen) und 88 % (höhere Fachprüfungen) der Kosten (Seiler et al. 2009: 22; Stand 2006). Insgesamt sind die Studiengebühren für die Bildungsgänge der höheren Fachschulen nur circa 30 % höher als diejenigen für die Vorbereitungskurse auf die Berufs- und höheren Fachprüfungen, obwohl die Kosten der Bildungsgänge an höheren Fachschulen mit durchschnittlich CHF 49 475 ein Mehrfaches betragen als die Kosten für die Vorbereitungskurse (Seiler et al. 2009, Berechnungen für das Jahr 2006).

Noch komplexer und uneinheitlicher wird die Analyse der Finanzierungsflüsse im Tertiär B-Bereich, wenn weitere öffentliche Finanzierungsquellen (direkt durch Stipendien/Darlehen und indirekt durch die Möglichkeit des Steuerabzugs) betrachtet werden, was die Kantone unterschiedlich handhaben. Hier zeigt sich die historisch uneinheitliche Entwicklung der höheren Berufsbildung, die auch im Bereich der Finanzierung zwischen dem Status Aus- und Weiterbildung oszilliert.

Alle Kantone verfügen über gesetzliche Grundlagen, die es ihnen erlauben, Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Darlehen) auch an Studierende der höheren Berufsbildung zu vergeben (Schärrer et al. 2009). Die Beitragsmodi und Vergabe der Beiträge sind allerdings sehr unterschiedlich. Im Stipendienbereich wurden gesamtschweizerisch 6,5 % der gesamten Stipendiumsumme 2006 an Studierende der höheren Berufsbildung vergeben. Davon fiel der Grossteil (90 %) auf Studierende an höheren Fachschulen, während Absolvierende der Berufsprüfungen nur gerade 6 % der Stipendiumsumme für die höhere Berufsbildung erhielten (höhere Fachprüfungen: 4 %). Weitere Unterschiede bestehen bei Vollzeit- und Teilzeitstudiengängen: «Die Zugangschancen für Ausbildungsbeiträge unterscheiden sich erheblich zwischen vollzeitlichen und berufsbegleitenden Studiengängen: In den Vollzeitstudiengängen können knapp 10 % auf kantonale Stipendien oder Darlehen zählen, in den Teilzeitstudiengängen sind es weniger als 1 %. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass mehrere Kantone für Teilzeitstudiengänge grundsätzlich keine Stipendien sprechen.» (Schärrer et al. 2009: 51/52) Teilweise legen Kantone auch Altersobergrenzen als Voraussetzung zum Erhalt von Stipendien fest, die mit dem im Durchschnitt höheren Alter der Absolvierenden der höheren Berufsbildung nicht immer kompatibel sind.

Weiter profitiert die Mehrheit der Kandidierenden zumindest zum Teil von Steuerabzügen (Econcept 2011: 63), dies, wenn die Kosten der höheren Berufsbildung als Weiterbildungskosten abgezogen werden können. Damit das möglich ist, ist es zentral, dass die höhere Berufsbildung steuerrechtlich nicht als Aus-, sondern als Weiterbildung (im Sinne eines Berufskostenabzugs) definiert wird. Auch hier gilt das föderalistische Prinzip: «Während in einem Kanton eine bestimmte Bildungsaktivität in der höheren Berufsbildung grundsätzlich als nicht abzugsfähige Ausbildung eingeschätzt wird, taxieren andere Kantone die gleiche Bildungsaktivität als abzugsfähige Weiterbildung.» (Schärrer et al. 2009: 54) Im Gegensatz zu den Ausbildungsbeiträgen wie Stipendien und Darlehen, bei denen die Studierenden der höheren Fachschulen eher zum Zug kommen, wird der Steuerabzug im Weiterbildungsbereich zu einem grösseren Teil vollständig Absolvierenden der eidgenössischen Prüfungen gewährt.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass die Kosten, die die Studierenden im Bereich der höheren Berufsbildung selbst tragen, unterschiedlich hoch sind, abhängig von der Verortung innerhalb des Tertiär B-Bereichs (eidgenössische Prüfungen versus höhere Fachschulen), den gewählten Bildungsgängen (Technik, Gastgewerbe, Tourismus

etc.), von der Unterstützung des Arbeitgebers und der kantonalen Subventionierung des Bildungsanbieters (SKBF 2010) sowie auch der kantonalen Stipendien- und Darlehensvergabe sowie der Steuerabzugspraxis (Schärrer et al. 2009). Während die eidgenössischen Prüfungen einem privatisierten Finanzierungsregime folgen, ähnelt das öffentlich subventionierte Finanzierungsregime der Vollzeitstudiengänge der höheren Fachschulen dem Tertiär A-Bereich. Einerseits existiert folglich eine unterschiedliche Finanzierungslogik innerhalb der höheren Berufsbildung und andererseits gegenüber dem Tertiär A-Bereich.

4.2 Neuere Entwicklungen

Gegenwärtig steht die uneinheitliche Finanzierung der höheren Berufsbildung stark im bildungspolitischen Fokus. Dabei werden bei den eidgenössischen Prüfungen und den höheren Fachschulen unterschiedliche Pfade eingeschlagen.

Mit dem Argument der Gleichstellung von höherer Berufsbildung und Hochschulbildung wurde die unterschiedliche öffentliche Finanzierung dieser beiden Bildungsbereiche insbesondere von den gewerblichen Berufsverbänden und Gewerkschaften kritisiert. Die Gewerkschaft Travail Suisse (2011) forderte beispielsweise, dass die Studierenden der höheren Berufsbildung für ihre Ausbildung maximal gleich viel an Studiengebühren bezahlen sollen wie Hochschulabgänger/innen für einen Bachelor-Abschluss (maximal CHF 4680). Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB und KV Schweiz schlugen zur staatlichen Förderung der höheren Berufsbildung die Abgabe von Bildungsgutscheinen in der Höhe von CHF 5000 für alle Absolvent/innen der beruflichen Grundbildung vor (SGB 2009). Weiter forderte der Schweizerische Gewerbeverband SGV eine Erhöhung der jährlichen Mittel der öffentlichen Hand für die höhere Berufsbildung um 500 Millionen Franken (SGV 2011), und auch der Schweizerische Arbeitgeberverband begrüßte eine erhöhte öffentliche Finanzierung der höheren Berufsbildung (Daum 2010).

Bereits Anfang 2013 hat der Bund seine Beiträge an die Durchführung der Berufs- und höheren Fachprüfungen von 25 % auf 60 bis 80 % erhöht (SBFI News 2013). Er beteiligt sich auch verstärkt an den Entwicklungskosten für die eidgenössischen Prüfungen. Da jedoch nicht die Prüfungsgebühren, sondern die Vorbereitungskurse den Grossteil der Gesamtkosten der eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen ausmachen, plant der Bund momentan die Einführung einer zusätzlichen öffentlichen Finanzierung. Die Steuergruppe, die zur Ausarbeitung eines Finanzierungsvorschlags zusammengesetzt wurde, besteht aus Vertreter/innen des SBFI, der EDK, der SBBK, des Schweizerischen Gewerbeverbands SGV, des Schweizerischen Arbeitgeberverbands SAV sowie der Gewerkschaften *Travail Suisse* und Schweizerischer Gewerkschaftsbund. Favorisiert wird gegenwärtig das Modell der direkten öffentlichen Subjektfinanzierung, das die Teilnehmenden direkt finanziell entlasten soll (Widmer 2013). Die Steuergruppe befand die Alternative, die Angebotsfinanzierung (direkte Bundesbeiträge an die Bildungsanbieter), als nachteilig. Gründe, die zugunsten der Subjekt- und gegen die Angebotsfinanzierung sprachen, waren die folgenden: 1) Die Subjektfinanzierung ermöglicht die direkte Unterstützung der Teilnehmenden, 2) sie soll die Freizügigkeit der Teilnehmenden schweizweit erhöhen, 3) zur Umsetzung dieses Finanzierungsmodells ist keine staatliche Reglementierung des Anbietermarkts nötig und 4) es wird davon ausgegangen, dass im Vergleich zur Angebotsfinanzierung ein geringerer administrativer Aufwand seitens Bund resultiert.

Offene Fragen der Umsetzung sind momentan die Höhe des Beitrags, der an die Teilnehmenden ausbezahlt werden soll, sowie der Auszahlungszeitpunkt. Dies ist insofern nicht trivial, da Teile der Vorbereitungskurse von den Teilnehmenden auch als berufsorientierte Weiterbildung besucht werden, ohne dass sie den Abschluss der eidgenössischen Prüfung anstreben. Da der Bund aber nur Vorbereitungskurse finanzieren möchte, die zu einer eidgenössischen Prüfung führen, und keine Subventionen an den berufsorientierten Weiterbildungsmarkt leisten will, wird momentan die Lösung diskutiert, den Betrag erst nach Absolvieren der Prüfung auszubezahlen, d.h. dass die Teilnehmenden ihre Kosten vorschliessen müssten.

Weitere offene Fragen sind die Auswirkung dieses neuen Finanzierungsmodells auf die Anbieter, die Qualitätssicherung und Transparenz des Vorbereitungskursmarkts (mit Bereitstellung von mehr Informationen für die Nachfragenden) sowie der Übergang vom gegenwärtigen privatisierten Finanzierungsregime zur öffentlichen Subjektfinanzierung. Es wird den Kantonen im vorgeschlagenen Modell der subjektorientierten Finanzierung weiterhin möglich sein, bei regionalem Interesse selbständig Anbieter von Vorbereitungskursen zu subventionieren, wie dies gegenwärtig der Fall ist.

Für 2014 sind die Ausarbeitung des Modells und die Aussprache mit dem Bundesrat geplant, 2015 wird ein Vernehmlassungsverfahren durch den Bundesrat eröffnet. Die Bereitstellung der zusätzlich benötigten öffentlichen Mittel und ihre allfällige Einführung erfolgt per 2017 auf der Basis der neuen Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation, die 2016 vom Parlament verabschiedet wird.

Bei diesem geplanten substanziellen Umbau der Finanzierung stellt sich einerseits die Frage, ob die heutigen Finanzierungsleistungen der Privaten, insbesondere der Arbeitgeber, wegfallen werden (Stichwort Crowding-out: mögliche Verdrängung privatwirtschaftlicher Investitionen durch staatliche Aktivitäten). Andererseits ist auch zu klären, ob ein stärker staatlich kontrolliertes Finanzierungsmodell auch zu einer stärkeren staatlichen Steuerung im Bereich der Vorbereitungskurse führt, die bislang nicht reglementiert waren. Auf alle Fälle handelt es sich beim Vorhaben einer Subjektfinanzierung um einen Spezialfall im Schweizer Bildungssystem: flächendeckend soll eine Ausbildungsform finanziert werden, die in sogenannten non-formalen Bildungsgängen angeboten, d.h. nicht staatlich reguliert wird im Sinne der Genehmigung von Lehrplänen, der Akkreditierung von (zu einem hohen Anteil privaten) Bildungsanbietern etc. In diesem Zusammenhang forderte auch die OECD (Fazekas und Field 2013) eine bessere Information bzgl. der Qualität und der Kosten der Vorbereitungskurse, so dass die Absolvent/innen eine fundierte Wahl treffen können und damit die Anbieter zur Selbstkontrolle angehalten werden.

Auch im Bereich der höheren Fachschulen stehen Neuerungen an. Die EDK hat eine neue interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) erarbeitet. Die bisherige interkantonale Fachschulvereinbarung FSV aus dem Jahr 1998, die den interkantonalen Zugang und die Abgeltung für Studierende regelte, die ausserhalb ihres Wohnkantons an einer höheren Fachschule studieren wollen, hielt fest, dass die Kantone keine generelle Zahlungspflicht hatten, sondern jeder Kanton selbst entscheiden konnte, welche Angebote der höheren Berufsbildung er unterstützen wollte und welche nicht («A-la-carte-Prinzip») (Hunziker 2011).

Mit der neuen verpflichtenden interkantonalen Vereinbarung HFSV soll die Gewährung der vollen Freizügigkeit für Studierende und eine einheitliche Tariffberechnung in Form von Pauschalen, die sich an den Durchschnittskosten der Bildungsgänge der höheren Fachschulen orientieren, realisiert werden – ein ähnliches Prinzip wie die bestehen-

den interkantonalen Vereinbarungen für die universitären Hochschulen und die Fachhochschulen. Diejenigen Kantone, die der HFSV beitreten, verpflichten sich, Studierende aus anderen Kantonen aufzunehmen und sich gegenseitig die berechneten Pauschal Tarife zu bezahlen. Bislang sind 14 Kantone und das Fürstentum Lichtenstein beigetreten. Die HFSV trat per 1.1.2014 in Kraft, die Tarifverbindlichkeit der HFSV-Tarife ab dem 1.8.2015 (Kaeser 2013).

Aufgrund der gesamtschweizerischen Vollkostenerhebung 2013 sollen die Tarife der HFSV für 2015/2016 und 2016/2017 berechnet werden, ab 2015 wird eine zweijährliche Erhebung folgen. Über die definitive Höhe der interkantonalen Zahlungen im Sinne eines Pauschalbeitrags pro Bildungsgang, pro Studierenden und pro Semester, wird im März 2014 entschieden. Es wird eine Kostendeckung von 50 % der plafonierten Vollkosten oder bis zu 90 % bei erhöhtem öffentlichen Interesse (Studienbereiche Gesundheit, Soziales und Erwachsenenbildung, Land- und Waldwirtschaft) auf Antrag der zuständigen Fachdirektorenkonferenz angestrebt. Diese Pauschaltarife sind für alle Vereinbarungskantone verbindlich.

4.3 Fazit: Höhere öffentliche Finanzierung in Diskussion

Die Bildungsangebote der höheren Berufsbildung werden heute ganz unterschiedlich und ohne klar definierte Regeln und Kriterien öffentlich finanziert. Das Finanzierungssystem ist historisch gewachsen, kantonal sehr unterschiedlich und auch intransparent: «Wie hoch der Anteil der Ausbildungskosten ist, den die sich ausbildende Person zu tragen hat, hängt erstens davon ab, ob sie oder er ein Studium an einer höheren Fachschule macht, die zu rund 90 % vom Staat (Kantone) finanziert werden, oder ob eine höhere Berufsprüfung absolviert wird, deren Vorkurse praktisch vollständig privat finanziert sind. [...] Zweitens hängt es bei den höheren Fachschulen und teilweise auch bei den Vorkursen von tradierten Systemen ab, ob die Bildungskosten vom Kanton übernommen werden oder nicht, und drittens davon, ob der Arbeitgeber sich an den Kosten beteiligt, was bei den Prüfungen in rund der Hälfte der Fälle geschieht. Es existiert also eine schwer überblickbare Finanzierungsvielfalt. Sie führt dazu, dass einzelne Studierende in der höheren Berufsbildung die gesamten Ausbildungskosten (Vollkostenstudiengebühren) persönlich finanzieren müssen, während andere praktisch alle Ausbildungskosten vom Staat oder vom Arbeitgeber finanziert erhalten.» (Cattaneo und Wolter 2011: 16) Sowohl bei den eidgenössischen Prüfungen als auch bei den höheren Fachschulen steht heute eine höhere und verbindliche öffentliche Finanzierung zur Diskussion.

Während die Verbesserung der interkantonalen Freizügigkeit von Studierenden der höheren Fachschulen kaum in Frage gestellt wird, ist die stärkere öffentliche Subventionierung der eidgenössischen Prüfungen eher umstritten, da die Vorbereitungskurse sehr stark arbeitsmarktbezogen sind und von den Arbeitgebern auch als Personalentwicklungsmassnahmen eingesetzt werden: «Entsprechend folgt die Finanzierung der Bildungsleistungen bei den Berufs- und höheren Fachprüfungen auch heute noch stärker der Logik der Weiterbildungsfinanzierung als jener der Hochschulfinanzierung.» (Schmid und Gonon 2013: 162) Die Umfrage von Econcept (2011) hat weiter gezeigt, dass um die 70 % der Absolvierenden angeben, dass sie nie finanzielle Probleme gehabt hätten. Begründet wird die tiefere öffentliche Subventionierung der eidgenössischen Prüfungen

auch damit, dass der Bund kaum steuernd einwirkt und der Bildungsmarkt der Vorbereitungskurse sich selbst reguliert. Alternative Vorschläge sind die Vergabe von Bildungsgutscheinen zur Finanzierung von Vorbereitungskursen, die den Absolvent/innen einer beruflichen Grundbildung zusammen mit dem EFZ abgegeben werden können. Eine weitere Alternative wäre auch eine grosszügigere bedarfsorientierte Bereitstellung von Stipendien oder Darlehen für Studierende der höheren Berufsbildung, insbesondere für diejenigen, die mit finanziellen Problemen kämpfen.

Mit der Einführung veränderter Finanzierungsmodi in der höheren Berufsbildung in Richtung höherer öffentlicher Subventionierung stellt sich weiter die Frage, wie sich die Nachfrage nach Bildungsabschlüssen auf Tertiär B-Ebene in Zukunft verändern wird. Ändern sich die institutionellen Rahmenbedingungen zugunsten der höheren Berufsbildung, dann ist auch die Prognose des Bundesamts für Statistik (Babel 2013), die bis zum Jahr 2020 eine stabile Fortschreibung des bisherigen Mengengerüsts vorsieht, mit Vorsicht zu geniessen.



Durchlässigkeit zwischen höherer Berufsbildung und Hochschulbildung

Zur Relevanz der Durchlässigkeit zwischen höherer Berufs- und Hochschulbildung gibt es verschiedene Argumente (Graf 2013). Eine institutionell garantierte Durchlässigkeit erhöht die soziale und Bildungsmobilität eines Individuums und damit auch seine Lebenschancen, was insbesondere für das Schweizer Bildungssystem relevant ist, da der Entscheid für den berufs- oder allgemeinbildenden Weg früh im Leben fällt. Sie gestattet es Personen, auch in späteren Jahren den eingeschlagenen Weg zu ändern, etwa, indem Hochschulabsolvent/innen eine höhere Berufsbildung oder Absolvent/innen der höheren Berufsbildung ein Hochschulstudium in Angriff nehmen können. Da das lebenslange Lernen in der modernen Arbeitswelt eine zunehmend bedeutendere Rolle spielt, ermöglicht die Durchlässigkeit auch eine später im Lebensverlauf vorgenommene berufliche Reorientierung. Bereits im Jahr 2000 hat sich der Schweizerische Bundesrat (2000: 5728) grundsätzlich für die Förderung der Durchlässigkeit zwischen dem beruflichen und dem allgemeinbildenden Weg ausgesprochen: «Der Durchlässigkeit kommt steigende Bedeutung zu. Die Tätigkeitswechsel im Verlauf eines Berufslebens nehmen zu. Eine Verlängerung der individuellen Bildungswege ist je länger je weniger sinnvoll sowohl aus Sicht der Betroffenen, der öffentlichen Hand und der Wirtschaft. Eine Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen ist daher unabdingbar.»

Das folgende Kapitel stellt dar, wie die Durchlässigkeit zwischen der höheren Berufsbildung und der Hochschulbildung in der Schweiz einerseits formal und andererseits tatsächlich realisiert ist. Die Analyse der Durchlässigkeit zwischen Bildungstufen betrifft dabei prinzipiell zwei Aspekte: 1) die Zulassung auf der Grundlage der bestehenden Bildungsleistungen und 2) die Anrechnung der bestehenden Bildungsleistungen an die neue Ausbildung (Dispens von Teilen des Curriculums) (Salini, Petrini und Voit 2012).

5.1 Formale Durchlässigkeit und realisierte Übergänge von Tertiär A zu Tertiär B

Die Zulassungsbedingungen für die höhere Berufsbildung sind in der Regel breit formuliert. Als Minimum wird mindestens ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis oder eine gleichwertige Qualifikation vorausgesetzt. Je nach Berufsziel kommen noch spezifische Anforderungen hinzu: der Zugang zu den höheren Fachschulen ist zum Teil an zusätzliche Berufserfahrung geknüpft, bei den Berufsprüfungen ist eine mehrjährige Berufspraxis Pflicht, und wer eine höhere Fachprüfung absolvieren will, muss neben einer mehrjährigen Berufserfahrung in der Regel auch einen Abschluss der Tertiärstufe vorweisen, zumeist eine höhere Berufsprüfung (zur Illustration der Zulassungsvoraussetzungen zur höheren Berufsbildung siehe die Beispiele Coiffeur/se BP und HFP und Fachmann/-frau Finanz- und Rechnungswesen und Wirtschaftsprüfer/in in Tabellen 2.2 und 2.3).

Formal gesehen ist die höhere Berufsbildung damit gegenüber verschiedenen Zubringerstufen hin offen, was Zugänge von Hochschulabsolvent/innen ermöglicht. Zentral ist in vielen Fällen der Nachweis einer längeren einschlägigen Berufspraxis. Vereinfachend kommt hinzu, dass die höhere Berufsbildung schweizweit einheitlich geregelt ist und die Zulassungsvoraussetzungen transparent in den Prüfungsreglementen der eidgenössischen Prüfungen und den Rahmenlehrplänen der höheren Fachschulen beschrieben sind.

So nutzen durchaus auch Hochschulabsolvent/innen die Ausbildungsangebote der höheren Berufsbildung als Zusatzqualifizierung für den Arbeitsmarkt, auch wenn die berufliche Grundbildung insgesamt den anteilmässig grössten Zubringer für die höhere Berufsbildung darstellt (Bundesamt für Statistik 2009).

Bezüglich Anrechenbarkeit von bisherigen Bildungsleistungen an den Bildungsgängen der höheren Berufsbildung (Stichwort: Dispens von Teilen des Curriculums) steht die besondere Konstruktion der Berufs- und höheren Fachprüfungen im Vordergrund. Da es nicht obligatorisch ist, die Vorbereitungskurse zu besuchen, und Kandidierende direkt zur Prüfung antreten können, ermöglicht diese Form des Abschlusses eine indirekte Anrechnung der Kompetenzen, die eine Person in ihrer Bildungsbiographie und Berufspraxis erworben hat.

Es stellt sich die Frage, wie sich die formalen Regelungen der Durchlässigkeit vom Tertiär A- zum Tertiär B-Bereich in tatsächlich realisierten Übergängen niederschlagen. Abbildung 5.1 zeigt anhand der Zugänge zu verschiedenen Ausbildungen der höheren Berufsbildungen die prozentual wichtigsten Bereiche für Hochschulabsolvent/innen.

Die Übergänge von Hochschulabsolvent/innen in Ausbildungen der höheren Berufsbildung variieren nach dem Berufsfeld. Substanzielle Zugänge aus dem Hochschulbereich findet man bei den höheren Fachschulen Bildung (Soziales und Erwachsenenbildung) mit 14,2% sowie bei den Berufsprüfungen Bildung mit 18,2% der befragten Studierenden. Bei diesen beiden Ausbildungstypen sind die Zugänge am heterogensten: «In dieser Vielfalt von Abschlüssen und Zugangswegen spiegelt sich der Sachverhalt, dass die Studierenden des Berufsfelds Soziales und Erwachsenenbildung in der Regel keine spezifischen Fachkenntnisse vertiefen, sondern ihre didaktischen und pädagogischen Fähigkeiten schulen, um diese als KursleiterInnen, Dozierende, Personalfachleute oder AusbilderInnen einzusetzen. Entsprechend sind diese Bildungsgänge auch für Personen attraktiv, die bereits eine hohe fachliche Qualifikation besitzen.» (Schärler et al. 2009: 19/20) Weiter geben im Feld der höheren Fachprüfungen Technik 4,4% der Befragten an, über einen Hochschulabschluss zu verfügen, im Bereich der Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen Wirtschaft jeweils 3,8%.

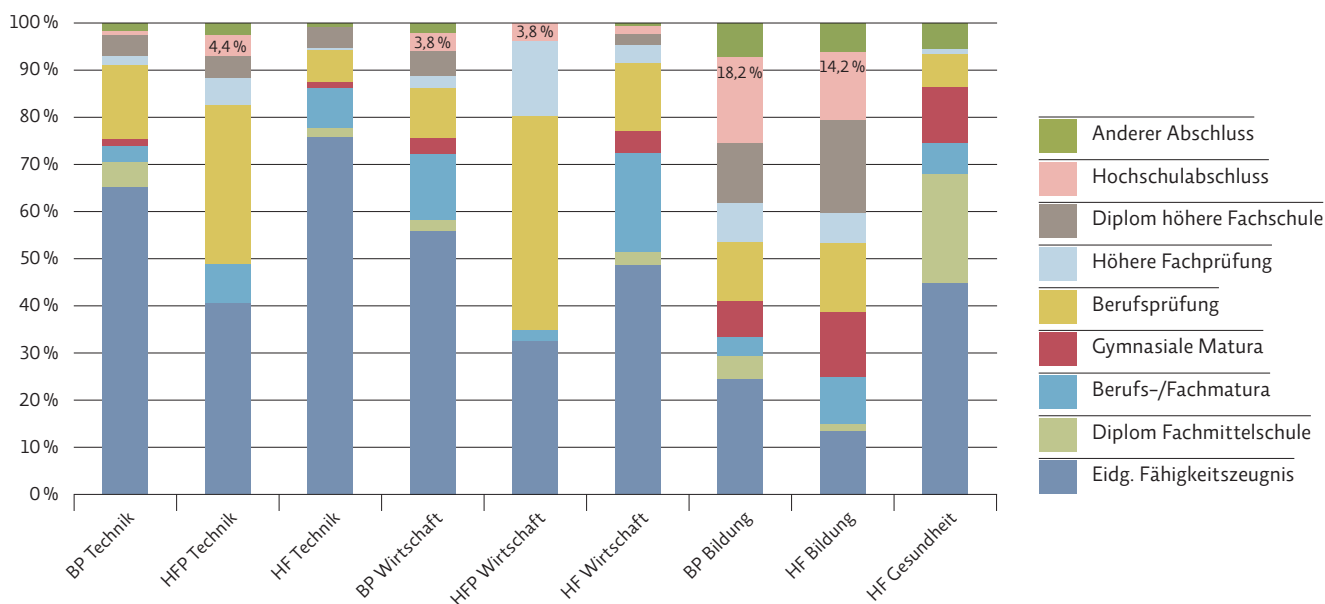


Abbildung 5.1: Zugänge zu Ausbildungen der höheren Berufsbildung mit höchstem Bildungsabschluss

Quelle: Schärler et al. (2009: 19), befragt wurden 2297 Studierende der höheren Berufsbildung. Es handelt sich allerdings nicht um eine repräsentative Studie, daher können die Ergebnisse nicht verallgemeinert werden. Berufsfeld Bildung = Soziales und Erwachsenenbildung.

5.2 Formale Durchlässigkeit und realisierte Übergänge von Tertiär B zu Tertiär A

Während die Zulassungsbedingungen zur höheren Berufsbildung transparent geregelt sind und in der ganzen Schweiz gelten, existieren bei den Zulassungsbedingungen von Personen mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung an Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Universitäten unterschiedliche Regelungen, die aufgrund des föderalistisch geprägten Bildungssystems und der Hochschulautonomie von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich praktiziert werden.

Als einziger Hochschultypus haben die *Fachhochschulen* eine explizite Empfehlung zur Aufnahme von Absolvent/innen der höheren Berufsbildung ausgearbeitet (KFH 2006). Die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen KFH schlägt die Zulassung von Absolvent/innen aus dem Tertiär B-Bereich zu Bachelor-Studiengängen formal wie folgt vor: Personen mit einem Diplom einer höheren Fachschule werden für Bachelor-Studiengänge im gleichen oder verwandten bereichsspezifischen Fachbereich zugelassen. Dasselbe gilt für Absolvent/innen von höheren Fachprüfungen, allerdings wird hier den Fachhochschulen empfohlen, zusätzlich abzuklären, ob weitere Kompetenzen im Bereich Allgemeinbildung und Studierfähigkeit vorgängig erworben werden müssen. Für Absolvent/innen der höheren Fachschulen und höheren Fachprüfungen soll die Zulassung zu nicht bereichsspezifischen Studiengängen der Bachelorstufe jeweils durch eine «sur dossier»-Regelung erfolgen. Absolvent/innen einer Berufsprüfung hingegen sollen nur auf der Grundlage einer individuellen «sur dossier»-Prüfung zugelassen werden.

Damit wird empfohlen, Absolvent/innen der höheren Berufsbildung an Fachhochschulen zuzulassen, ohne dass sie formal die Berufsmaturität nachweisen müssen. Neben diesen Zulassungsbedingungen empfiehlt die KFH weiter, dass ausserhalb des Hochschulwesens erworbene Kompetenzen, Kenntnisse und Fähigkeiten (also beispielsweise in der höheren Berufsbildung) bis zu 50 % eines Bachelorstudiums ersetzen können. Diese Best-Practice-Empfehlungen wurden mit Beteiligung aller Fachhochschulen erarbeitet und verabschiedet.

Allerdings ist die KFH nur ein Koordinationsorgan, greift nicht in die Autonomie der einzelnen Fachhochschulen ein und hat ihnen gegenüber keine Weisungskompetenz. Vor diesem Hintergrund haben die Best-Practice-Vorgaben keinen gesetzlich bindenden Charakter. Sie beschränken sich auf minimale Setzungen, und die einzelnen Fachhochschulen können autonom weitere Zulassungskriterien anwenden. Die Prüfung der Internetseiten der Fachhochschulen ergab, dass gegenwärtig eine heterogene Beschreibung der Zugangsmöglichkeiten für Absolvent/innen der höheren Berufsbildung zu den Fachhochschulen besteht (SBFI 2013b). Weiter existiert keine Übersicht, die die Diplome der höheren Berufsbildung den Bereichen der Fachhochschulen zuordnet und so die «bereichsspezifische Zulassung» erleichtert. Zudem gibt es nur wenige Informationen bezüglich der Anerkennungspraxis von bisher erworbenen Kompetenzen, Kenntnissen und Fähigkeiten an Bachelorstudiengängen.

Im Bereich der *Pädagogischen Hochschulen* geht gemäss Auskunft der EDK keines der massgebenden stufenspezifischen Anerkennungsreglemente konkret auf die Zulassung von Studierenden mit Tertiär B-Abschlüssen ein, vielmehr wird generell der Zugang von Personen mit einer Berufsausbildung und mit Berufserfahrung geregelt. Im Gegensatz zur KFH hat die COHEP zudem keine Best-Practice-Empfehlungen formuliert. Das erstaunt, da die höheren Fachschulen Lehrgänge in Erwachsenenbildung, Kindererziehung, Sozialpädagogik und sozialpädagogische Werkstattleitung anbieten.

Die Mindestanforderung für die Zulassung zu Studiengängen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe legt fest, dass Berufsleute, die über eine Berufsmaturität oder einen Abschluss einer mindestens dreijährigen Berufsausbildung mit einer mehrjährigen Berufserfahrung verfügen, zu einer Ergänzungsprüfung zugelassen werden, in der sie vor Studienbeginn den Äquivalenznachweis zur Fachmaturität für das Berufsfeld Pädagogik erbringen müssen (EDK 1999a, Art. 5, Absatz 2, litera b). Aufgrund des Lehrkräftemangels ist seit einigen Jahren auch der Quereinstieg von erfahrenen Berufsleuten geregelt. Diese können in einem «sur dossier»-Verfahren (Prüfung der Studierfähigkeit) aufgenommen werden, wenn sie mindestens 30 Jahre alt sind, den Abschluss einer dreijährigen Ausbildung auf der Sekundarstufe II und eine Berufstätigkeit im Umfang von 300 Stellenprozenten, verteilt auf maximal 7 Jahre, nachweisen können. Mit dem Aufnahmeverfahren kann eine Berufseignungsprüfung verbunden werden (EDK 1999a, Art. 5, Absatz 2, litera c). Ähnliche Bedingungen gelten auch für die Zulassung auf Sekundarstufe I (EDK 1999b, Art. 4, Absatz 2 und 3) und für die Ausbildung in Logopädie und Psychomotoriktherapie (EDK 2000, Art. 6). Gegenwärtig werden gemeinsame Kriterien für die Anrechnung nicht formal erworbener Kompetenzen und für die «sur dossier»-Aufnahmen erarbeitet (EDK 2013).

Die EDK legt nur Mindestanforderungen fest. Es liegt jeweils in der Kompetenz der einzelnen Pädagogischen Hochschule, strengere Zulassungskriterien zu erlassen, was auch die Anrechnung der bisher erbrachten Bildungsleistungen an die Bachelor-Studiengänge der Pädagogischen Hochschulen betrifft.

Da der Bereich der Berufsbildung vom Bund geregelt wird, legt er im Bereich der Ausbildung für die schulische Lehrtätigkeit in der Berufsbildung die Mindestanforderungen fest (BBV, Art. 46). So wird etwa für die Zulassung zu Studiengängen für die Lehrbefähigung für den berufskundlichen Unterricht ein entsprechender Abschluss der höheren Berufsbildung oder einer Hochschule vorausgesetzt. Auch hier können die einzelnen Hochschulen individuell höhere Zulassungsvoraussetzungen festlegen.

Total Eintritte mit Zulassungsausweis höhere Berufsbildung	664
Wirtschaft und Dienstleistungen	249
Technik und IT	173
Lehrkräfteausbildung	88
Gesundheit	77
Soziale Arbeit	45
Architektur, Bau- und Planungswesen	11
Angewandte Psychologie	11
Chemie und Life Sciences	5
Musik, Theater und andere Künste	3
Design	2
Land- und Forstwirtschaft	0
Sport	0
Angewandte Linguistik	0

Tabelle 5.1:

FH/PH-Eintritte auf Stufe Diplom/Bachelor nach Fachbereich und Zulassungsausweis 2012, Eintritte mit Zulassungsausweis der höheren Berufsbildung

Quelle: Bundesamt für Statistik 2012

Zudem lassen einige *Universitäten* Personen ohne Maturitätszeugnis zum Bachelorstudium zu (CRUS 2013) – eine Möglichkeit, die prinzipiell auch Absolvent/innen der höheren Berufsbildung offen steht. Allerdings sind auch hier die Aufnahmebedingungen von Universität zu Universität verschieden; zum Teil organisieren diese eigene Aufnahmeprüfungen oder es sind individuelle «sur dossier»-Aufnahmen vorgesehen.

Tatsächlich realisiert wurden nur wenige Übergänge von der höheren Berufsbildung in die Hochschulbildung. Von total 21390 Eintritten in Fachhochschulen/Pädagogische Hochschulen (Diplom/Bachelor) 2012 besaßen nur 664 Personen (3,1%) als höchsten Abschluss eine eidgenössische Berufs- oder höhere Fachprüfung oder ein Diplom einer höheren Fachschule. Davon entfielen 249 Eintritte auf den Fachbereich Wirtschaft und Dienstleistungen und 173 Eintritte auf den Fachbereich Technik und IT (siehe Tabelle 5.1).

Die Übergänge (Stufe Diplom/Bachelor) von der höheren Berufsbildung zu den universitären Hochschulen sind mit total nur 4 Eintritten an insgesamt 19203 Eintritten im Jahr 2012 quasi inexistent.

5.3 Fazit: Fehlende Passerelle von der höheren Berufsbildung zur Hochschulbildung

Während die Zulassungsbedingungen für die Übergänge von der Hochschulbildung zur höheren Berufsbildung klar und transparent geregelt sind und schweizweit gelten, fehlt eine solche Regelung für die Übergänge von der höheren Berufsbildung zur Hochschulbildung. Als einziger Hochschultypus haben die Fachhochschulen eine Best-Practice-Empfehlung für die Aufnahme von Absolvent/innen der höheren Berufsbildung abgegeben. Für die Zulassungsbedingungen zu den Pädagogischen Hochschulen geht keines der Anerkennungsreglemente konkret auf die Zulassung von Absolvent/innen der höheren Berufsbildung ein, sie fallen in die allgemeinen Kategorien der Personen mit Berufsausbildung und Berufserfahrung und in den Quereinstieg von erfahrenen Berufsleuten. Einzig der Bund hat für die Zulassung zur Lehrbefähigung für den berufskundlichen Unterricht den Zugang aus der höheren Berufsbildung klar geregelt. Dies sind allerdings nur Mindestanforderungen. Es obliegt den einzelnen Hochschulen, strengere Zulassungskriterien zu erlassen, was auch die Anrechnung der bisher erbrachten Bildungsleistungen an den Bachelor-Studiengängen betrifft. Bei den Universitäten fallen die Absolvent/innen der höheren Berufsbildung unter die Zulassung von Personen ohne Maturitätszeugnis. Für Interessenten, die von der höheren Berufsbildung in die Hochschulbildung wechseln wollen, fehlt es insgesamt an Transparenz.

Die OECD (Fazekas und Field 2013) empfiehlt der Schweiz, die Durchlässigkeit zwischen den beiden tertiären Bereichen zu erhöhen. Dies einerseits, damit der Status der höheren Berufsbildung (vor allem der höheren Fachschulen) gehalten oder sogar erhöht werden könne. Argumentiert wird weiter, dass die Transition von der höheren Berufsbildung in die akademisch orientierte Hochschulbildung die existierende starke Arbeitsmarktorientierung des Tertiär B-Bereichs komplementieren und damit auch die Innovationsfähigkeit der Schweiz erhöhen würde. Vorgeschlagen werden die Einführung einer Regel bzgl. des Transfers von in der höheren Berufsbildung erworbenen Bildungsleistungen (etwa anhand von Kreditpunkten), die Definition von standardisierten Zulassungsbedingungen und die Einführung von gezielten Vorbereitungskursen. Eine klar definierte, schweizweit gültige Passerelle von der höheren Berufsbildung zur Hochschulbildung würde gemäss BBT (2011a) die Übergänge von der höheren Berufs- in die Hochschulbildung erhöhen.



Tertiärprofile A und B im Bildungssystem der Gesundheitsberufe

Wie in Kapitel 2 gezeigt wurde (siehe Abbildung 2.5), stehen die Pflegediplome, die an höheren Fachschulen vergeben wurden, im Jahr 2012 mit 1109 Diplomen an der Spitze der meist abgeschlossenen Bildungsgänge HF. Insgesamt tragen die Programme der höheren Fachschulen und Fachhochschulen Gesundheit substantiell zur höheren Berufsbildung in der Schweiz bei. Im kommenden Kapitel wird anhand einer vertieften Analyse dieses Berufsfeldes gezeigt, wie sich die starke Präsenz auf der Tertiärstufe B im Zuge der Integration der Gesundheitsberufe in das allgemeine Bildungssystem entwickelt hat, in welcher Beziehung die höheren Fachschulen Gesundheit zu den anderen Gefässen der höheren Berufsbildung und den Fachhochschulen stehen und durch welche aktuellen und historischen Mechanismen das System massgeblich gesteuert wird. Obwohl der Gesundheitsbereich sehr spezifischen Vorgaben unterliegt, stehen hier auch die zentralen Fragen der gesamten Schweizer Berufsbildung im Vordergrund: Internationalisierung, Positionierung, Durchlässigkeit und Behebung des Fachkräftemangels.

6.1 Die Integration der Gesundheitsberufe in das Schweizer Bildungssystem

Die Gesundheitsberufe sind zu einem relevanten Bestandteil der Berufsbildung auf allen Stufen geworden. Das einschlägige Eidgenössische Fähigkeitszeugnis «Fachfrau/Fachmann Gesundheit» (FaGe) stand im Jahr 2012 mit 3387 Abschlüssen²⁰ auf Platz 3 der meist gewählten Lehrberufe und stellte damit 5% der knapp 65000 Abschlüsse der beruflichen Grundbildung. Auf Tertiärstufe repräsentierten Gesundheitsberufe 12% aller Bachelorabschlüsse der Fachhochschulen und zwischen 24% und 27% aller Abschlüsse der höheren Fachschulen²¹ (Bundesamt für Statistik 2013). Dies ist eine relativ neue Situation, da die nicht universitären Gesundheitsberufe erst im Rahmen der Reform des heute gültigen Berufsbildungsgesetzes (BBG 2002) in das allgemeine Bildungssystem überführt wurden. Dadurch wurde die seit etwa 100 Jahren im Auftrag der Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK durch das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) durchgeführte Reglementierung der nicht akademischen Gesundheits- und Pflegeberufe beendet.

Die heutige Bildungssystematik der Gesundheitsberufe ist schwer zu verstehen, ohne das alte System und die berufs- und bildungspolitischen Diskussionen während des Überführungsprozesses zu kennen. Zentrale Eckdaten für den Reformprozess der Gesundheitsberufe sind das Fachhochschulgesetz von 1995, das heute gültige Berufsbildungsgesetz (BBG 2002) und die nochmalige Revision des Fachhochschulgesetzes (Schweizerischer Bundesrat 2003) im Zusammenhang mit der Umsetzung der Erklärung von Bologna im Jahr 2005 (Oertle-Bürki 2008). Ziel der Reform, die mit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes 2004 nur einen vorläufigen Abschluss gefunden hat, war, ein durchlässiges Bildungssystem für die Gesundheitsberufe zu entwickeln und sie in das allgemeine System einzubetten. Dabei sollten Qualifizierungsmöglichkeiten auf verschiedenen Niveaustufen etabliert werden, um dem künftigen Bedarf an Fachkräften gerecht zu werden und die Attraktivität der Gesundheitsbranche zu steigern (Oertle-Bürki 2000; Zosso 2006).

20 Gemäss Statistik der beruflichen Grundbildung 2012 total n=3387 EFZ; n=2980 Abschlüsse Fachfrau/-mann Gesundheit EFZ und n=407 Abschlüsse Fachangestellte/r Gesundheit (Berufsbezeichnung vor der Reform der Bildungsverordnung 2009).

21 Im Jahr 2011 waren unter den 7009 vergebenen HF Diplomen 1886 Diplome einer HF Gesundheit (27%), darunter 1364 Pflegediplome; im Jahr 2012 waren unter 6780 vergebenen HF Diplomen 1629 Diplome einer HF Gesundheit (24%); aufgeteilt auf die Berufe: n=1109 Pflege, n=116 Biomedizinische Analytik, n=111 Rettungssanität, n=89 Operationstechnik, n=73 Dentalhygiene, n=66 med.-techn. Radiologie, n=33 Podologie, n= 24 Aktivierungstherapie, n=8 Orthoptistik. Der Rückgang im Jahr 2012 wurde jüngst als vorübergehend bewertet (OdASanté 2013).

Diese Reform umfasste infolgedessen sowohl bestehende Bildungsgänge, die in das allgemeine Berufsbildungssystem eingepasst wurden, als auch Neuentwicklungen von Bildungsprogrammen. Die bisher vom SRK reglementierten nicht akademischen, medizintechnischen und pflegerischen Berufe mit Diplomabschluss (im Folgenden kurz: SRK-Berufe²²) waren bis 2002 weder der Sekundar- noch der Tertiärstufe klar zugeordnet (Oertle-Bürki 2000). Zwar wurden ein Eintrittsalter von 18 Jahren, eine mindestens 10-jährige allgemeine Schulbildung und teilweise weitere Vorkurse und Vorpraktika für die Zulassung vorausgesetzt, jedoch nicht notwendigerweise eine abgeschlossene berufliche oder allgemeinbildende Ausbildung auf der Sekundarstufe II (GDK 2004a).²³

Der Übergangsprozess in das heutige System war komplex und unterlag verschiedenen Ansprüchen. Er wurde *erstens* durch versorgungsrelevante Überlegungen geleitet, da die steigenden Ansprüche und Komplexität der pflegerischen Leistungen durch die demographischen Entwicklungen nach hoch qualifiziertem und auf Hochschulstufe ausgebildetem Fachpersonal verlangten, für das genügend Nachwuchs sowohl aus dem allgemeinbildenden als auch aus dem beruflichen Bildungsweg zur Verfügung stehen musste (Oertle-Bürki 2000). *Zweitens* spielten dabei internationale Richtlinien und Reformen und die Anerkennung der Diplome auf dem internationalen Arbeitsmarkt eine Rolle. So besteht in den westeuropäischen Staaten seit der Jahrtausendwende ein starker Trend zur Tertiärisierung und Akademisierung der traditionellen Diplomausbildungen in Pflege und Gesundheit an Fachhochschulen oder Universitäten (Spitzer und Perrenoud 2007).²⁴ *Drittens* flossen bildungskulturelle Unterschiede bei der Gewichtung von Allgemeinbildung und Berufsbildung in den Sprachregionen der Schweiz ein. Bereits im alten System rekrutierten die Westschweizer Diplomschulen die SRK-reglementierten Gesundheitsberufe stärker aus der allgemeinbildenden Sekundarstufe II als die Deutschschweizer Schulen und setzten – auch beeinflusst durch ihre durchschnittlich höhere Maturaquote – in der Folge im neuen System stärker auf die Tertiärstufe A Gesundheit (HES-SO), während die Deutschschweizer Kantone mit traditionell tieferer Maturaquote vor allem die Tertiärstufe B ausbauten. *Viertens* spielten Effizienzüberlegungen eine Rolle: Für kleinere Berufsgruppen wurde ein einziges Tertiärniveau festgelegt, z.B. für Hebammen und Physiotherapie die Stufe FH, für Rettungssanität und Aktivierungstherapie die Stufe HF. Bei der grossen Berufsgruppe Pflege wurden beide Tertiärstufen ausgestaltet.

Diese vielfältigen Ansprüche führten dazu, dass die heute vorliegende Bildungssystematik Gesundheit (siehe Anhang 2) teilweise erklärungsbedürftig erscheint, da manche tertiären Berufe regional unterschiedlich, manche auf beiden, manche nur auf einer Stufe angesiedelt sind: In der Romandie werden die Studiengänge in Pflege und medizintechnischer Radiologie ausschliesslich an Fachhochschulen angeboten. In der deutschsprachi-

22 Z.B. Medizin-technische Radiologie, Technische Operationsassistenten, Medizinische/r Laborant/in; Rettungssanitäter/in; Gesundheits- und Krankenpflege (DNI, DNII, AKP), Hebamme, Physiotherapie, Ergotherapie, Ernährungsberatung.

23 Trotzdem verzeichneten die SRK-Berufe auch vor der Reform einen relevanten Anteil an Absolvent/innen von allgemeinen Maturitätsschulen und Diplommittelschulen, der sich je nach Bildungsgang und Sprachregion unterschied: 56 % der Neueintretenden der medizintechnischen Diplomschulen hatten im Jahr 2000 einen allgemeinbildenden Sekundar II-Abschluss (46 % in der Deutschschweiz, 76 % in der Romandie). Bei den Neueintretenden der Diplomschulen in Pflege bezifferte sich ihr Anteil insgesamt auf 27 %. Dort waren die sprachregionalen Unterschiede bei der Vorbildung einer allgemeinbildenden Sekundarstufe II noch grösser: Während in der Deutschschweiz nur 17 % über einen Maturitäts- oder Diplommittelschulabschluss verfügten, waren es in der Romandie beachtliche 71 % (Schweizerisches Rotes Kreuz 2000).

24 Zwar sind heute für die gegenseitige Anerkennung der Schweizer Berufsabschlüsse im Rahmen der bilateralen Verträge Richtlinien gültig, die z.B. für die Pflege oder Hebamme (nur) eine mindestens 10-jährige schulische Vorbildung sowie eine Ausbildungsdauer von minimal drei Jahren oder 4600 Stunden erfordern (z.B. Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, in der für die Schweiz verbindlichen Fassung gemäss Anhang III Abschnitt A Ziffer 1 des Freizügigkeitsabkommens). Trotzdem dominieren im internationalen Vergleich die pflegerischen Abschlüsse auf Hochschulniveau mit einer mindestens 12-jährigen schulischen Vorbildung (Spitzer und Perrenoud 2006).

gen Schweiz gibt es dagegen die Ausbildungsgänge der medizintechnischen Radiologie ausschliesslich an höheren Fachschulen. Die Pflegestudiengänge – die einen Grossteil der Absolvent/innen Gesundheit stellen – befinden sich in der Deutschschweiz grösstenteils an höheren Fachschulen (85%–90% der Studienplätze) und nur zu einem kleinen Teil an Fachhochschulen (10%–15%). Dies führt dazu, dass gegenwärtig in der Deutschschweiz zwei verschiedene berufsbefähigende tertiäre Bildungsgänge für den Abschluss Pflege zur Verfügung stehen.

Die aktuelle Berufsbildungssystematik ist nun folgendermassen strukturiert: Ein relementierter Zugang über eine einschlägige berufliche Grundbildung bestand bis 2002 nicht. Mit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes wurde diese Lücke geschlossen, indem ein neuer Grundbildungsberuf auf Sekundarstufe II konzipiert wurde, der bereits im Anschluss an die obligatorische Schule erlernt werden kann und der darauf aufbauende Ausbildungsmöglichkeiten auf tertiärem Niveau ermöglicht: Dies ist die dreijährige Ausbildung zur Fachfrau/zum Fachmann Gesundheit, die mit einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis abschliesst (FaGe EFZ)²⁵ (vgl. Abbildung 6.1 und Kapitel 6.3).

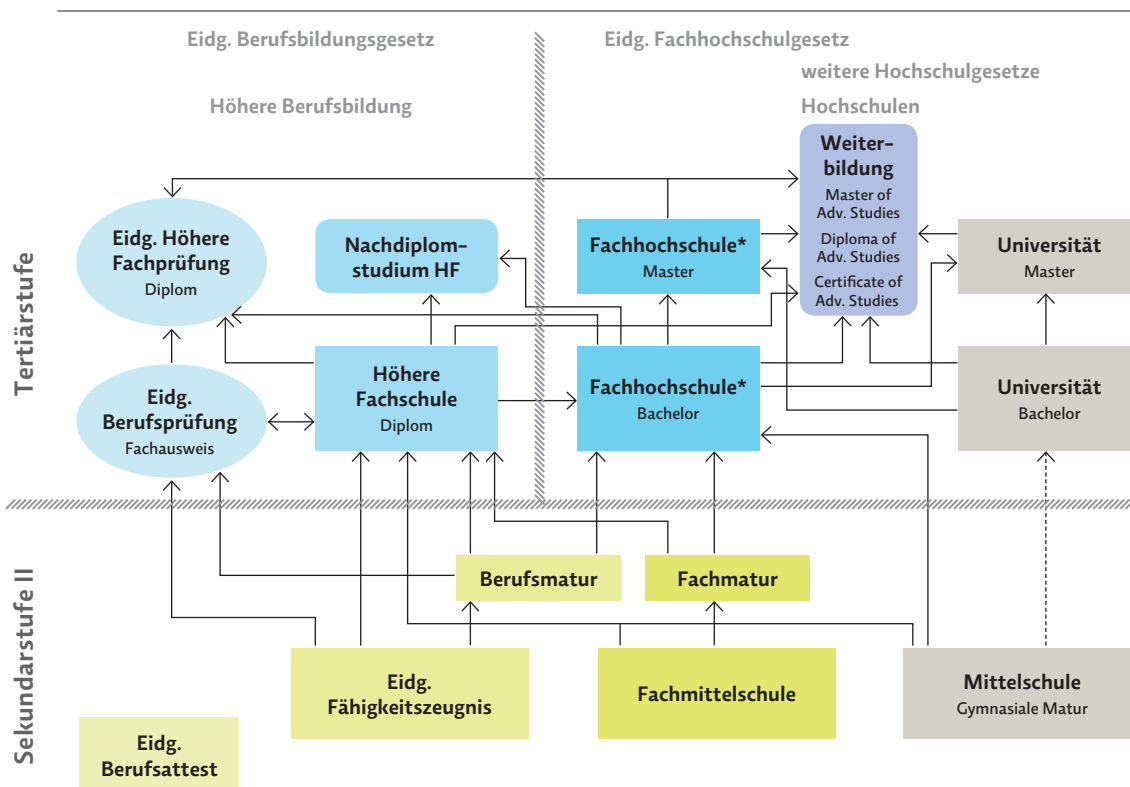


Abbildung 6.1: Schweizerische Bildungssystematik Gesundheit

* Ohne bereichsspezifische Vorbildung sind Zusatzmodule erforderlich, gemäss «Profil des Fachhochschulbereichs Gesundheit vom 13.5.04, GDK».

Quelle: OdASanté 2013

25 Nicht näher beschrieben wird die 2012 in Kraft getretene zweijährige Attestausbildung Assistent/in Gesundheit und Soziales.

Mit Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes wurde die unklare Positionierung der Gesundheitsberufe beendet, indem die «alten» SRK-Berufe überwiegend entweder den höheren Fachschulen (Tertiär B) oder den Fachhochschulen (Tertiär A)²⁶ zugeordnet wurden und damit einen Abschluss auf Sekundarstufe II voraussetzten. Von diesen Abschlüssen haben jene der Fachrichtung Pflege den grössten Anteil: Sie umfassen etwa drei Viertel aller Diplomabschlüsse an einer HF Gesundheit und die Hälfte aller Bachelorabschlüsse an einer FH Gesundheit (Bundesamt für Statistik 2013).

Einige etablierte Weiterbildungen der diplomierten Pflegeberufe, die bislang von den Berufsverbänden reglementiert wurden, wurden entweder zu Nachdiplomstudiengängen (NDS HF) (z.B. Anästhesiepflege, Intensivpflege, Notfallpflege) oder zu höheren Fachprüfungen (HFP) (bereits in Kraft ist die Expertin Infektionsprävention, vgl. Anhang 2). Beide Bildungsgefässe – NDS HF und HFP – umfassen etwa 900 Lernstunden und bauen auf einem Abschluss an einer HF oder FH auf. Der Bereich der HFP, NDS HF, aber auch der Weiterbildungsbereich der Fachhochschulen (CAS-DAS-MAS) befinden sich für verschiedene Kompetenzprofile Pflege derzeit noch im Auf- und Ausbau und sollen eine Abgrenzung und Abstimmung der verschiedenen tertiären Angebote erreichen (OdASanté 2013b).

Auf Stufe «Berufsprüfung» wurden bisher wenige kleine Berufsabschlüsse realisiert, wie z.B. Medizinische/r Masseur/in und Transportsanitäter/in. Im November 2013 wurde eine Prüfungsordnung für eine einschlägige Berufsprüfung für FaGe «Langzeitpflege und -betreuung» von der Nationalen Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit OdASanté beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI zur zweiten juristischen Prüfung eingereicht, die voraussichtlich zu einer wichtigen beruflichen Tertiäroption nach einem EFZ FaGe werden wird (OdASanté 2013). Mit 350 bis 500 Lernstunden ist sie niederschwelliger angelegt als die HF und FH Bildungsgänge.

6.2 Die Konstruktion der Abschlüsse «Pflegefachfrau/-mann HF/FH»

Die heutigen Pflegestudiengänge der höheren Fachschulen bauen auf einem Abschluss der Sekundarstufe II auf, dauern in der Regel drei Jahre und umfassen bei einem Praxisanteil von 50 % 5400 Lernstunden. Seit 2013 können Absolvent/innen des als «einschlägig» angerechneten EFZ FaGe die HF Pflege auf zwei Jahre und 3600 Lernstunden verkürzen. Die Pflegestudiengänge der Tertiärstufe A wurden zu Beginn der Systemreform (FH-Profil der GDK von 1996) für die Deutschschweiz eher als auf die Diplombildung an der HF aufbauende «Kaderschmieden» verstanden (sogenanntes additives Modell, vgl. Oertle-Bürki 2008), während sie im französischsprachigen System bereits vor der Umsetzung der Erklärung von Bologna als einzige grundlegende Berufsbefähigung angesehen wurden (GDK 2004b). Das 2005 teilrevidierte Fachhochschulgesetz (Bundesgesetz über die Fachhochschulen 1995) führte schliesslich zum aktuell gültigen Profil der Fachhochschulen Gesundheit in allen Landesteilen mit mindestens dreijährigen, 180 ECTS umfassenden berufsbefähigenden Bachelorstudiengängen. Die Koexistenz der Fachrichtung Pflege als grösster Berufsgruppe der Gesundheitsberufe auf zwei verschiedenen Tertiärstufen mit gleichwertigen berufsbefähigenden Abschlüssen war und ist bildungs- und berufspolitisch eine grosse Herausforderung und seit Beginn der Reform Gegenstand verschiedener Projekte (SBFI 2013c).

26 Z.B. Medizin-technische Radiologie, Technische Operationsassistent, Medizinische/r Laborant/in; Rettungssanitäter/in; Gesundheits- und Krankenpflege (DNI, DNII, AKP), Hebamme, Physiotherapie, Ergotherapie, Ernährungsberatung.

Beide Abschlüsse HF und FH Pflege werden bei Berufseinstieg hinsichtlich ihrer Einstiegskompetenzen, Einstiegsgehälter und beruflichen Funktionen als (in der Regel) gleichwertig angesehen. Auch im vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) und SBFI erarbeiteten Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe (GesBG), das im Dezember 2013 in die Vernehmlassung ging, wird ein Abschluss in Pflege auf Stufe HF den Fachhochschulabschlüssen hinsichtlich Berufsausübung, Registrierung und Berufspflichten gleichgestellt (SBFI 2013b; SBFI und BAG 2013). In einem vom damaligen BBT initiierten und von der KFH geleiteten Projekt zur Festlegung von Abschlusskompetenzen auf Fachhochschulstufe wurden mittels einer Dokumentenanalyse die in der HF- und FH-Ausbildung erworbenen Kompetenzen verglichen. Der Vergleich ergab zwar Unterschiede beider Profile, doch manifestierten sich diese weniger im beruflichen Handeln beim Patienten/Klienten als in anderen Berufsrollen und der beruflichen Perspektive.²⁷ Vor allem wurden von der Projektgruppe Unterschiede in den Ausrichtungen der Studiengänge verortet, da die Bachelorstudiengänge stärker das Verständnis des Behandlungspfades und die Befähigung zum Fallmanagement, Fertigkeiten im Clinical Assessment und bei Aktivitäten mit wissenschaftlicher Orientierung, namentlich in Forschung und Entwicklung, bei der Evaluation von Leistung, Qualität und Wirkungen sowie bei der Qualitätssicherung betonen (Ledergerber, Mondoux und Sottas 2009). Die beiden Abschlüsse unterscheiden sich daher derzeit vor allem mit Blick auf die späteren Bildungsperspektiven: Beide eröffnen weitere Weiterbildungs- und Karrierepfade in Nachdiplomstudiengängen oder in einer höheren Fachprüfung.²⁸ Ausschliesslich Bachelorabsolvent/innen finden zusätzlich an den Fachhochschulen einen direkten Zugang zu den konsekutiven Masterprogrammen in Pflege und Physiotherapie. Absolvent/innen der höheren Fachschulen Pflege müssen dagegen für die Zulassung zu einem FH-Master zunächst einen Bachelor erwerben. Für sie wurden verkürzte Programme konzipiert, die bereits erworbene Kompetenzen für das Bachelorstudium anrechnen.

Gemäss einer Stellungnahme des SBFI im Masterplan Bildung Pflegeberufe scheint eine klare Trennung der Arbeitsmarktkompetenzen beider Profile vorerst nicht weiter verfolgt zu werden: «Die bestehenden Ausbildungen an den höheren Fachschulen und den Fachhochschulen befähigen zur eigenständigen, qualifizierten Berufstätigkeit in der Pflege und ergänzen sich. [...] Die Verbundpartner des Masterplans Bildung Pflegeberufe sind überzeugt, dass im Gesundheitswesen verschiedene Bildungskulturen ihre Berechtigung haben, wie dies auch in anderen Bildungsbereichen der Fall ist. Sie setzen sich für die Attraktivität aller Bildungswege ein, mit dem Ziel, genügend Fachkräfte für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung zu qualifizieren.» (SBFI 2012b) Diese Stellungnahme macht deutlich, dass das Nebeneinander der beiden Stufen HF und FH Pflege trotz gewisser Abgrenzungsprobleme aus bildungspolitischen Gründen erhalten und zur Sicherstellung eines adäquaten Fachkräfteangebotes verschiedener Qualifikationsstufen in der Pflege als notwendig angesehen wird.²⁹

27 Hier ist zu ergänzen, dass zum Zeitpunkt dieser Analyse (2009) noch nicht genügend nach neuen Richtlinien ausgebildete Fachleute auf dem Arbeitsmarkt und daher Unterschiede in den praktischen Kompetenzen schwer feststellbar waren. Bis heute ist kein weiterer systematischer Vergleich der beruflichen Kompetenzen beider Stufen publiziert worden. Jüngste europäische Forschungsergebnisse, die einen Zusammenhang von tieferer Mortalität bei höherem Anteil des Pflegepersonals mit Bachelorabschluss belegen (Aiken et al. 2014), können nicht auf die besondere Schweizer Situation mit zwei parallelen tertiären Pflegeabschlüssen übertragen werden.

28 Weitere Abschlüsse in beiden Bildungsgefässen sind in Erarbeitung (OdASanté 2013b).

29 Die Ansiedlung auf universitärer Stufe fand in der Schweiz ebenfalls statt. In Basel und Lausanne werden seit dem Jahr 2000 bzw. 2007 Institute für Pflegewissenschaft an medizinischen Fakultäten geführt. Da sich diese jedoch unabhängig von der allgemeinen Berufsbildungsreform entwickelten, werden sie hier nicht näher beschrieben.

6.3 Fachmann/-frau Gesundheit: Berufsperspektiven und Entscheidung für ein Studium «Pflegefachfrau/ -mann HF/FH»

Der Beruf Fachfrau/Fachmann Gesundheit (FaGe) wurde im Jahr 2002 auf Sekundarstufe II neu geschaffen und zählt heute zu einem der meistgewählten Grundbildungsberufe (drittmeist gewählter Lehrberuf, Bundesamt für Statistik 2013). Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit haben eigenständige und assistierende Aufgabenbereiche. Sie pflegen und betreuen Klientinnen und Klienten in Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens im stationären wie ambulanten Bereich. Dabei übernehmen sie neben pflegerischen Unterstützungsleistungen auch delegierte pflegerische Aufgaben. Dies wird ergänzt durch medizinaltechnische Verrichtungen sowie eigenverantwortliche Tätigkeiten im Bereich Hotellerie, Administration und Logistik (Ludwig, Steudter und Hulschers 2012).

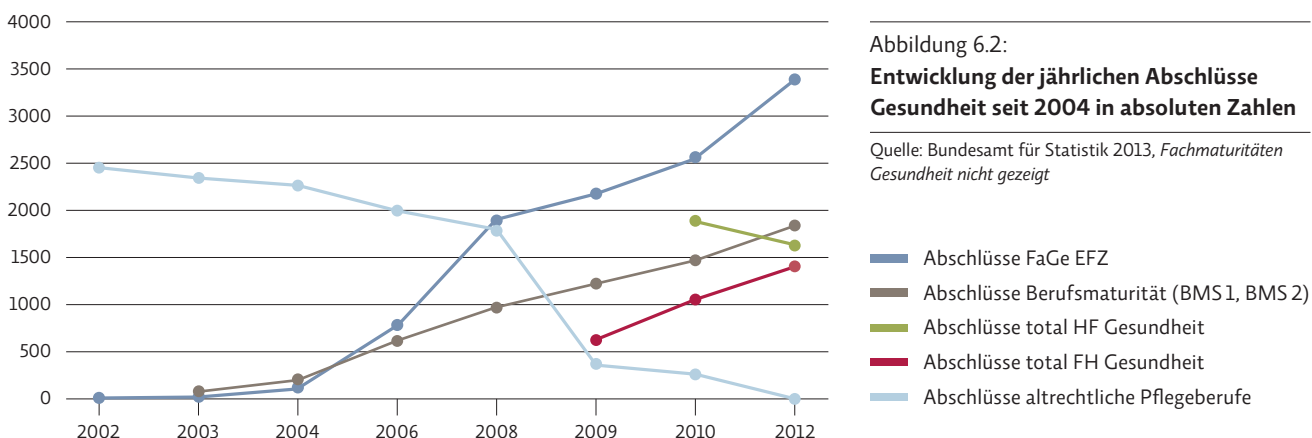
Zu Beginn der bildungs- und berufspolitischen Diskussion rund um die Integration der Gesundheitsberufe ins Berufsbildungsgesetz und die Entwicklung des Berufes der FaGe war dieser v.a. als «Zubringerberuf» zur Pflegebildung auf Tertiärstufe gedacht (Oertle-Bürki 2000). Da man seinerzeit annahm, dass in der Schweiz (v.a. in der Deutschschweiz) der Nachwuchs über den allgemeinbildenden Weg nicht genügend garantiert sei, wurde die neue Ausbildung auf der Sekundarstufe II als Möglichkeit gesehen, auch über diesen traditionellen «Königsweg» der schweizerischen Berufsbildung den Zugang zu den Ausbildungen auf der Tertiärstufe zu erreichen. Gleichzeitig argumentierte man, dass eine Berufsausbildung auf der Sekundarstufe II den Vorteil biete, in einzelnen Bereichen des Gesundheitswesens (v.a. Langzeitversorgung) über genügend ausgebildetes Assistenzpersonal zu verfügen. In der Anfangsphase des Berufes stand daher sein Image als Zugangsweg zur Pflegeausbildung auf Tertiärstufe im Vordergrund. Inzwischen wurde der Stellenwert der FaGe im Zuge der bildungs- und gesundheitspolitischen Diskussion rund um die Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen erhöht. Im Versorgungsbericht des damaligen Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (Dolder und Grünig 2009) wird festgehalten, dass der Positionierung der FaGe als arbeitsmarktfähiger Berufsabschluss und gleichzeitig als Zubringer für eine weitergehende berufliche Qualifizierung eine hohe Bedeutung beizumessen ist und dass entsprechende Entwicklungsperspektiven zu schaffen sind.

Doch obwohl der Beruf FaGe EFZ heute ein deutlich eigenständigeres Image hat als noch vor zehn Jahren, konzentrieren sich die Angebote der höheren Berufsbildung Gesundheit derzeit auf ein Studium an einer HF oder FH, was de facto mit einem Berufswechsel verbunden ist. Sowohl ein HF-Studium (zwei bis drei Jahre Dauer) und besonders ein FH-Studium (drei Jahre Dauer mit Zugang der Berufsmaturität) bedeuten für FaGe eine recht hohe Investition in zeitlicher, aber auch in finanzieller Hinsicht: Erwerbstätige FaGe verdienen bei Eintritt in den Arbeitsmarkt durchschnittlich etwa CHF 4400 brutto. Während des Tertiärstudiums an einer höheren Fachschule (Pflege), das meist in Vollzeit stattfindet (Trede und Schwenk 2013a), erhalten alle Studierenden, auch FaGe mit einschlägiger Berufserfahrung, eine Praktikumsentschädigung von nur circa CHF 1000. Dies wird in der Branche regelmässig als zu grosse Hürde für eine höhere Gesundheitsausbildung und als problematisch für die Behebung des Fachkräftemangels im Gesundheitsbereich diskutiert. Wie sich die erst seit Januar 2013 für FaGe mögliche Verkürzung der HF Pflege um 12 Monate auf 3600 Lernstunden auswirken wird, ist noch nicht dokumen-

tiert.³⁰ Die geplante Berufsprüfung in Langzeitpflege würde daher eine wichtige Lücke schliessen. Diese Tertiäroption wäre für diejenigen FaGe attraktiv, die in ihrem erlernten Beruf bleiben möchten, wenig Zeit und finanzielle Mittel in eine Weiterbildung investieren können bzw. wollen, oder aber die leistungsmässigen Voraussetzungen für eine höhere Fachschule oder eine Fachhochschule (noch) nicht mitbringen. Ein zentraler Punkt wird es sein, die Durchlässigkeit zu den anderen tertiären Bildungsgängen zu beurteilen: So muss sowohl der Zugang zur und die Anrechnung bereits erworbener Kompetenzen für eine höhere Fachschule als auch für die höheren Fachprüfungen geklärt werden.

Insofern befindet sich die Schweizerische Bildungssystematik Gesundheit weiterhin im Aufbau, hat aber beachtliche Entwicklungen zu verzeichnen (vgl. Abbildung 6.2): Die Sekundarstufe II mit der beruflichen Grundbildung FaGe und der Berufsmaturität Gesundheit und Soziales zeigt stetig steigende Abschlusszahlen. Die altrechtlichen SRK-Berufe sind durch HF- oder FH-Bildungsgänge abgelöst. Die Anzahl der Bachelordiplome der Fachhochschulen Gesundheit steigt seit 2009 kontinuierlich an. Die Abschlusszahlen der HF Gesundheit sind zwar zwischen 2010 und 2012 gesunken, doch wird erwartet, dass dies – gemessen an der steigenden Anzahl der Neueintritte in die HF Gesundheit 2012 und 2013 – nur eine vorübergehende Entwicklung ist (OdASanté 2013a; SBFI 2013c).

Angesichts dieser umfangreichen Reform war ein berufs- und bildungspolitisches Interesse an Informationen vorhanden, wie das System von den Jugendlichen angenommen wird und wie die Transitionen von der Sekundarstufe II, insbesondere nach der beruflichen Grundbildung FaGe, in die berufliche Tertiärstufe verlaufen. Daher führten die OdASanté und das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB IFFP IUFFP von Mitte 2010 bis März 2013 eine nationale Längsschnittbefragung aller FaGe eines Jahrganges der regulären dreijährigen Ausbildung durch. Es wurde untersucht, welche Laufbahnentscheidungen von den FaGe nach dem Ausbildungsabschluss getroffen werden, wovon die Entscheidungen abhängen und ob die Absolvent/innen ihre früheren Bildungs- und Berufsziele erreichen (siehe dazu auch die Projektberichte Trede und Schweri 2012; 2013a).



30 Das wiederum könnte zu Problemen bei der internationalen Anerkennung führen, siehe EU Richtlinie: minimal 3 Jahre, 4500 Stunden.

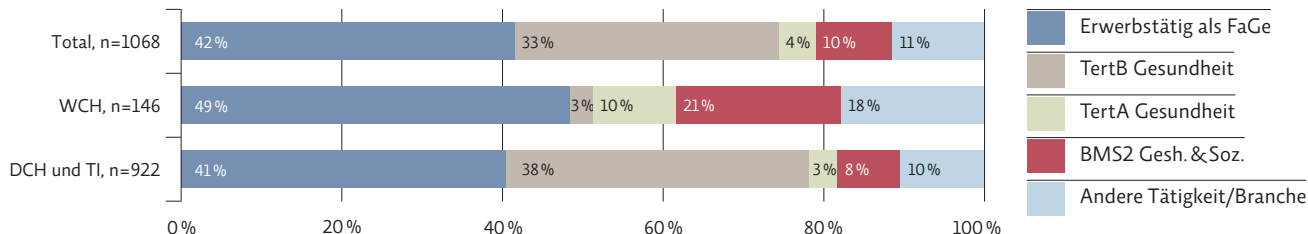


Abbildung 6.3: Transitionen in die berufliche Tertiärstufe nach EFZ FaGe, ein Jahr nach Abschluss, nach Sprachregionen

Quelle: Trede und Schweri 2013a

Die Resultate zeigen (vgl. oberster Balken in Abbildung 6.3), dass der grössere Teil dieser Gruppe ein Jahr nach Abschluss als FaGe erwerbstätig ist (42%) oder sich in einer tertiären Ausbildung in einem Pflege- oder anderen Gesundheitsberuf auf Stufe HF oder FH befindet (33% resp. 4%). Zu diesem Zeitpunkt erwirbt ein Zehntel die Berufsmaturität Gesundheit/Soziales nach der Ausbildung. Ein relativ geringer Anteil befindet sich in einer Ausbildung oder Tätigkeit ausserhalb des Gesundheitswesens oder geht sonstigen Aktivitäten nach (11%, beispielsweise Sprachaufenthalte).

Weiter wird beim regionalen Vergleich deutlich, dass der Anteil der Transitionen in die berufliche Tertiärstufe in der Romandie mit restriktiveren Zugangsvoraussetzungen für die Tertiärbildung (Angebot nur auf Niveau Fachhochschule, Zugangsvoraussetzung Berufsmaturität) ein Jahr nach Lehrabschluss signifikant tiefer liegt als in den Deutschschweizer Kantonen oder im Tessin – auch wenn berücksichtigt wird, dass in der Romandie zunächst die Berufsmaturität nach der Lehre erworben werden muss (vgl. zweiter und dritter Balken in Abbildung 6.3). Diese Differenz muss sich jedoch nicht negativ auf die Studierendenzahl auf Tertiärstufe Gesundheit in der Westschweiz auswirken, da dort nach wie vor die Studierenden der Tertiärstufe Gesundheit überwiegend aus der allgemeinbildenden Sekundarstufe II rekrutiert werden (Lehmann, Viens Python, Dumas und Guinchard 2010; Schaffert 2012).

Die realisierten Laufbahnentscheidungen wurden von der Branche überwiegend als positives Zeichen für die Etablierung des Berufes FaGe begrüsst, da der Verbleib im Beruf FaGe mit über 40% (2012) deutlich höher ist als angesichts der geäusserten Absichten im letzten Lehrjahr (2010) zu erwarten war. Je höher der Berufsstolz und die Zufriedenheit als FaGe ausgeprägt waren, desto höher war der Verbleib im Beruf bzw. Berufsfeld. Der hohe Anteil nicht realisierter Bildungsabsichten kann jedoch auch auf unerwünschte Effekte zurückzuführen sein: Vor allem Personen mit einem tieferen obligatorischen Schulabschluss – die oft auch aus Elternhäusern mit einem eher niedrigeren sozioökonomischen Status kommen – sind bei gleichen schulischen Leistungen beim Zugang in die Tertiärstufe A und B benachteiligt (Trede und Kriesi 2013). Mittelfristig wurden zudem im hohen Umfang Wechselabsichten aus dem Beruf sowohl in die Tertiärstufe Gesundheit als auch in andere Branchen geäussert (vgl. Abbildung 6.4), die – sofern realisiert – zu einem zu tiefen Verbleib im erlernten Beruf FaGe führen würden (Trede und Schweri 2013b).

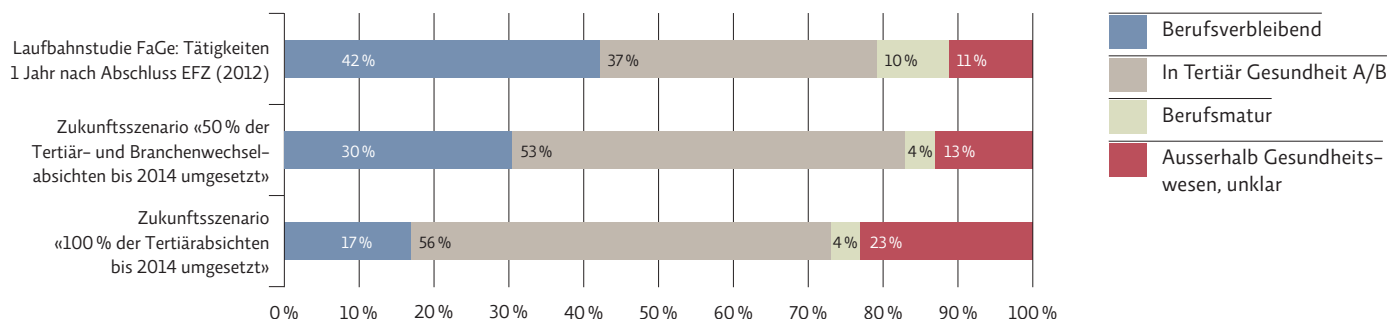


Abbildung 6.4: **Mittelfristige Laufbahnabsichten deuten auf tiefen Verbleib im Beruf FaGe hin**

Quelle: Trede und Schweri 2013a, n=1068

Bei der Analyse der Rolle des Ausbildungsbetriebs wurde deutlich, dass die Transition in die Tertiärstufe Pflege stark von strukturellen Merkmalen des Betriebs abhängt: Absolvent/innen aus Betrieben der Langzeitversorgung mit einem höheren Anteil an Personal der Sekundarstufe II wählen signifikant seltener eine weiterführende tertiäre Ausbildung als Absolvent/innen aus Betrieben der Akutversorgung. Diese Unterschiede können einerseits mit einer betrieblichen Sozialisation und andererseits mit einem strukturell unterschiedlichen Personalbedarf verschiedener Qualifikationsstufen und einer entsprechenden Selektion erklärt werden. Unterschiede zwischen Transitionen in die FH und HF wurden hierbei nicht beobachtet (Trede und Schweri 2013b).

Verglichen mit der Personalbedarfsprognose des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (OBSAN) (Jaccard, Widmer, Weaver und Roth 2009) ist der Anteil der Übertritte in die Tertiärstufe Pflege und Gesundheit ein Jahr nach Abschluss noch unzureichend. Die der Prognose zugrunde liegenden Daten stammen allerdings aus dem Jahr 2006 und sind daher nicht mehr aktuell, neuere Bedarfsprognosen liegen noch nicht vor. Ein kontinuierliches Monitoring des Personalangebotes und Personalbedarfs soll in den nächsten Jahren aufgebaut werden (SBFI 2013c).

6.4 Fazit: Bewertung der Tertiärprofile HF und FH Pflege

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich das Bildungssystem der Gesundheitsberufe weiterhin im Aufbau befindet. Die berufliche Tertiärstufe Gesundheit leistet einen substanziellen Beitrag zur beruflichen Tertiärstufe insgesamt, was vor allem auf die Bildungsgänge der höheren Fachschulen und Fachhochschulen zurückzuführen ist. Die regionalen Unterschiede in der tertiären Positionierung und die Koexistenz der beiden tertiären berufsbefähigenden Abschlüsse in Pflege ist aus versorgungs- und bildungspolitischer Sicht (Stichworte: Fachkräftemangel Gesundheit, unterschiedliche Bildungskulturen der Schweiz) begründet, wirft aber auch Fragen auf.

Zum einen ist bildungspolitisch kritisch einzuschätzen, dass Absolvent/innen FaGe abhängig von der Landesregion ungleiche Chancen für eine weiterführende Tertiärbildung haben, da sie in einem Landesteil (der Romandie) nur mit Berufsmaturität einen Anschluss finden (Schmid und Gonon 2013). Ein zweiter bildungspolitisch kritischer Punkt ist die aktuelle Konzentration der Anschlussoptionen auf die zeit- und kostenintensiven HF- und FH-Studiengänge auf hohem Leistungsniveau, die bedingt, dass eine Weiterqualifizierung für einen Teil der gelernten Fachfrauen und Fachmänner Gesundheit eine beträchtliche Hürde darstellt und Frauen und sozial schwächer gestellte Jugendliche vor allem beim Zugang in die Tertiärstufe A benachteiligt sind (Trede und Kriesi 2013). Diese Unsicherheiten und Hürden spiegeln sich vermutlich im hohen Anteil nicht realisierter Laufbahnabsichten in der Gruppe der erwerbstätigen FaGe (Trede und Schweri 2013b) und sind auch im Zusammenhang mit den stagnierenden bzw. negativ verlaufenden Abschlusszahlen an den höheren Fachschulen Gesundheit, vor allem Pflege, zu diskutieren (vgl. Abbildung 6.2). Die hohen Zugangshürden für ein Tertiärstudium HF oder FH und die drohende Nachwuchsknappheit im Bereich FaGe sprechen daher zum einen für den Ausbau von weniger investitionsintensiven Bildungsangeboten wie einer Berufsprüfung, die die Perspektiven und die Attraktivität der Erwerbstätigkeit als FaGe steigern können. Zum anderen sprechen sie für Massnahmen, den Zugang in die HF und FH zu erleichtern, z.B. über einen leichteren Zugang zu Stipendien, höhere Praktikumsentschädigungen oder einen stärkeren Ausbau berufsbegleitender Studiengänge. Ein solcher Ausbau würde zur Attraktivität beitragen, indem verschiedene Gruppen von Jugendlichen ihre beruflichen Ziele nach einer beruflichen Grundbildung innerhalb der Gesundheitsbranche verwirklichen könnten.

Die Verbesserung der Berufs- und Karriereperspektiven bei Erwerbstätigkeit im Beruf FaGe beinhaltet ein gewisses Konfliktpotenzial, wenn gleichzeitig mit dem Verbleib im Beruf auch der Übertritt in die Tertiärbildung HF und FH erhöht werden soll. Die Berichterstattung (Dolder und Grünig 2009; Jaccard et al. 2009) zeigt auf, dass im Gesundheitswesen insgesamt mehr Personal benötigt wird: Die benötigte Anzahl sowohl an Übertritten in die Tertiärstufe (HF und FH) als auch an Verbleibenden im Beruf FaGe ist bisher noch nicht erreicht (SBFI 2012a; 2012b; 2013c). Lösungsansätze können daher nicht ausschliesslich auf die Förderung entweder der einen oder der anderen Karriereoption und der einen oder anderen Tertiärstufe gerichtet sein, sondern sollten generell darauf abzielen, im Gesundheitswesen möglichst viele attraktive Berufswege anzubieten, um vielfältige Personengruppen anzuziehen. Das Nebeneinander zweier Bildungsgänge auf Tertiärstufe A und B mit ähnlichen Abschlusskompetenzen und gleicher Berufseintrittsqualifikation und Berufszulassung ist somit eine Strategie zur Verbesserung der Fachkräftesituation im Gesundheitswesen, die zum aktuellen Zeitpunkt ihre Berechtigung hat. In der längerfristigen Sicht ist allerdings zu erwarten, dass die verschiedenen Qualifikationsprofile der Pflege- und Gesundheitsberufe aller Bildungsstufen weiterentwickelt werden, um den Anforderungen der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gerecht zu werden (Hasseler 2012; Lorenz, Rüesch, Schaffert, Mahrer-Imhof, Fringer und Kercker-Specker 2010; Sottas, Höppner, Kickbusch, Pelikan und Probst 2013).



Ausblick

Die OECD (Fazekas und Field 2013), die gegenwärtig eine Reihe von postsekundären Stufen in Bildungssystemen vergleichend untersucht, vergibt der Schweiz für die höhere Berufsbildung im internationalen Vergleich gute Noten. Gelobt wird etwa die erfolgreiche Integration von Arbeitgebern und Berufsverbänden, was ermöglichte, dass das System schnell auf sich verändernde Bedürfnisse des Arbeitsmarkts reagieren könne, sowie auch die Flexibilität der Ausbildungsprogramme, die auf die Bedürfnisse und die Verfügbarkeit der Auszubildenden Rücksicht nehme.

Die höhere Berufsbildung wird seit einigen Jahren verstärkt politisch diskutiert – dies, nachdem dieser Bildungsbereich lange nur wenig beachtet wurde. Diese mangelnde Beachtung hat Folgen: So fehlen heute sowohl auf der Ebene der Bildungsstatistik als auch in Bezug auf die Transparenz dieser Bildungsstufe umfassende Grundlagen. Aktuelle Herausforderungen sind – wie der Bericht zeigte – die folgenden (siehe auch Schmid und Gonon 2013): Die uneinheitliche Strukturierung der Abschlüsse der höheren Berufsbildung, die nationale Positionierung der höheren Berufsbildung auf tertiärer Ebene in Abgrenzung zur berufsorientierten Weiterbildung und zu den Fachhochschulen, die Schaffung von Transparenz über die Bildungsanbieter, die Finanzierung der höheren Berufsbildung, Durchlässigkeit und schliesslich auch ihre internationale Positionierung.

Die höhere Berufsbildung erhält heute breite parteiübergreifende Unterstützung. Das aktuelle Strategieprojekt «Höhere Berufsbildung» des Bundes verfolgt das übergeordnete Ziel, dass sie auch in 10 bis 15 Jahren ein attraktives und arbeitsmarktnahes Bildungsangebot auf Tertiärstufe ist und einen wesentlichen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz leistet (Widmer 2013). Im Fokus stehen dabei Finanzierungsfragen, die Positionierung der höheren Berufsbildung (Stichworte: nationaler Qualifikationsrahmen für Abschlüsse der Berufsbildung, internationale Titelbezeichnungen für Abschlüsse der höheren Berufsbildung, Förderung der Durchlässigkeit zwischen der höheren Berufsbildung und den Fachhochschulen sowie Marketing der höheren Berufsbildung, um ihre Sichtbarkeit und Wertschätzung zu verbessern) und Weiterentwicklung der Grundlagen der höheren Berufsbildung via Evaluationen, Studien und Statistiken.

Aufgrund dieser skizzierten grossen Herausforderungen und bildungspolitischen Initiativen, die die höhere Berufsbildung betreffen, wird sie wohl noch einige Zeit lang intensiv diskutiert werden. Es ist daher davon auszugehen, dass sich diese Bildungsstufe in Zukunft verändern wird.

Bibliographie

- Aebischer, M. (2012): 12.3511 – Motion. Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung. www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20123511 (Zugriff 10.12.2013).
- Aiken, L. H.; Sloane, D. M.; Bruyneel, L.; Van den Heede, K.; Griffiths, P.; Busse, R.; Diomidous, M.; Kinnunen, J.; Kozka, M.; Lesaffre, E.; McHugh, M.; Moreno-Casbas, M. T.; Rafferty, A. M.; Schwendimann, R.; Scott, A.; Tishelman, C.; van Achterberg, T.; Sermeus, W. (2014): Nurse staffing and education and hospital mortality in nine European countries: a retrospective observational study. *The Lancet*. www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0140673613626318 (Zugriff 18.3.2014).
- Babel, J. (2013): Scénarios OFS et formation professionnelle. *Statistique suisse*. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique OFS.
- Baethge, M. (2006): Das deutsche Bildungs-Schisma: Welche Probleme ein vorindustrielles Bildungssystem in einer nachindustriellen Gesellschaft hat. *SOFI-Mitteilungen*, 34, 13–27.
- BBT (2011a): Die Höhere Berufsbildung. Fakten und Zahlen. Bern: BBT.
- BBT (2011b): Leitfaden Rahmenlehrpläne der höheren Fachschulen. Bern: BBT.
- BBT (2012a): Vernehmlassung zu einem Entwurf für ein Bundesgesetz über die Weiterbildung. Ergebnisbericht. Bern: BBT.
- BBT (2012b): Masterplan Berufsbildung. Strategische Ziele und benötigte Mittel. Bern: BBT.
- Bundesamt für Statistik (2009): Personen mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung auf dem Arbeitsmarkt. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2011): Abschlüsse der höheren Berufsbildung: eine statistische Bestandaufnahme. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2012a): Höhere Berufsbildung. Bildungsabschlüsse 2012. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2012b): Bildungsstand der Wohnbevölkerung nach Alter und Geschlecht. 1999–2012. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2013): Bildungsabschlüsse nach Schulstufe 2012. www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15/01/key/blank/03.html (Zugriff 10.12.2013).
- Bundesrat (1996): Bericht des Bundesrates über die Berufsbildung. (Bundesgesetz über die Berufsbildung). Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Cattaneo, M.; Wolter, S. (2011): Eine höhere Berufsbildung rentiert durchaus. *Panorama*, 6, 16.
- Cedefop (2010): Skills Supply and Demand in Europe. Medium-Term Forecast up to 2020. Luxembourg: Publication Office of the European Union.
- CRUS (2013): Ohne Maturitätszeugnis. www.crus.ch/information-programme/anererkennung-swiss-enic/zulassung/zulassung-in-der-schweiz/ohne-maturitaetszeugnis.html (Zugriff 7.11.2013).
- Daum, T. (2010): Höhere Berufsbildung braucht ein Förderkonzept. www.nzz.ch/aktuell/startseite/hoehere-berufsbildung-braucht-ein-foerderkonzept-1.8315367 (Zugriff 1.12.2013).
- Dolder, P.; Grünig, A. (2009): Nationaler Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe 2009. Bern: GDK und OdASanté.
- Econcept (2011): Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten der eidgenössischen Prüfungen im Bereich der höheren Berufsbildung. Zürich: Econcept.
- EDK (1999a): Reglement über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe vom 10. Juni 1999. Bern: EDK.
- EDK (1999b): Reglement über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Sekundarstufe I vom 26. August 1999. Bern: EDK.
- EDK (2000): Reglement über die Anerkennung der Hochschuldiplome in Logopädie und der Hochschuldiplome in Psychomotoriktherapie vom 3. November 2000. Bern: EDK.
- EDK (2013): Aktuelle Geschäfte der EDK im Bereich der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Bern: EDK.
- Fazekas, M.; Field, S. (2013): A Skills beyond School Review of Switzerland. *OECD Reviews of Vocational Education and Training*. Paris: OECD.
- Fleischmann, D. (2011): Eine Bildungslandschaft wird inspiziert. *Folio*, 4, 22–29.
- GDK (2004a): Fachhochschulen Gesundheit. Warum es sie braucht. Bern: Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren.
- GDK (2004b): Kommentar zum revidierten Profil des Fachhochschulbereichs Gesundheit vom 13. Mai 2004. www.gdk-cds.ch/fileadmin/pdf/Themen/Bildung/Fachhochschule/Kommentar_zum_FH-Profil-2004-d.pdf (Zugriff 10.12.2013).
- Graf, L. (2013): The Hybridization of Vocational Training and Higher Education in Austria, Germany, and Switzerland. Opladen, Berlin & Toronto: Budrich UniPress.
- Hasseler, M. (2012): Strukturwandel im Gesundheitswesen. Neue Bedarfskonstellationen in der Pflegepraxis. *Public Health Forum*, 20(4), 12.e11–12.e13.
- Hunziker, K. (2011): Das Schweizer Modell wird schrittweise verbessert. *Panorama*, 5. www.panorama.ch/dyn/1122.aspx?id_article=104 (Zugriff 10.12.2013).
- Jaccard, R. H.; Widmer, W.; Weaver, F.; Roth, M. (2009): Personnel de santé en Suisse – Etat des lieux et perspectives jusqu'en 2020. Neuchâtel: Schweizerisches Gesundheitsobservatorium OBSAN.
- Kaeser, F. (2013): Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (HFSV). www.berufsfachschulen-schweiz.ch/default.aspx?mod=docf&pane=10&inst=65 (Zugriff 16.12.2013).
- KFH (2006): Best Practice KFH. Zulassung von Absolvent/-innen der Höheren Berufsbildung zu Bachelor-Studiengängen. Bern: KFH.
- KHF (2013): Für gute Karten im Beruf. Die Höheren Fachschulen. Bern: KHF.
- Ledergerber, C.; Mondoux, J.; Sottas, B. (2009): Projekt Abschlusskompetenzen FH-Gesundheitsberufe. Abschlussbericht. Bern: Rektorenkonferenz der Fachhochschulen Schweiz KFH.
- Lehmann, L. (2013): Zwang zur freiwilligen Zusammenarbeit. Steuerungsinstrumente und interkantonale Governance in der schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Bern: HEP.
- Lehmann, P.; Viens Python, N.; Dumas, S.; Guinchard, B. (2010): Enquête sur le devenir des ASSC dans le canton de Vaud. Mandat du service de la santé publique. Lausanne: Haute Ecole de la Santé La Source et Haute Ecole cantonale vaudoise de la santé.
- Lorenz, I.; Rüesch, P.; Schaffert, R.; Mahrer-Imhof, R.; Fringer, A.; Kercker-Specker, C. (2010): Professionelle Pflege in der Schweiz: Perspektive 2020. Ein Grundlagenbericht. Winterthur: ZHAW.
- Ludwig, I.; Steudter, E.; Hulskers, H. (2012): Die Mischung macht's – Erfahrungen mit neuen Berufsprofilen Pflege in der Schweiz. *BWP Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis*, 41(6), 29–31.
- OdASanté (2013): Bildungssystematik. Newsmeldungen. www.odasante.ch (Zugriff 10.12.2013).
- OdASanté (2013a): Die Zahl der Neueintritte Höhere Fachschule Pflege nimmt weiter zu. Medienmitteilung von OdASanté vom 18.11.2013. www.odasante.ch/Medienmitteilungen.html?open=1 (Zugriff 10.12.2013).

- OdASanté (2013b): Höhere Berufsbildung und Hochschulen. www.odasante.ch/News_Kompetenzenprofil_Pflege.html?open=1 (Zugriff 10.12.2013).
- OECD (2013): Education at a Glance: OECD Indicators. Paris: OECD.
- Oertle-Bürki, C. (2000): Zuordnung der Diplombildungen im Gesundheitswesen zur Tertiärstufe: Einheitsdiplom Pflege, Hebamme. Positionspapier Tertiärisierung des Zentralsekretariats der Sanitätsdirektorenkonferenz. Bern: GDK.
- Oertle-Bürki, C. (2008): Fachhochschulen Gesundheit in der Schweiz. Konzeption und Aufbau im Umfeld der allgemeinen Fachhochschulentwicklung. Bern: Peter Lang.
- Riedi, M. (2013): Forum HFSV-Tarife HFSV. www.berufsfachschulen-schweiz.ch/default.aspx?mod=docf&pane=10&inst=65 (Zugriff 16.12.2013).
- Rohrer, M. (2013): Forum Höhere Fachschulvereinbarung. Resultate der Auswertung der Vollkostenerhebung 2012 anhand der Bildungsgänge Pflege. www.berufsfachschulen-schweiz.ch/default.aspx?mod=docf&pane=10&inst=65 (Zugriff 16.12.2013).
- Salini, D.; Petrini, B.; Voit, J. (2012): Inventaire des pratiques de validation des acquis de l'expérience (VAE) en Suisse. Rapport final. Lugano: Istituto Universitario Federale per la Formazione Professionale EHB IFFP IUFFF.
- SBFI (2012a): Zwischenbericht Masterplan Bildung Pflegeberufe. Bern: SBFI.
- SBFI (2012b): Bildungs- und gesundheitspolitische Positionierung der höheren Fachschulen und Fachhochschulen in Pflege. www.sbf.admin.ch/berufsbildung/01539/01541/index.html?lang=de (Zugriff 10.12.2013).
- SBFI (2013a): Bildungsgänge an höheren Fachschulen. www.sbf.admin.ch/berufsbildung/01472/01487/index.html?lang=de (Zugriff 14.11.2013).
- SBFI (2013b): Positionierung durch Klärung der Schnittstellen innerhalb der höheren Berufsbildung und zu den Fachhochschulen. Bern: SBFI.
- SBFI (2013c): Zwischenbericht Masterplan Bildung Pflegeberufe. www.sbf.admin.ch/berufsbildung/01539/01541/index.html?lang=de (Zugriff 10.12.2013).
- SBFI (2013d): Überblick Bildungsgänge HF nach Kantonen, 19.3.2013. www.sbf.admin.ch/berufsbildung/01472/01487/index.html?lang=de (Zugriff 10.12.2013).
- SBFI (2013e): Der Kopenhagen-Prozess – in Kürze. Bern: SBFI.
- SBFI (2013f): Der europäische und nationale Qualifikationsrahmen (EQR und NQR) – in Kürze. Bern: SBFI.
- SBFI (2013g): Zuordnung des NQR-CH-BB zum EQR – in Kürze. Bern: SBFI.
- SBFI (2014a): Faktenblatt: Ziele und Umsetzung des nationalen Qualifikationsrahmens für Abschlüsse der Berufsbildung (NQR-CH-BB). Bern: SBFI.
- SBFI (2014b): Ergänzende Titel «Professional Bachelor» und «Professional Master» für Abschlüsse der höheren Berufsbildung: Ergebnisse der Analysen und Schlussfolgerungen zum weiteren Vorgehen. Bern: SBFI.
- SBFI News (2013): Strategisches Projekt höhere Berufsbildung. Erste Weichenstellung und «Echo-Tagung». 8.
- SBFI und BAG (2013): Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe: neue rechtliche Grundlagen im Interesse der öffentlichen Gesundheit. www.sbf.admin.ch/berufsbildung/01539/02070/index.html?lang=de (Zugriff 17.12.2013).
- Schärrer, M.; Fritschi, T.; Dubach, P.; Oesch, T. (2009): Finanzflüsse in der höheren Berufsbildung – eine Analyse aus der Sicht der Studierenden. Bern: BASS.
- Schaffert, R. (2012): Projekt Berufskarrieren und Berufsrollen im Rahmen der neuen Ausbildungen im Pflegebereich. Winterthur: ZHAW.
- Schmid, E.; Gonon, P. (2013): Die höhere Berufsbildung unter Profilierungsdruck. In: Maurer, M.; Gonon, P. (Hrsg.): Herausforderungen für die Berufsbildung in der Schweiz. Bestandaufnahme und Perspektiven. Bern: hep. 147–170.
- Schweizerische Eidgenossenschaft (2010): Sechs Jahre neues Berufsbildungsgesetz. Eine Bilanz. Bericht des Bundesrates über die Unterstützung der dualen Berufsbildung (in Erfüllung des Postulats Favre 08.3778). Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Schweizerische Eidgenossenschaft und Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (2013): Fachkräfteinitiative – Situationsanalyse und Massnahmenbericht. Bern: WBF.
- Schweizerischer Bundesrat (2000): Botschaft zu einem neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG). Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Schweizerischer Bundesrat (2003): Botschaft zur Änderung des Fachhochschulgesetzes 03.076. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft.
- Schweizerisches Rotes Kreuz (2000): Statistik Aus- und Weiterbildung im Gesundheitswesen. Bern: Schweizerisches Rotes Kreuz.
- Seiler, P.; Muggli, M.; Sommer, P. (2009): Analyse der Finanzflüsse in der höheren Berufsbildung. Zürich: PwC.
- SGB (2009): Ein Guthschein von 5000.– für alle Lehrabgänger/innen. www.sgb.ch/themen/bildung-jugend/artikel/details/ein-gutschein-von-5000-fuer-alle-lehrabgaengerinnen/ (Zugriff 19.12.2013).
- SGV (2011): Finanzierung Höhere Berufsbildung – sgv-Modell «Stärkung Tertiär B». www.sgv-usam.ch/fileadmin/user_upload/deutsch/2011/Positionspapiere/20110526_sgv-modell_finanzierung-hbb_de.pdf (Zugriff 19.12.2013).
- SKBF (2010): Bildungsbericht Schweiz. Aarau: SKBF.
- SKBF (2014): Bildungsbericht Schweiz. Aarau: SKBF.
- Sottas, B.; Höppner, H.; Kickbusch, I.; Pelikan, J.; Probst, J. (2013): Umriss einer neuen Gesundheitsbildungspolitik. Careum working paper (Vol. 7). Zürich: Careum Stiftung.
- Späni, M. (2008): Der Bund und die Berufsbildung – von der «verfassungswidrigen Praxis» zum kooperativen Monopol. In: Criblez, L. (Hrsg.): Bildungsraum Schweiz. Historische Entwicklung und aktuelle Herausforderungen. Bern: Haupt. 183–217.
- Spitzer, A.; Perrenoud, B. (2006): Reforms in nursing education across Western Europe: from agenda to practice. *Journal of Professional Nursing*, 22(3), 150–161.
- Spitzer, A.; Perrenoud, B. (2007): Reforming the Swiss nurse education system: a policy review. *International Journal of Nursing Studies*, 44(4), 624–634.
- Travail Suisse (2011): Höhere Berufsbildung. Alle Studierenden des Tertiär-Bereichs sollen in vergleichbarer Art behandelt werden. www.travailsuisse.ch/themen/bildung/hoehere_berufsbildung?page=4 (Zugriff 19.12.2013).
- Trede, I.; Kriesi, I. (2013): Berufliche Grundbildung Fachleute Gesundheit in der Schweiz: Laufbahnziel oder Sprungbrett? *BWP Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis*, 42(4), 14–19.
- Trede, I.; Scheri, J. (2012): Laufbahnentscheidungen von Fachfrauen und Fachmännern Gesundheit. Resultate der ersten Befragung zu den Laufbahnabsichten. Zollikofen: Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB IFFP IUFFF.
- Trede, I.; Scheri, J. (2013a): Laufbahnentscheidungen von Fachfrauen und Fachmännern Gesundheit. Resultate der zweiten Befragung zu den Laufbahnentscheidungen. Zollikofen: Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB IFFP IUFFF.

- Trede, I.; Schweri, J. (2013b): Laufbahntscheidungen von Fachfrauen und Fachmännern Gesundheit. Zusammenfassende Erkenntnisse und Bewertung. Zollikofen: Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB IFFP IUFP.
- Tschümperlin, A. (2011): 11.3618 – Motion. Berufstitel eines Professional Bachelor einführen. www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113618 (Zugriff 10.12.2013).
- UNESCO Institute for Statistics (2012): International Standard Classification of Education. ISCED 2011. Montreal: UNESCO.
- Weber, K.; Tremel, P.; Balthasar, A. (2010): Die Fachhochschulen in der Schweiz: Pfadabhängigkeit und Profilbildung. *Swiss Political Science Review*, 16(4), 687–713.
- Weber, K.; Tremel, P.; Balthasar, A.; Fässler, S. (2010): Programmatik und Entwicklung der Schweizer Fachhochschulen. Bern: Universität Bern.
- Widmer, J. (2013): Strategie des SBFI in der höheren Berufsbildung. Forum Höhere Fachschulvereinbarung (HFSV). www.berufsfachschulen-schweiz.ch/default.aspx?mod=docf&pane=10&inst=65 (Zugriff 16.12.2013).
- Wolter, S. (2014): Kurzexpertise zu Titeln in der höheren Berufsbildung. www.sbf.admin.ch/hbb/02018/index.html?lang=de (Zugriff 20.3.2014).
- Zosso, B. (2006): Gleichwertig und gleichartig? Eine vergleichende Untersuchung der Entstehung der Fachhochschulen in der Schweiz. Lausanne: Institut de hautes études en administration publique.

Abkürzungsverzeichnis

BAG	Bundesamt für Gesundheit	NQR	Nationaler Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen
BBG	Berufsbildungsgesetz	NQR-CH-BB	Nationaler Qualifikationsrahmen für Abschlüsse der Berufsbildung
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie	OBSAN	Schweizerisches Gesundheitsobservatorium
BP	Berufsprüfung	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CAS	Certificate of Advanced Studies	PET	Professional Education and Training
Cedefop	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung	PH	Pädagogische Hochschule
CET	Continuing Education and Training	SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
CHF	Schweizer Franken	SBBK	Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz
COHEP	Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen	SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
DAS	Diploma of Advanced Studies	SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
ECTS	European Credit Transfer and Accumulation System	SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren	SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
EFZ	Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis	UAS	Universities of Applied Sciences
EHB	Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung	UTES	Universities of Teacher Education
EKHF	Eidgenössische Kommission für Höhere Fachschulen	VET	Vocational Education and Training
EQR	Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen	VPTA	Vocational and Professional Education and Training
ES	Ecoles supérieures		
FaGe	Fachfrau/Fachmann Gesundheit		
FH	Fachhochschule		
FSV	Interkantonale Fachschulvereinbarung		
GDK	Gesundheitsdirektorenkonferenz		
GesBG	Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe		
HES	Hautes écoles spécialisées		
HES-SO	Haute école spécialisée de Suisse occidentale		
HF	Höhere Fachschule		
HFG	Höhere Fachschule für Gestaltung		
HFP	Höhere Fachprüfung		
HFSV	Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen		
HR	Human Relations		
HTL	Höhere Technische Lehranstalt		
HWV	Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule		
ISCED	International Standard Classification of Education		
KFH	Rektorenkonferenz der Fachhochschulen		
MAS	Master of Advanced Studies		
NDS	Nachdiplomstudien im Weiterbildungsbereich		

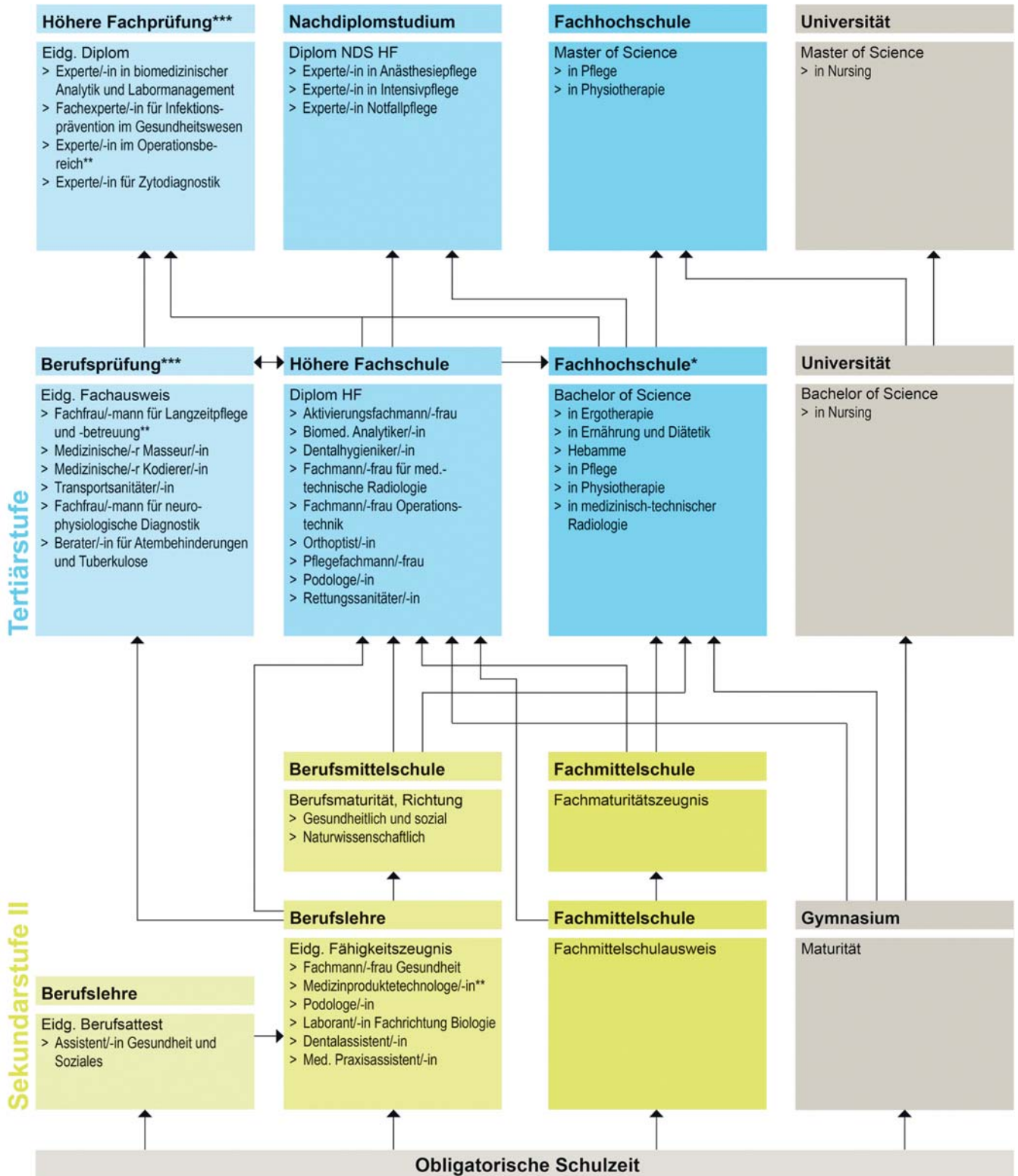
Anhang

1 ISCED-Skala 1997

<p>Pre-primary education</p> <p>The first stage of organised instruction designed to introduce very young children to the school atmosphere. Minimum entry age of 3.</p>	<p>ISCED 0</p>
<p>Primary education</p> <p>Designed to provide a sound basic education in reading, writing and mathematics and a basic understanding of some other subjects. Entry age: between 5 and 7. Duration: 6 years.</p>	<p>ISCED 1</p>
<p>Lower secondary education</p> <p>Completes provision of basic education, usually in a more subject oriented way with more specialist teachers. Entry follows 6 years of primary education; duration is 3 years. In some countries, the end of this level marks the end of compulsory education.</p>	<p>ISCED 2</p> <p>(subcategories: 2A prepares students for continuing academic education, leading to 3A; 2B has stronger vocational focus, leading to 3B; 2C offers preparation of entering workforce)</p>
<p>Upper secondary education</p> <p>Stronger subject specialisation than at lower secondary level, with teachers usually more qualified. Students typically expected to have completed 9 years of education or lower secondary schooling before entry and are generally 15 or 16 years old.</p>	<p>ISCED 3</p> <p>(subcategories: 3A prepares students for university-level education at level 5A; 3B for entry to vocationally oriented tertiary education at level 5B; 3C prepares students for workforce or for post-secondary non-tertiary education at level ISCED 4)</p>
<p>Post-secondary non-tertiary education</p> <p>Internationally, this level straddles the boundary between upper secondary and post-secondary education, even though it might be considered upper secondary or post-secondary in a national context. Programme content may not be significantly more advanced than that in upper secondary, but is not as advanced as that in tertiary programmes. Duration usually the equivalent of between 6 months and 2 years of full-time study. Students tend to be older than those enrolled in upper secondary education.</p>	<p>ISCED 4</p> <p>(subcategories: 4A may prepare students for entry to tertiary education, both university level and vocationally oriented; 4B typically prepares students to enter the workforce)</p>
<p>Tertiary-type A education</p> <p>Largely theory-based programmes designed to provide sufficient qualifications for entry to advanced research programmes and professions with high skill requirements, such as medicine, dentistry or architecture. Duration at least 3 years full-time, though usually four or more years. These programmes are not exclusively offered at universities; and not all programmes nationally recognized as university programmes fulfill the criteria to be classified as tertiary-type A. Tertiary-type A programmes include second-degree programmes, such as the American master's degree.</p>	<p>ISCED 5a</p>
<p>Tertiary-type B education</p> <p>Programmes are typically shorter than those of tertiary-type A and focus on practical, technical or occupational skills for direct entry into the labour market, although some theoretical foundations may be covered in the respective programmes. They have a minimum duration of two years full-time equivalent at the tertiary level.</p>	<p>ISCED 5b</p>
<p>Advanced research programmes</p> <p>Programmes that lead directly to the award of an advanced research qualification, e.g. Ph.D. The theoretical duration of these programmes is 3 years, full-time, in most countries (for a cumulative total of at least 7 years full-time equivalent at the tertiary level), although the actual enrolment time is typically longer. Programmes are devoted to advanced study and original research.</p>	<p>ISCED 6</p>

Quelle: OECD 2013: 23

2 Ausführliche Bildungssystematik der Gesundheitsberufe



* Ohne bereichsspezifische Vorbildung sind gemäss «Profil des Fachhochschulbereichs Gesundheit vom 13.5.04» der GDK Zusatzmodule erforderlich.

** Projekt in Erarbeitung, Arbeitstitel.

*** Die Zulassungsbedingungen sind in den Prüfungsordnungen formuliert.

Quelle: ©OdASanté, Bern, 2014. Das vorliegende Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.

Impressum

Schweizerischer Wissenschafts- und Innovationsrat SWIR

Geschäftsstelle

Einsteinstrasse 2, CH-3003 Bern

T 0041 (0)58 463 00 48

F 0041 (0)58 463 95 47

swir@swir.admin.ch

www.swir.ch

ISBN 978-3-906113-13-5

Lektorat: Doris Tranter

Gestaltung: VischerVettiger, Basel